



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Entwicklungszusammenarbeit:

Kommunen als unverzichtbare Partner

Dokumentation des DStGB
 in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Globale Partnerschaft muss lokal gelebt werden – dabei kommt es auf die Kommunen an. Mit der Dokumentation „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ wollen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Deutsche Städte- und Gemeindebund Kommunen neugierig machen, motivieren und ermuntern, sich entwicklungspolitisch zu engagieren.

Wie Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in einem Vorwort betont, muss entsprechend ihrer Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit die Stimme der Kommunen auch international Gehör finden. Der DStGB sehe es als seine Aufgabe an, hierzulande für die Bedeutung kommunalpolitischen Engagements in der Entwicklungspolitik zu werben, um eine möglichst vielfältige Vertretung deutscher Kommunalpolitiker in europäischen und internationalen Gremien zu gewährleisten. Landsberg: „Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist und bleibt eine freiwillige Aufgabe. Umso bedeutender sind finanzielle und inhaltliche Hilfestellungen von Bund und Ländern.“

Vernetzung vor Ort

Laut dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller können Städte, Gemeinden und Kreise als bürgernächste öffentliche Ebene einen wichtigen Beitrag leisten, „indem sie eine Plattform für das vorhandene Engagement von Schulen, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, aber auch der örtlichen Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Eine-Welt-Vereine, Migrantinnen- und Migrantinnenorganisationen oder Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen bereitstellen, die vielfältigen Aktivitäten untereinander vernetzen, in der Kommune bekannt machen und so auch für neues Engagement werben.“

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit seien Kommunen ein wichtiger Partner, urteilte Müller. Derzeit unterhielten über 500 Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland Beziehungen zu Kommunen in Asien, Afrika und Lateinamerika und engagierten sich mit (Projekt-)Partnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung. Die Expertise von Kommunen zur lokalen Selbst-

Bayerischer Gemeindetag:

Kritik und Zustimmung

Am Rande einer Sitzung des BayGT-Landesausschusses in München hat Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, darauf hingewiesen, dass nur sehr wenige Gemeinden bei der Aufnahme von Flüchtlingen ihrer gesetzlichen Mitwirkungspflicht in Bayern nicht nachkommen. Dafür gebe es in der Regel nachvollziehbare und plausible Gründe. Gesetzliche Regelungen oder gar Zwangsmaßnahmen seien keinesfalls nötig. Auch stelle sich aufgrund der deutlich zurückgehenden Zahl der Asylsuchenden die Frage, ob es einer solchen gesetzlichen Regelung überhaupt noch bedarf.

Landkreisen soll künftig ermöglicht werden, kreisangehörigen Gemeinden Asylbewerber zuzuweisen. Dies hatte das Kabinett im Herbst vergangenen Jahres beschlossen. Nun soll im Zuge einer anstehenden Änderung des bayerischen Aufnahmegesetzes eine entsprechende Gesetzesänderung erfolgen. Der Bayerische Gemeindetag lehnt diese Gesetzesänderung nachdrücklich ab. „Das vorgesehene Gesetz ist verfassungsrechtlich bedenklich, weil hier ermöglicht werden soll,

verwaltung sei bei den Partnern gefragt, denn gut funktionierende Verwaltungen würden von vielen Menschen als das Fundament der Gesellschaft gesehen – überall auf der Welt. Mit dem Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) erhielten deutsche Kommunen seit 2013 die Möglichkeit, Mittel für Partnerschaftsprojekte zu beantragen.

Gemeindegröße irrelevant

Zahlreiche Praxisbeispiele in der Dokumentation zeigen, dass Entwicklungspolitik nicht von der Größe einer Gemeinde abhängt und es neben den bedeutenden klassischen Städtepartner-

eine Staatsaufgabe auf die kommunale Ebene zu verlagern“, erklärte Dirnberger.

Ungeeignete Grundstücke

Dass manche Kommunen noch keine oder nur wenige Flüchtlinge beherbergen, liege nicht selten daran, dass die Landratsämter angebotene Grundstücke oder Unterkünfte als ungeeignet zurückgewiesen haben. Zudem kämen kleinere Gemeinden aufgrund ihrer Infrastruktur und räumlichen

schaften vielfältige weitere Betätigungsfelder gibt, um sich für eine gerechtere und nachhaltige Eine Welt einzusetzen.

„Nachhaltigkeit neu lernen“

Ob seiner zahlreichen Aktivitäten mehrfach ausgezeichnet wurde in den vergangenen Jahren die Stadt Neumarkt i. d. OPf. Wie einem Beitrag von Oberbürgermeister Thomas Thumann zu entnehmen ist, gehören zu den wichtigsten von der Stadt initiierten Maßnahmen zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) das städtische Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen“, die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, die Kampagne „Fairtrade-Stadt“ sowie Bildungsprojekte im Rahmen des Masterplans „100 % Klimaschutz“. Zudem habe Neumarkt im internationalen Kontext der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ teilgenommen.

Die Fairtrade-Kampagne in Neumarkt beinhaltet insbesondere auch eine breite Bildungs- und (Fortsetzung auf Seite 4)

18. Münchner Tage für nachhaltiges Landmanagement:

Kommunen im Gleichgewicht

Wenn Menschen in Bewegung sind, verändert sich das Gefüge von Kommunen. Derzeit müssen Dörfer und Städte in kürzester Zeit Menschen verschiedenster Hintergründe einen sicheren Platz geben und ihnen neue Perspektiven bieten. Die Zu- und Abwanderung verschiebt die Altersstruktur und die Zusammensetzung der Einwohnerschaft. Damit einher gehen wandelnde Bedürfnisse nach Wohnraum, Infrastruktur und Versorgung.

Wie gehen die Kommunen mit diesen Umbrüchen um? Antworten darauf gaben die 18. Münchner Tage für nachhaltiges Landmanagement, veranstaltet vom Förderkreis Bodenordnung und Landentwicklung München in Kooperation mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) und der Hanns-Seidel-Stiftung. Wissenschaft und Planung, Verwaltung und Politik wurden ins Gespräch gebracht und konkrete, praktikable Ansätze für Dörfer und Städte vor Ort diskutiert.

Idee der „Resilienz“

Letztlich geht es dabei auch um die Idee der „Resilienz“, um Anpassungsfähigkeit, Krisenfestigkeit oder Stabilität. Die Dynamik von Veränderungen führt in resilienten Kommunen nicht zu einem Bruch. Sie wird abgefedert und ein neues Gleichgewicht stellt sich ein, wie Dr. Martin Schneider, Lehrstuhl für christliche Sozialethik, LMU München, betonte. Wie kann das Konzept der Resilienz auf Regionen übertragen werden? Laut Markus Gruber, convelop – cooperative knowledge gmbh Graz, gibt es auf diese Frage keine pauschale Antwort. Im Kern gehe es um einen Austauschprozess und das Management von Spannungsfeldern. Vernetzung sei essentiell, um zu lernen, Innovationen zu generieren und Stabilität zu erreichen.

Beispiel Krumbach

Wie eine Gemeinde einen resilienten Weg einschlagen kann, zeige die Voralberger Gemeinde Krumbach. Bereits in den 1990er Jahren erarbeitete sie ein basisdemokratisches Leitbild für Neubau, Sanierung, Baulandwidmung und Ortsentwicklung. In Krumbach gibt es einen Ge-

staltungsbeitrag zu Bau- und Raumplanungsfragen; es wird moderiert, ermutigt, beraten, unterstützt und aktiviert. Dieser Gemeindegeist verselbstständigt sich, lässt Bürger mutig und initiativ und vor allem eigenständig werden.

Zersiedlung stoppen

Der Zersiedlung wurde entschieden Einhalt geboten, indem Neubauten konsequent nur im Ortszentrum oder zur Nachverdichtung einzelner Siedlungsweiler gestattet werden. Das kommunale Klima färbt auf die gewerbliche und private Bautätigkeit ab und zeitigt Synergien. Überall in Krumbach sind Alltagsbauten zu finden, die das österreichische Niveau deutlich überbieten.

Dass es die 1.000-Seelen-Gemeinde im Bregenzerwald mit (Fortsetzung auf Seite 4)



Die große Vernetzung aller möglichen Geräte schreitet voran, parallel zur Sammlung immer größerer Mengen unserer Daten. Das kann durchaus praktisch sein, sei es bei angepassten Ergebnissen in der Suchmaschine oder beim Orten des verlorenen Handys. Die Gefahr eines Missbrauchs der Datenmengen ist aber real. S. 15



Vom Leben in Trümmern bis zum Wohlstand im Wirtschaftswunder: Die Wanderausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ ging nach sechs Jahren Laufzeit und insgesamt knapp 95.000 Besuchern in Lindenberg im Allgäu zu Ende. Mehr dazu auf Seite 14.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite	
KPV-Bundesvorstand: Eckpunkte für erfolgreiche Integration	... 2
Dokumentation vorbildlicher Flüchtlingsunterkünfte	... 2
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
Viele Baustellen bei der Pflegereform	... 3
Zukunftskongress Migration & Integration: Bürokratie verringern	... 3
Praktikumsbörse für Asylbewerber: „Sprungbrett into work“	... 4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	... 5-7
EDV · Breitband	... 8-12
Abfall	... 12-13
Aus den bayerischen Kommunen	... 14-16

Beschluss des KPV-Bundesvorstandes:

Eckpunkte für erfolgreiche Integration und Einwanderung

Unter dem Motto „Eckpunkte für ein erfolgreiches Zusammenleben: So gelingen Zuwanderung und Integration“ hat die Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU Bausteine für ein schlüssiges Gesamtkonzept für Einwanderung und gelingende Integration in Deutschland entwickelt. „Ob die gewaltige Herausforderung gelingt, die große Zahl von Menschen, die zu uns gekommen sind und bei uns bleiben werden, gut zu integrieren, entscheidet sich vor Ort. Nur klare Zuständigkeiten und eindeutige Verantwortlichkeiten können dazu führen, dass Integration als persönlicher und familiärer Prozess gelingt“, unterstrich KPV-Bundesvorsitzender Inghert Liebing, MdB.

Laut dem Eckpunktepapier muss ein Einwanderungsgesetz zunächst klare Regeln setzen. Zudem gelte es, verbindliche Eingliederungsvereinbarungen zu schließen. So müsse ein Aufenthaltsstatus beispielsweise unter den Vorbehalt der Rechtstreue gestellt werden. Die Straffälligkeit von Zuwanderern und Flüchtlingen müsse zur Verwirkung des Aufenthaltsrechts führen. Ein unbefristetes Daueraufenthaltsrecht (Niederlassungserlaubnis) könne nur dem gewährt werden, der über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, Grundkenntnisse unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung nachweist, keine Straftaten begangen hat und seinen Lebensunterhalt sichern kann.

Wohnsitzauflagen

Um Integrationsanstrengungen vor Ort beispielsweise für Wohnen, Kinderbetreuung und Schulbildung nicht ins Leere laufen zu lassen, sind nach Auffassung der Bundes-KPV zeitweise Wohnsitzauflagen für Zuwanderer sinnvoll. Diese müssten jedoch beendet werden, wenn der Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten werden kann. Wohnsitzauflagen beugen einer Segregation und der Verschärfung von sozialen Problemlagen in Ballungsräumen vor und machten Integrationsangebote erst plan- und steuerbar.

Finanzausstattung verbessern

Einwanderung und Integration kosten Geld: Beim Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGBII müssen die Kommunen bisher ihren Anteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) tragen. Die Leistungen der Kinder-

und Jugendhilfe, der Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulen sowie die Kosten für Integrationslotsen und bedarfsgerechte Integrationsangebote werden laut KPV erhebliche kommunale Mittel beanspruchen. Dazu kommen die aufgelaufenen Kosten der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, sowie die Kosten der Vorhaltung von Unterkünften und Infrastruktur. „Diese Kosten können die Kommunen nicht tragen. Ihre Finanzausstattung muss mit der wachsenden Gesamtaufgabe ‚Integration und Eingliederung‘ kurzfristig deutlich verbessert werden. Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Bundes und der Länder muss erhöht werden. Wir fordern deshalb für die Kommunen einen größeren Anteil an der Umsatzsteuer und eine stärkere Beteiligung des Bundes an den KdU“, heißt es in dem Papier.

Unbegleitete Minderjährige

Die zunehmende Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge stellt eine große Herausforderung für die Kommunen dar. Überwiegend handelt es sich um Personen zwischen 15 und 17 Jahren. Nach Ansicht der Bundes-KPV ist sicherzustellen, dass sie geschützt und gut betreut werden. „Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt müssen, wie im derzeitigen Koalitionsvertrag verabredet, auf den Prüfstand und auch grundsätzlich angepasst werden, damit diese Aufgabe sowohl organisatorisch wie finanziell auch in Zukunft leistbar bleibt.“

Eine weitere Forderung: „Deutschland bedarf – unabhängig von dem Zuzug von Flüchtlingen – einer umfassenden Wohnungsbauintiative, sowohl im so-

zialen als auch im frei finanzierten Wohnungsbau.“ Dazu müssten ordnungsrechtliche und steuerliche Anreize geschaffen, ggf. die Landes- und Regionalplanung angepasst und Hemmnisse auch bei der Baulandmobilisierung abgebaut werden. Ziel ist die Schaffung ausreichenden Wohnraums in allen Preissegmenten und Bereichen unter Berücksichtigung der geänderten Lebensverhältnisse. Insgesamt müsse verstärktes Augenmerk auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für diejenigen Menschen gelegt werden, die zwar keine Hilfsansprüche nach den Sozialgesetzbüchern der Bundesrepublik Deutschland haben, die sich die hohen Mieten von frei finanzierten Wohnungsbau aber zunehmend nicht leisten können.

Möglichst viele Leistungen bündeln

Individuell zu prüfen seien die Einhaltung und der Erfolg von Integrationsvereinbarungen. Integration brauche aber auch gezielte Förderung. Eine kommunale Einrichtung müsse Anlaufstelle für die Zuwanderer und Flüchtlinge sein. „Wir wollen möglichst viele Leistungen für Zuwanderer und Flüchtlinge bündeln. Ausländeramt, Jobcenter, Familienkasse, BAMF, Kinder- und Jugendhilfe, Schule und Berufsbildung organisieren ein gemeinsames Integrationscenter bzw. vereinbaren, was das nicht möglich ist, eine enge Zusammenarbeit. Der Datenaustausch muss gewährleistet und in einer E-Akte zusammengefasst werden“, heißt es in dem Eckpunktepapier.

Spracherwerb sei der Schlüssel zur Integration. Integration gehe aber über Spracherwerb und Berufseinstieg hinaus. Deshalb sollten in allen Kommunen Integrationslotsen Angebote koordinieren, damit Ressourcen effizient eingesetzt werden und Integration bedarfsgerecht erfolgt. Freiwillige Integrationsausschüsse könnten die Arbeit unterstützen.

Kinderbetreuung

Auch zugewanderte und geflüchtete Kinder müssten passgenaue Betreuung und Förderung erhalten. Integrationsvereinbarungen sollten – im Gegenzug zum Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz – den Besuch von Betreuungseinrichtungen, Qualifikations- und Sprachstandsfeststellungen und qualifizierende Elternarbeit vorsehen.

Um den zusätzlichen Bedarf an Kita-Plätzen und Fachkräften abdecken zu können, müssten die duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher und die Aufbaustudiengänge für das Führungspersonal ausgebaut werden. Die Kommunen seien beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowohl bei den erforderlichen Investitionskosten als auch bei den Betriebs- und Personalkosten ausreichend finanziell zu unterstützen.

Schulsozialarbeit stärken

Die Länder sind laut KPV aufgefordert, für die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte und die Entwicklung von Qualifizierungskonzepten, wie Lehrkräfte auf diese große pädagogische Herausforderung mit teilweise traumatisierten Kindern und Jugendlichen vorbereitet werden können, zu sorgen. Vor diesem Hintergrund sei die Schulsozialarbeit zu stärken und entsprechend von den Ländern finanziell abzusichern. Die Förderung eines Bil-

dungskoordinators für jeden Kreis durch den Bund wird begrüßt.

Berufsqualifikationen

Passgenaue Eingliederungsmaßnahmen erleichtern die Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz. Für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sei die Anerkennung ihrer vorhandenen Berufsqualifikationen von zentraler Bedeutung. Die bisherigen Verfahren müssten optimiert werden. Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU begrüßen die Einstellung von Koordinatoren bei den Industrie- und Handelskammern sowie im Handwerk.

Wiederaufbau

Vorgeschlagen wird zudem, in Kooperation mit der Wirtschaft Programme zur Bildung und Weiterbildung speziell für Flüchtlinge zu erarbeiten, um sie für den Wiederaufbau in den Heimatländern oder die langfristige Integration in den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dazu könnten auch spezielle „Berufsschulen“ und „Jugendaufbauwerke“ errichtet werden, um schnell mit beruflicher Bildung beginnen zu können und parallel den Spracherwerb zu forcieren.

Insbesondere vor Ort sollten Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Das gleiche Angebot könnte dann auch anderen Arbeitssuchenden ohne Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Eine solche Beschäftigung könne beispielsweise bei gemeinnützigen Organisationen, kommunalen Einrichtungen oder Unternehmen sowie Wohnungsbaugesellschaften erfolgen. **DK**

Positive Wirtschaftsentwicklung in allen Landesteilen:

Investitionen für Arbeitsplätze

In der langfristigen Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung liegt Bayern weiterhin deutlich an der Spitze aller Bundesländer. Im Jahr 2015 ist die reale Wirtschaftsleistung um 2,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Und der bayerische Arbeitsmarkt ist für zukünftige Herausforderungen bestens gerüstet. Dies sind die wichtigsten Fakten, die Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zur aktuellen Lage der bayerischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik präsentierte.

Das bayerische Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei in 2015 insgesamt um mehr als zwei Prozent gewachsen erklärte Aigner rückblickend. Die positive Wirtschaftsentwicklung beruhe vor allem auf der Robustheit der bayerischen Wirtschaft, die ein wichtiges Signal für Kontinuität und Verlässlichkeit darstelle. Aufgrund der wirtschaftlichen Stärke und Dynamik sei Bayern gemessen am BIP pro Kopf das reichste aller Flächenländer in Deutschland. Derzeit liege das pro Kopf-BIP bei 43.092 Euro. Ihr Schwerpunkt liege eindeutig auf einer langfristigen Wirtschaftsentwicklung, betonte die Ministerin.

Die bayerische Wirtschaftskraft beruhe insbesondere auf den Leistungen der Unternehmen und Bürger im Freistaat. Diesbezüglich verwies die Wirtschaftsministerin auf die seit Jahren bestehende niedrige Arbeitslosenquote. Im vergangenen Jahr lag sie bei 3,6%, der geringste Wert aller Bundesländer. Momentan sinke die im Winter leicht gestiegene Arbeitslosenquote wieder. Dies belegten auch die aktuellen Zahlen. Dadurch sei man auf einem guten Weg, in Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse

zu schaffen. Schon im vergangenen Jahr habe in 40% der bayerischen Kreise und kreisfreien Städte mit einer Arbeitslosenquote von unter drei Prozent quasi Vollbeschäftigung geherrscht. Bei der Betrachtung der einzelnen Regierungsbezirke liege die Quote zwischen 3,6% in Oberbayern, Schwaben und Unterfranken sowie 4,6% in Mittelfranken.

Positiver Trend

Abschließend restümierte die Wirtschaftsministerin, man beobachte in allen Landesteilen einen positiven Trend bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Dazu trage auch die erfolgreiche Strukturpolitik des Freistaats bei, die Arbeit zu den Menschen bringe. Allein im Wege der Regionalförderung habe das Wirtschaftsministerium im letzten Jahr 155 Millionen von insgesamt 1,2 Milliarden Euro für Unternehmensinvestitionen ausgegeben. Dadurch seien fast 16.000 Arbeitsplätze gesichert und mehr als 2.100 Arbeitsplätze geschaffen worden. „Der bayerische Arbeitsmarkt ist für zukünftige Herausforderungen bestens gerüstet“, erklärte Aigner. **rm**

Dokumentation vorbildlicher Flüchtlingsunterkünfte

Der Bau von Flüchtlingsunterkünften stellt auch im Jahr 2016 für viele Gemeinden eine dringende und wichtige Aufgabe dar. Inzwischen gibt schon zahlreiche vorbildliche Lösungen – und nun auch professionell gemachte Dokumentationen darüber.

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt das soeben erschienene Sonderheft „Bauten für Geflüchtete“ des Holzbaummagazins „mikado“ bei. Neben allgemeinen Artikeln über verschiedene Aspekte stellt

Heimat, Germany, Arrival Country“. Teil des Projekts ist eine umfangreiche Online-Datenbank, die ständig aktualisiert und erweitert wird. Sie ist schon jetzt über die Website www.makingheimat.de aufrufbar.

Eine weitere Dokumentation vorbildlicher Lösungen veröf-

fentlichte jüngst der Deutsche Holzwirtschaftsrat auf seiner Website www.wohnraum-fluechtlinge.info. Und der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks wird im April seine Website schneller-wohnraum.de durch richtungswisende Projekte ergänzen. Die Entscheider aus Kommunen und Landkreisen haben somit fundierte und übersichtliche Informationsgrundlagen. **□**

Ungebrochene Dynamik

Ehrenamtskarte startet in Regensburg, Landshut und Bayreuth

Die Bayerische Ehrenamtskarte startete in neuen Städten. „Der Erfolg der Bayerischen Ehrenamtskarte geht weiter. Mit ihr setzen wir ein Zeichen der Anerkennung für die Ehrenamtlichen, die sich ganz besonders für das Gemeinwesen engagieren.“, sagte Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger anlässlich der ersten Verleihung der Bayerischen Ehrenamtskarte in Regensburg.

Hintersberger weiter: „Neben Regensburg gibt es künftig auch in den Städten und Landkreisen Bayreuth und Landshut für engagierte Bürgerinnen und Bürger die Bayerische Ehrenamtskarte. Insgesamt machen damit bereits 77 kreisfreie Städte und Landkreise in Bayern bei der Ehrenamtskarte mit. Sie hat seit ihrer Einführung im Jahr 2011 nichts von ihrer Dynamik verloren.“

Sichtbares Zeichen der Anerkennung

Die Karte ist bei den Ehrenamtlichen besonders begehrt. Bereits im letzten Dezember wurde die 100.000ste Ehrenamtskarte verliehen. Erhalten können sie Ehrenamtliche, die sich im Schnitt mindestens fünf Stunden wöchentlich oder jährlich mindestens 250 Stunden unentgeltlich engagieren. Die Bayerische Ehrenamtskarte verfügt bayernweit

über ein Netz von mehr als 4.000 kommunalen und privaten Akzeptanzstellen.

Den Menschen ginge es aber nicht so sehr um die Vergünstigungen, die mit der Bayerischen Ehrenamtskarte verbunden sind, erläuterte der Staatssekretär. „Für sie ist es vielmehr wichtig, ein sichtbares Zeichen der Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Leistungen in Händen zu halten. Darum ist die Bayerische Ehrenamtskarte fast so etwas wie ein Mitgliedsausweis in einem besonderen Kreis von Menschen. Mit der Ehrenamtskarte geben wir denen, die sich besonders für ihre Mitmenschen einsetzen auch wirklich etwas zurück. Deshalb wollen wir auch diejenigen Städte und Landkreise für die Teilnahme gewinnen, die sich bislang noch nicht beteiligen“, so der Staatssekretär abschließend.

Weitere Informationen unter: www.ehrenamtskarte.bayern.de

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Prof. Dr. Dr. Hans Eichinger
85368 Wang
am 17.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Eberl
94437 Mamming
am 16.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Söllner
93164 Brunn
am 8.4.

Bürgermeister Werner Diersch
95367 Trebgast
am 9.4.

Bürgermeister Fritz Hörner
91801 Berolzheim
am 13.4.

Bürgermeister
Josef Wimmer
83362 Surberg
am 13.4.

Bürgermeister Josef Huber
83547 Babensham
am 14.4.

Bürgermeister
Gerhard Blab
93185 Michelsneukirchen
am 15.4.

Bürgermeister
Dr. Robert Römmelt
97792 Riedenberg
am 20.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Stabl
92439 Bodenwöhr
am 7.4.

Bürgermeister Manfred Sporer
82439 Großweil
am 13.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Bühner
97657 Sandberg
am 19.4.

Bürgermeister Roland Schmitt
97228 Rottendorf
am 20.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Neubauer
97837 Erlenbach
am 8.4.

Oberbürgermeister Oliver Weigel
95615 Marktdreitz
am 19.4.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Leberle
86756 Reimlingen
am 16.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



1. Zukunftskongress Migration & Integration in Berlin:

Bürokratie verringern, Regeln flexibler handhaben

Über den Umgang mit der gestiegenen Zuwanderung berieten beim „1. Zukunftskongress Migration und Integration“ in Berlin Wissenschaftler, Unternehmer, Politiker und Kommunalvertreter. Vor über 500 Teilnehmern diskutierten sie dabei vor allem praktische Fragen wie die Unterbringung, den Spracherwerb oder die Arbeitsvermittlung.

Bei der von der Wegweiser Media & Conferences GmbH veranstalteten Tagung – Partner waren u. a. Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag – verwies Peter Altmaier, Flüchtlingskoordinator und Chef des Bundeskanzleramtes, darauf, dass der Schlüssel für Integration die deutsche Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt seien. Für die dauerhafte Bewältigung der Flüchtlingskrise müsse nunmehr eine Architektur geschaffen werden.

Keine Abschottung

Diese europäische Lösung der größten Fluchtbewegung auf unserem Kontinent brauche allerdings Zeit, betonte Altmaier, der vor einer Abschottung Europas warnte: „Es ist ein historischer Irrtum, grenzenlos zu sein für Güter, Informationen und Dienstleistungen, aber anzunehmen, Menschen müssten von Geburt bis Tod an einem Platz bleiben.“ Altmaier forderte, das europäische Asylsystem Dublin III zu reformieren. Denn es funktioniere nicht, wenn plötzlich viele Menschen kämen. Jetzt gelte es, die illegale Migration zu bekämpfen und Wege für den legalen Zugang zu öffnen.

Mittelstand als Integrationsmotor

Den bezeichnete der Flüchtlingskoordinator als Integrationsmotor. „Wir müssen aber auch den Mut haben, unsere Werte und unsere Art zu leben zu vermitteln.“ Altmaier versprach zugleich, sich dafür einzusetzen, Bürokratie zu verringern und Regeln flexibler zu handhaben.

Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, unterstrich, dass seine Behörde in diesem Jahr durch mehr Personal und Reformen bei den Abläufen voraussichtlich eine Million Asylansprüche entscheiden könne. Durch die neuen Anknüpfungspunkte könnten 50 Prozent der Fälle inzwischen in 48 Stunden entschieden werden. Bei der anderen Hälfte handle es sich um komplexe Fälle. Diese Verfahren würden auch künftig länger dauern. Weise unterstrich, Asylverfahren müssten fair und sorgfältig bleiben.

Großes Potenzial

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit berichtete, dass es rund 660.000 leistungsberechtigten Flüchtlinge in Deutschland gebe. Rund 460.000 davon könnten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Zugleich machte Weise darauf aufmerksam, dass Flüchtlinge nicht das Problem des demografischen Wandels in Deutschland lösten. Im Gegenteil – die große Zahl stelle zunächst eine Belastung für den Arbeitsmarkt dar. Etwa zehn bis 15 Prozent seien gut qualifiziert. Weise zeigte sich dennoch optimistisch, da es unter den Flüchtlingen ein großes Potenzial von Menschen gebe, die gut in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Dazu müssten sich aber auch Berufsverbände und Handwerkskammern flexibler zeigen. Beispielsweise müsste es möglich sein, dass bestimmte Unterlagen für eine Ausbildung nachgereicht werden.

Auch in den Bundesministerien steht der Flüchtlingsandrang im Mittelpunkt der Arbeit. Wie der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans-Georg Engelke, bemerkte, werde dort an einer Änderung des Systems der Integrationskurse gearbeitet. Das Angebot an Integrations- und Sprachkursen sei in Teilen nicht mehr zeitgemäß. Es gehe um die Fragen, welche Zielgruppen man wie am besten erreiche, ob es für bestimmte Gruppen Lücken gebe und welche Teile der Kurse eventuell verpflichtend sein sollten.

Staatssekretär Werner Gatzert aus dem Bundesfinanzministerium warb seinerseits dafür, sich im Bereich Entwicklungshilfe künftig mehr einzubringen. Zu Forderungen der Länder nach mehr Unterstützung vom Bund verwies er darauf, dass die Länder ebenso wie der Bund im vergangenen Jahr einen großen Überschuss erzielt hätten. Zugleich stellte Gatzert fest, dass notwendige Integrationsmaßnahmen nicht am Geld scheitern würden.

Operative Themen

Auf dem Kongress wurden operative Themen im Umfeld der Migration (Optimierung der Erstaufnahme, Unterbringung etc.) sowie Probleme und Chancen der Integration (Sprache, Arbeitsmarkt, gesellschaftlicher Zusammenhalt etc.) beraten. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten drei Plenumsveranstaltungen und drei Zukunftsforen.

Best-Practice-Dialoge

Ergänzt wurde das Kongressprogramm durch Zukunftswerkstätten und Best-Practice-Dialoge, die von Partnern und Unterstützern des Kongresses ausgerichtet wurden und sich u. a. folgenden Themen widmeten: „Wir schaffen das – nur mit gutem Projektmanagement“, veranstaltet durch GPM Deutsche Gesellschaft für Projektmanagement e. V., „Verbesserungen der Abschiebungspraxis“, veranstaltet durch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und „Integrationsmanagement in Kommunen“, veranstaltet durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. Gemeinsam mit den Teilnehmern wurde unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert, wie Integration organisiert sein muss. Darüber hinaus wurden die Erfolgsfaktoren eines effektiven Integrationsmanagements entwickelt.

Integrationsagentur

Kienbaum Management stellte das Konzept der „Integrationsagentur“ vor. Aufbauend auf den Ergebnissen der Kienbaum – die große Zahl stelle zunächst eine Belastung für den Arbeitsmarkt dar. Etwa zehn bis 15 Prozent seien gut qualifiziert. Weise zeigte sich dennoch optimistisch, da es unter den Flüchtlingen ein großes Potenzial von Menschen gebe, die gut in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Dazu müssten sich aber auch Berufsverbände und Handwerkskammern flexibler zeigen. Beispielsweise müsste es möglich sein, dass bestimmte Unterlagen für eine Ausbildung nachgereicht werden.

Fragestellungen mit Bezug zur

Flüchtlingskrise dominieren das Vergaberecht. Vorgestellt wurden die einschlägigen Vorschriften, zudem gab es Hinweise und Praxistipps – mit der Zielvorstellung bedarfsgerechter, zügiger, aber vor allem rechtssicherer Beschaffungen zur Bewältigung der Problemlage.

Grenzen der Leistungsfähigkeit

Kommunen geraten bei der Unterbringung von Flüchtlingen organisatorisch an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Gezeigt wurde, wie eine Software, die einen kompakten Überblick zu verfügbaren und geplanten Unterkunftsmöglichkeiten bietet, Unterstützung leisten kann.

In dem Workshop „Der Blick in die Praxis: Integration von Flüchtlingen in die Unternehmen“ beleuchtete die Deutsche Gesellschaft für Personalführung an Beispielen aus der Praxis die Erfolgshebel für eine erfolgreiche Integration Geflüchteter in die Unternehmen, zeigte aber auch Probleme auf, vor denen die Betriebe stehen.

Wirksame Konzepte

Staatliche Leistungserbringung muss mit möglichst geringem Aufwand und hoher Budgeteffizienz funktionieren. In einem Vortrag wurde u. a. dargestellt, wie durch technische Verfahren Leistungen besser bei Bedürftigen ankommen und die Integration unterstützen – Stichwort Kommunale Bezahlkarte.

Der kurzfristige Raumbedarf des öffentlichen Sektors stand im Mittelpunkt des Best-Practice-Dialogs „Kindergärten - Asylbewerberunterkünfte - Sozialer Wohnungsbau: Aus vergangenen Engpässen für heutige und künftige lernen“. Präsentiert wurden wirksame Konzepte und nachhaltige Lösungen in Form modularer Systeme als flexible, schnelle und nachhaltige Alternative. DK

Ausbau der Palliativversorgung für Kinder und Jugendliche

Neues Team startet in Landshut

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml treibt den Ausbau der Palliativversorgung für Kinder und Jugendliche weiter voran. Huml betonte anlässlich des Starts eines neuen Kinderpalliativteams in Landshut: „Mir liegt die Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Kindern und Jugendlichen sehr am Herzen. Die Betroffenen und ihre Familien brauchen eine ganz besonders einfühlsame Unterstützung. Die Hospiz- und Palliativversorgung leistet hier unschätzbare wertvolle Arbeit.“

Der Aufbau des neuen Teams der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Kinder (SAPV KJ) in Landshut wird

weiteres Team in Unterfranken ist derzeit in Planung.

weiteres Team in Unterfranken ist derzeit in Planung.

Sensible Aufgabe

Die Ministerin ergänzte: „Die Betreuung von schwerstkranken Kindern und ihren Familien ist eine der sensibelsten Aufgaben überhaupt. Zahlreiche Haupt- und Ehrenamtliche stehen in dieser schwierigen Situation mit Rat

Gemeindedaten für Bayern 2015

Neuerscheinung: 145 ausgewählte statistische Eckdaten für alle Regionaleinheiten

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlichte die 28. Ausgabe der jährlich erscheinenden „Gemeindedaten für Bayern“. Für alle 2.056 Gemeinden, 312 Verwaltungsgemeinschaften, 96 Stadt- und Landkreise, sieben Regierungsbezirke, 18 Regionen und den gesamten Freistaat beleuchten 145 ausgewählte statistische Eckdaten den aktuellen Stand von Gebiet, Bevölkerung, Bildungswesen, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Gewerbe, Umwelt, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Tourismus, Straßenverkehr, Sozialwesen, Steuern und Finanzen.

Die „Gemeindedaten für Bayern 2015“ enthalten auf knapp 600 Seiten für jede Regionaleinheit – bis hin zur Gemeindeebene sowie jede der 18 Regionen Daten zu 145 wichtigen Merkmalen und ermöglichen somit den direkten Vergleich

zwischen allen Regionaleinheiten. Die Ergebnisse stammen aus der Statistischen Datenbank GENESIS des Landesamts für Statistik und bieten insbesondere den bayerischen Kommunen sowie allen Interessierten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein tief gegliedertes Tabellenwerk, das einen guten Einblick in die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse des jeweiligen Gebietes vermittelt.

Erhältlich sind die „Gemeindedaten für Bayern 2015“ als Heft, als DVD, als Heft + DVD sowie als Datei zum Download unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und beim Vertrieb des Landesamts (vertrieb@statistik.bayern.de). Im Bayerischen Behördennetz sind für alle Zugangsberechtigten die Dateien in verschiedenen Formaten kostenfrei abrufbar. □

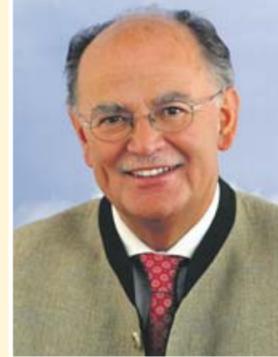


Kolumne Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

von 8.27 bis 8.53 Uhr ist Frau Müller an der Reihe, danach Herr Schmidt bis 9.16 Uhr und für Frau Meyer im Zimmer nebenan ist Zeit bis 9.35 Uhr. Duschen, Haare waschen, Zähneputzen, das Bett aufschütteln, dazwischen kaum Zeit für ein paar freundliche Worte – ein Ablauf exakt auf die Minute getaktet.

Diesen straffen Arbeitsplan hat mir vor kurzem eine Altenpflegerin per Post geschickt. Natürlich sind mir die oft befremdlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in manchen Pflegeheimen bekannt. Trotzdem hat mich dieser minutengenau austarierte Plan schockiert. Er stellt ein besonders



nicht mehr pauschal der Zeitaufwand bei der Pflege zum Maßstab genommen, sondern wie sehr die Selbstständigkeit des einzelnen Menschen beeinträchtigt ist. Bedauerlicherweise sind die alten Begutachtungsrichtlinien noch nicht in die neuen überführt. Ich kann deshalb die Verunsicherung, die viele betroffene Menschen und deren Angehörige empfinden, sehr gut nachvollziehen.

Der Bund verspricht zwar, dass niemand schlechter gestellt würde, wenn das alte in das neue System übergeführt wird. Fakt ist aber: Es gibt noch viele Baustellen, und das nicht nur aus Sicht der Betroffenen. Auch die Bezirke als Träger der Hilfe zur Pflege in stationären Heimen stochem bislang im Nebel, wie sich das Pflegestärkungsgesetz auf ihre Aufgaben und Ausgaben auswirken wird. Die Bundesregierung hat zwar zugesichert, die Schnittstellen zwischen dem SGB XI und dem SGB XII über die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu harmonisieren. Bislang liegt dieser geplante III. Teil des Pflegestärkungsgesetzes aber noch nicht einmal im Entwurf vor.

Die Folgen sind absehbar: Ohne die Klärung der Schnittstellen werden die in den beiden Sozialgesetzen verwendeten Regelungen zu Pflegegraden und Pflegegraden auseinanderdriften. Bei den Bezirken wäre also weiterhin die Pflege nach Minutentakt die Grundlage für die Bemessung der Pflegebedürftigkeit, während in der Pflegeversicherung längst die neuen Pflegegrade Einzug gehalten hätten. Offen ist auch, wie viele an Demenz erkrankte Menschen durch den erweiterten Pflegebegriff neu in die Sozialhilfe kommen.

Das sind nur einige Punkte, die die Bezirke derzeit mit Sorge sehen. Kurzum: Es gibt aus unserer Sicht noch eine Menge Klärungsbedarf, zum Beispiel zu den finanziellen Folgen für die Haushalte der Bezirke. Die Überleitung des alten Systems in das neue ist eben eine hochkomplexe Aufgabe.

Darüber darf man zudem nicht das erklärte Ziel der Reform aus den Augen verlieren. Es geht in erster Linie um mehr Qualität und Menschlichkeit in der Pflege. Dafür braucht man nicht nur die nötigen finanziellen Mittel, sondern vor allem gut geschultes, warmherziges Personal. Auf dem Arbeitsmarkt sind diese Fachkräfte auf absehbare Zeit nicht verfügbar. Diese Zwickmühle zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird sich selbst mit der jüngsten Pflegereform nicht überzeugend auflösen lassen.

Ihr Josef Mederer

Präsident des Bayerischen Bezirkstags

und Tat zur Seite. Denn neben dem sterbenden Kind werden auch die Eltern und die Geschwister unterstützt. Für diesen Einsatz danke ich ganz herzlich.“

Umfangreiche Strukturen

In Bayern leiden insgesamt etwa 2.700 Kinder an einer lebensverkürzenden und unheilbaren Erkrankung. Pro Jahr sterben rund 600 Kinder daran.

In der Kinderhospiz- und Palliativversorgung hat Bayern in den vergangenen Jahren umfangreiche Strukturen aufgebaut: Neben dem stationären Kinderhospiz in Bad Grönebach gibt es 15 spezielle ambulante Kinderhospizdienste im Freistaat. Bei zahlreichen Hospizdiensten sind außerdem geschulte Kinderhospizhelfer eingebunden. Eine Kinderpalliativstation am Klinikum Großhadern in München wird voraussichtlich noch in diesem Jahr eröffnet.

Familienhelferausbildung

Huml unterstrich: „Bayern setzt sich auch künftig für den nachhaltigen Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung für schwerstkranken Kinder und Jugendliche ein. So fördern wir beispielsweise die Ausbildung von Kinderhospizhelfern sowie Familienhelfern bei den Hospizdiensten.“

Weitere Informationen unter: <http://www.stmgp.bayern.de/palliativmedizin/doc/kinderpalliativkonzept.pdf> □

„Sprungbrett into work“

Praktikumsbörse für Asylbewerber ist online

Seit kurzem ist die Online-Praktikumsbörse „IdA Sprungbrett into work“ online, auf der Praktikumsplätze für Asylbewerber angeboten werden. Unter www.sprungbrett-intowork.de können Schülerinnen und Schüler mit Flucht- oder Migrationshintergrund branchenübergreifend und in ganz Bayern nach aktuellen Praktikumsangeboten von Unternehmen recherchieren. Die Praktikumsplattform ist ein Gemeinschaftsprojekt der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. und des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Die bayerische Wirtschaft unterstreicht damit ihr Engagement zur Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in Ausbildung und Arbeit.

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw: „Unternehmen können die Praktikumsbörse kostenlos im Rahmen ihres Recruitingprozesses einsetzen und so über ein Praktikum potenzielle Auszubildende und zukünftige Mitarbeiter erreichen. Die Plattform bietet einen enormen Mehrwert für die Teilnehmer: Unternehmen haben die Möglichkeit, mit ‚IdA Sprungbrett into work‘ integrationsbereite junge Menschen zu gewinnen und

gleichzeitig gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.“

Ratschläge

Die Praktikumsinhalte werden auf Deutsch beschrieben, ausgewählte Inhalte stehen auch auf Englisch, Französisch, Arabisch oder Farsi zur Verfügung. Die Praktikumsbörse richtet sich auch an Lehrer und Multiplikatoren, die als wichtige Begleiter der Schülerinnen und Schüler auf der Websei-

te Ratschläge finden, wie sie bei der Praktikumsvermittlung helfen können. „IdA Sprungbrett into work“ liefert außerdem Informationen zu rechtlichen Fragen bei der Praktikumsvergabe, zum bayerischen Schulsystem, zur Anerkennung von Abschlüssen sowie zu Sprach- und Integrationskursen.

Arbeitsplätze

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ist entscheidend für die gesellschaftliche Integration. Mit der Praktikumsbörse öffnen wir für Asylbewerber die Tür zur Ausbildung und damit für den Arbeitsmarkt. Es ist wichtig, dass Integrationsmaßnahmen eng mit der bayerischen Wirtschaft abgestimmt werden. Hier entstehen Arbeits- und Ausbildungsplätze.“

Das Projekt ist Teil des Maßnahmenprogramms IdA – Integration durch Ausbildung und Arbeit, das die vbw gemeinsam mit der Staatsregierung und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit aufgelegt hat. Die Umsetzung verantwortet das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft. □

Wertevermittlung für Asylbewerber

Sozialministerin Müller: „Wir vermitteln unsere Werte von Anfang an in unseren Deutschkursen“

Bayern wird den Asylbewerbern im Rahmen der Deutschkurse künftig auch speziell unsere Werte vermitteln. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller: „Wir haben in Deutschland verbindlichen Regeln, die das Handeln aller hier lebenden Menschen leiten sollen - egal welchen Glaubens und welcher Herkunft sie sind. Zuwanderer müssen sie akzeptieren und annehmen. Das geht aber nur, wenn sie diese Regeln auch kennen. Sonst entstehen Parallelgesellschaften. Die Zuwanderer müssen sich deshalb bereits frühzeitig mit unseren Werten und Normen auseinandersetzen. Wir werden daher in unseren Deutschkursen für Asylbewerber verpflichtend unsere Werte und unsere Leitkultur vermitteln. So können sich die Asylbewerber gleich von Anfang an mit ihnen vertraut machen.“

Neben den Prinzipien des Grundgesetzes und der Rechtsstaatlichkeit befasst sich das neue Kursmodul „Werte und Zu-

sammenleben“ auch mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau und dem Verhalten im öffentlichen Leben.

tion“, so die Ministerin weiter.

Bereits seit 2013 fördert das Bayerische Sozialministerium „Deutschkurse zur sprachlichen Ersterorientierung für Asylbewerber“. Die Kurse sind speziell auf die Lebenssituation von Asylbewerbern und Geduldeten zugeschnitten. Neben der reinen Sprachvermittlung werden auch Inhalte beispielsweise zum Alltagsgeschehen und den Sitten und Bräuchen in Deutschland, zur Gesundheitsversorgung bis hin zur Arbeits- und Wohnungssuche gelehrt.

Mittelaufstockung

Der Freistaat Bayern hat für Deutschkurse von 2013 bis 2015 insgesamt 8,25 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2016 wurden die Mittel für sprachliche Qualifizierung auf knapp 17 Millionen Euro aufgestockt. □

Kritik und...

(Fortsetzung von Seite 1)

für Bayerns Gemeinden hat Franz Dimberger wiederum die Neuregelung des Straßenausbaubeitragsrechts bezeichnet. Das Augenmerk müsse sich jetzt darauf richten, mit den neuen Regelungen richtig umzugehen, wenn Gemeindestraßen erneuert oder modernisiert werden müssen.

Jede bayerische Gemeinde müsse in diesem Zusammenhang zunächst klären, ob sie über eine herausragend gute Haushaltslage, mit der die Investitionen getätigt werden können, verfügt. Zweitens sei darüber zu beraten, ob die Gemeinde eine Straßenausbaubeitragsatzung bereits hat, um Beiträge zur Finanzierung für die Erneuerung und Verbesserung von Ortsstraßen erheben zu können. Bislang wurden hierzu Einmalzahlungen von den Anwohnern erhoben, gestaffelt z.B. nach Grundstücksgröße, Erschließungsgrad und anderen Parametern.

Ein weiterer zu klärender Punkt treffe auf die Gemeinden zu, die noch keine Satzung haben und zudem in ihrem Haushalt nicht über ausreichende Mittel zur Sanierung von Gemeindestraßen verfügen. Laut Dimberger bietet

das KAG jetzt gerade für Gemeinden, die noch keine Satzung besitzen bzw. sie noch nicht vollzogen haben, die Möglichkeit, statt eines Einmalbeitrags von den Anwohnern wiederkehrende Beiträge zu verlangen.

Der wiederkehrende Beitrag wird dabei auf eine größere Anzahl von Grundstückseigentümern verteilt und kann in bis zu fünf gleich großen jährlichen Raten entrichtet werden.

Belastung wird verstetigt

Dabei handle es sich nicht um eine günstige Quasibesteuerung aller Grundstückseigentümer in der Gemeinde; vielmehr werde - über einen längeren Zeitraum gedacht - die Kostenbelastung der Beitragsschuldner verstetigt und in gewisser Weise nivelliert. Dimberger: „Die wiederkehrenden Beiträge können bei Gemeinden mit einer speziellen örtlichen Situation, die bisher keine Beiträge erhoben haben, eine Alternative darstellen, sind aber kein Allheilmittel für alle Gemeinden und schon gar nicht für die Gemeinden, die bereits im bisherigen System Abrechnungen vorgenommen haben.“ DK

Kommune als...

(Fortsetzung von Seite 1)

Aufklärungsarbeit. Projekte wie der „Lernzirkel Nachhaltigkeit“, der „Parcours Rundum Fair“ sowie der neue Muster-Beschaffungskoffer, der nach ökosozialen Kriterien bestückt ist, erfreuen sich großer Beliebtheit. Die Kampagne „Fairtrade Stadt Neumarkt“ wird mit weiteren Projekten fortgesetzt. Dazu gehört die Verteilung von Fairtrade-Fußbällen und -Handbällen an Schulen und in Sportvereinen. Mit dem neu konzipierten Eine-Welt-Festival, das bereits zweimal veranstaltet wurde und im Landesgartenschau-Park stattfindet, kann Neumarkt zudem eine Großveranstaltung bieten, die für den Fairen Handel und internationale Kooperationen wirbt.

Im Rahmen des Förderprogramms „Masterplan 100 % Klimaschutz“ führt die Stadt Neumarkt mehrere Projekte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz durch. Hier zählt der im Jahr 2015 neu eingeführte und mit 10.000 Euro dotierte Neumarkter Klimaschutzpreis zu den Besonderheiten. Zum anderen wurden neue Angebote und Aktionen umgesetzt, wie etwa der Aktionstag „Heizen mit regenerativen Energien“, der an zwölf Standorten in Stadt und Landkreis stattfand, oder die Glühbirnen-Austauschaktion vor dem Rathaus, bei der innerhalb von zwei Stunden 1.000 neue LED-Lampen an die Passanten ausgegeben wurden.

Ebenso eine Besonderheit ist das städtische „Faktor 10-Förderprogramm“ für energieeffizientes Bauen und Sanieren, in dessen Rahmen bisher eine Fördersumme in Höhe von rund einer Million Euro von den Bürgern in Anspruch genommen wurde.

Neumarkt ist auch international engagiert. So beteiligt sich die

Stadt am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Neumarkt ist in diesem Rahmen eine 18-monatige Projektpartnerschaft mit der südafrikanischen Gemeinde Draakenstein eingegangen. Beim Auftaktworkshop im März 2014 in Somerset West/Kapstadt und während Fachexkursionen vor Ort sammelten Neumarkt und Draakenstein erste Bausteine für ihr gemeinsames Handlungsprogramm, das im Rahmen der Klimapartnerschaft bis Oktober 2015 entwickelt wurde.

Nachhaltige Entwicklung

Schwerpunkte des Handlungsprogrammes sind das Engagement im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogrammes für Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Unterstützung von jungen Menschen in Bezug auf berufliche Bildung und soziales Engagement, die Förderung des Fairen Handels, Renaturierungsprojekte sowie die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

Die Gemeinde Herrsching am Ammersee wiederum ist unter dem Motto „Globales Lernen an Schulen und Kindergärten“ eine Partnerschaft mit Chatra in Indien und Ravina-Romagnano in Italien eingegangen. Nach den Ausführungen von Zweitem Bürgermeister Hans-Jürgen Böckelmann wurden die Schulpartnerschaften durch die Indienhilfe e. V. Herrsching vermittelt und werden von ihr bis heute inhaltlich betreut. Die Indienhilfe wurde dafür von der UNESCO als UN-Dekade-Projekt Bildung für

Nachhaltige Entwicklung 2006-2007 ausgezeichnet.

Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten und bearbeiten Themen wie Kinderarbeit, Fairer Handel und Millenniums-Entwicklungsziele; daraus folgen verschiedene Projekte und Maßnahmen. So entstand etwa die „Eine-Welt-Rallye“, die, wie andere derartige Schüleraktivitäten auch, im Ferienprogramm der Gemeinde Herrsching angeboten wird.

Hilfsprojekte

Aus einem gemeinsamen Besuch von Delegationen aus Chatra und Ravina-Romagnano in Herrsching haben sich vor einigen Jahren auch Verbindungen unter den beiden Herrschinger Partnergemeinden und in der Folge kleine Hilfsprojekte entwickelt. Die Schulpartnerschaften zwischen Ravina-Romagnano und Herrsching beziehen Chatra insofern immer wieder ein, indem die Herrschinger Schulen die Verhältnisse in Chatra thematisieren.

Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten für die Pflege der Ortspartnerschaften und ausgesuchte Projekte der Schulpartnerschaften. Sie unterstützt die Anschaffung von Bildungsmaterialien für die „Eine Welt“-Bildungsarbeit bzw. zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Der Bürgermeister sowie Mitglieder des Gemeinderates beteiligen sich außerdem an verschiedenen Schulaktionen. Zusätzlich stellt die Gemeinde der Organisation CISV International, einer Non-Profit-Organisation für internationale Kinder- und Jugendbegegnungen, Räumlichkeiten für internationale Treffen von Jugendlichen in Herrsching zur Verfügung. Sie leistet auch dadurch einen Beitrag zur Völkerverständigung, der Horizonterweiterung und zur „Eine Welt“-Bildungsarbeit. DK

Kommunen im Gleichgewicht...

(Fortsetzung von Seite 1)

seiner Ortskernstärkung ernst meint, beweist das Projekt Bus:Stop, das 2014 realisiert wurde. Sieben atemberaubende Buswartehäuschen von Architekten aus aller Welt wurden dabei quer über den Ort verstreut. Das Warten auf den Landbus mutiert seitdem zu einem bis zu 30-minütigen Studium zeitgenössischer Architektur. Als einer der innovativsten Orte Österreichs wurde Krumbach mit dem Baukulturgemeindepreis 2016 ausgezeichnet.

Im Sommer startete das Difu das Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Gemeinsam mit neun ausgewählten Klein- und Mittelstädten werden, so Dr. Bettina Reimann vom Deutschen Institut für Urbanistik Berlin, vor Ort Aktivitäten initiiert und durch das Difu begleitet. Hierbei gehe es vor allem um die Förderung des Zusammenlebens von Einheimischen und (Neu-)Zugewanderten, die Schaffung von Verantwortungsgemeinschaften zur Aufwertung der Innenstädte und die Verbesserung des Wohnens sowie der Nutzung öffentlicher Räume.

Wie Reimann erläuterte, zeigten erste Befunde, dass die Beteiligungsmöglichkeiten bzw. die Zugänge zur Beteiligung von Zuwanderern an Stadtentwicklungsprozessen unzureichend sind. Die Rolle der Stadtzentren für die Themen Nachbarschaft, Zusammenleben und Teilhabe sei bislang offen. Und: Nicht nur in ostdeutschen Projektkommunen sei die gegenwärtige Stimmung von Angst, insbesondere von Existenzangst, geprägt.

Das Thema Flüchtlinge verstärkt Reimann zufolge Konflikte in der Stadtgesellschaft. Begeg-

nungen trügen jedoch zur Förderung von Nachbarschaften bei. Intermediäre Organisationen seien als Mittler und Brückenbauer entscheidende Akteure im Integrationsgeschehen. Allerdings würden sie von den Kommunen bislang noch zu wenig als strategischer Partner wahrgenommen.

Nach Reimanns Darstellung sind Schlüsselpersonen wie Bürgermeister, lokale Unternehmer und Vereinsangehörige für die Gestaltung von Nachbarschaften und die Integration vor Ort besonders wichtig. Zuwanderer seien bislang zu wenig in der Kommunalpolitik vertreten. Die Teilhabe könne über (Sport-)Vereine befördert werden. Zudem gebe es zu wenig Anlässe und Räumlichkeiten für interkulturelle Begegnungen, monierte die Difu-Präsentantin.

Variables Innenleben

Ein innovatives Gebäude mit Vorzeigecharakter ist die neue Flüchtlingsunterkunft im oberbayerischen Langenbach (Landkreis Freising). Erste Bürgermeisterin Susanne Hoyer sowie Bauunternehmer und Investor Andreas Addinger präsentierten das Gebäude in Holzbauweise mit seinem Prinzip einer flexiblen Nutzung. Bis zu 80 Flüchtlinge können hier zunächst wohnen. Investor Addinger hat das Gebäude für zehn Jahre an die Regierung von Oberbayern vermietet.

Ein Teil der Innenwände aus Gipskarton kann bei Bedarf entfernt werden. Die 15 Quadratmeter großen Zimmer für je zwei Bewohner können so später mit wenig Aufwand in größere Räume mit 30 bis 75 Quadratmeter verwandelt werden - beispielsweise für Studentenappartements, Kindertagesstätten oder Büros. Ausgelegt ist das 47 Meter lange Gebäude mit dem variablen Innenleben

auf eine Lebenszeit von etwa 50 Jahren. Durch die Holzbaumodule lässt sich der Rohbau in nur vier Tagen montieren. Der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks empfahl die Langenbacher Unterkunft deshalb als Modellprojekt.

Eine starke historische Verankerung in der Thüringer Natur- und Kulturlandschaft hat das Schwarzatal. Wie Burkhard Kolbmüller, LEADER Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt, Thüringen, darlegte, ist die Region von Tourismus, Landwirtschaft und mittelständischen Unternehmen geprägt. Prognostiziert wird für die nächsten Jahrzehnte ein drastischer Bevölkerungsrückgang.

Um die Region zu stärken, müsse man „heute schon das Morgen“ denken. Hier sollen Kolbmüller zufolge enkeltaugliche Projekte der regionalen Wertschöpfung, Regionalvermarktung und gesonsenschaftlichen Nahversorgung sowie der erneuerbaren Energieversorgung entstehen. Das Schloss Schwarzburg soll zum Kunst- und Denkort der Demokratie entwickelt werden. Bei der Umsetzung der Einzelprojekte selbst im kleinsten Maßstab wird Neuartigkeit und höchste Gestaltungsqualität angestrebt. Die Sommerfrische-Architektur beispielsweise, die sich mit neuen touristischen Angeboten verbinden könnte, ist Teil des Bundesprojektes „Baukultur konkret“.

Getragen von zivilgesellschaftlichen Kräften und unterstützt durch wissenschaftliche Expertise werden außergewöhnliche Veranstaltungsformate durchgeführt. So finden im regelmäßigen Turnus die „Zukunftswerkstatt Schwarzatal“ und die „Schwarzburger Gespräche“ statt. Geplant sind weiterhin Regionaldialoge, um die Menschen vor Ort anzusprechen und Ideen von morgen aufzuspielen. DK

Schulturnhallen wieder für Schulsport freigegeben

Angesichts der gegenwärtig stark nachlassenden Flüchtlingszahlen ruft Bayerns Innen- und Sportminister Joachim Herrmann die Kommunen dazu auf, mit Flüchtlingen belegte Schulturnhallen nun zügig wieder für den Schulsport freizugeben: „Eine Notfallunterbringung, wie ab September 2015 bayernweit vielfach praktiziert, ist derzeit nicht mehr erforderlich. Mir ist es deshalb wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler nun rasch wieder einem geregelten Sportunterricht erhalten.“

Stark gesunkene Flüchtlingszahlen

Dieser musste vielerorts entfallen, weil die hohen Flüchtlingszahlen ab September 2015 mit teils mehreren tausenden Flüchtlingen pro Tag die Unterbringungskapazitäten sprengte, so dass mitunter Schulturnhallen als Notunterkünfte zweckentfremdet werden mussten. Derzeit aber passieren nur wenige Dutzend Flüchtlinge pro Tag die deutsch-österreichische Grenze.

Herrmann dazu abschließend: „Oftmals werden die Schulturnhallen auch von Sportvereinen genutzt, die ihrerseits sich stark für die Integration von Ausländern engagieren. Umso wichtiger ist es, die sportliche Nutzung der Hallen wieder zu ermöglichen.“ □

Winterdienst und Straßenreinigung auf der IFAT 2016:

Effiziente und wendige Alleskönner gefragt

Die Kommunaltechnik gehört zu den Schwerpunktthemen der IFAT in München. Die Neuauflage der Weltleitmesse für Umwelttechnologien vom 30. Mai bis 3. Juni 2016 wird zeigen, dass auch hier die Hersteller immer neue Antworten auf die sich verändernden Bedingungen der Anwender finden.

Der demographische Wandel in den westlichen Industrienationen wirkt sich auch auf die Kommu-

naltechnik aus. „Die Hersteller von Kehrmaschinen und Geräteträgern stellen sich zunehmend

auf immer weniger und tendenziell älteres Personal ein“, berichtet Linda Schrödter, Pressereferentin des international tätigen Reinigungstechnik-Spezialisten Kärcher, und fährt fort: „Ansätze sind dabei leicht bedienbare und ergonomisch ausgestattete Fahrzeuge, bei denen ein unkomplizierter Wechsel der Anbaugeräte ohne Kraftanstrengung und Werkzeuge möglich ist. Damit lassen sich etwa Schneeschilde, Streuer, Kehraggregate oder Mähdecks einfach austauschen.“

Umwelttechnologie wird mobil

Die IFAT in München ist die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft. Viele der angekündigten Messeneuheiten sind mobile Lösungen - sei es in der Straßenreinigung, für den Transport von Abfällen oder zum Separieren und Aufbereiten von Sekundärrohstoffen.

Beispielsweise deklariert Aebi Schmidt ihre Swingo 200+ als die umweltfreundlichste Kompaktkehrmaschine auf dem Markt. Dabei verweist das Unternehmen auf die in diesem Gerät integrierte Kombination aus Druckwasser-Umlaufsystem und dem Umluftsystem Koanda. Die zum Patent angemeldete und zur IFAT 2016 erstmals vorgestellte Technologie verringert den Ausstoß von gesundheitsschädlichem Feinstaub um bis zu 95 Prozent. Außerdem sorgen die großen Wassermengen, die im Druckwasser-Umlaufsystem bewegt werden, für eine sichere und verschleißarme Schmutzaufnahme. Eine leistungsfähige Wasserrückgewinnung schont die Ressourcen und liefert ein ver-

dichtetes, raumsparendes Kehrgut. Das Fahrzeugbau-Unternehmen Faun stellt in diesem Jahr gleich mehrere Produktverbesserungen an seinen Abfallsammelfahrzeugen vor. Neu sind die Liftvarianten an den Seitenladern Sidepress F3000 und CF1100. Der F3000 nimmt Großbehälter mit 3,3 m³ Fassungsvermögen über Gabeln auf, während der CF1100 über Kamm und Gabeln 1,1 Kubikmeter-Behälter entleert. Bei den Heckladern setzt Faun nach eigenen Angaben auf Verbesserungen im Detail. Themen sind Leichtbau, um die Nutzlast zu erhöhen sowie an Abfallsammelfahrzeuge angepasste Telematikanwendungen.

Weitere Informationen unter: www.ifat.de

Keine Sprachbarrieren

Nach den Beobachtungen des Reinigungs- und Kommunaltechnik-Herstellers Hako interessieren sich derzeit neben den Industrienationen zunehmend auch sich entwickelnde Länder für Multifunktionsgeräte. Dr. Olaf Heinemann, Produktmanagement Kommunaltechnik bei Hako, erläutert: „Zunehmend ähnliche städtische Siedlungsstrukturen wie in Europa und steigende Ansprüche an die Pflege von gestalteten Außenanlagen bereiten den Weg für multifunktionale Arbeitsmaschinen. Einfachste Bedienung ohne Sprachbarrieren, Ein-Knopf-Bedienung und Anbaugeräteerkennung erleichtern den Einstieg.“

Und es gibt weitere Entwicklungen, die den Absatz der wandlungsfähigen Alleskönner fördern. Laut dem Verband Kommunaler



Kommunalfahrzeuge sind auch in 2016 wieder ein Schwerpunkt der IFAT. Bild: Messe München

Unternehmen (VKU) sind beispielsweise in Deutschland viele Städte und Gemeinden dazu übergegangen, die Stadtreinigungsbetriebe auch mit dem Gehwegwinterdienst zu beauftragen – obwohl dieser in vielen Fällen nach kommunaler Satzung eigentlich Anliegersache wäre. Dieser Trend erweitert nach Einschätzung des Verbands derzeit den Markt speziell für gehwegtaugliche Multifunktionsgeräte mit einem Gewicht von unter 3,5 Tonnen.

Bei den großen Streufahrzeugen für den Winterdienst setzen sich laut VKU mehr und mehr Kombilösungen durch. Sie verbinden in einem Fahrzeug die ansonsten als Alternativen angebotenen Solestreuung und Feuchtsalzstreuung. Während bei massiver Eisbildung oder hohem Schneeaufkommen das stark wirksame Feuchtsalz nach wie vor das Mittel der Wahl ist, liefert zur Glättevorbeugung das Versprühen der kostengünstigeren und umweltschonenderen Sole exzellente Ergebnisse. Der bedarfsorientierte Einsatz von reiner

Sole bietet nicht nur Einsparmöglichkeiten zwischen 20 und 50 Prozent im Vergleich zur Feuchtsalzstreuung; durch die geringeren Salzfrachten werden auch die Schäden am Straßenbegleitgrün und die Belastung des in die Kanalisation abfließenden Schmelzwassers reduziert.

Leistungsfähigkeit und Wendigkeit

Ein weiteres Entwicklungsziel im Maschinenpark von Straßenreinigung und Winterdienst ist die richtige Kombination aus Leistungsfähigkeit und Wendigkeit. Hier gäbe es ein steigendes Interesse der Anwender für mittelgroße Straßenkehrmaschinen mit einem vergleichsweise niedrigen Behältervolumen von vier Kubikmetern. Durch ihre schmalere und wendigere Bauweise seien diese Fahrzeuge unter anderem für Neubaugebiete mit Stichstraßen sehr gut geeignet. Damit werde unnötiges Rangieren in engen Straßenbereichen weitgehend vermieden.

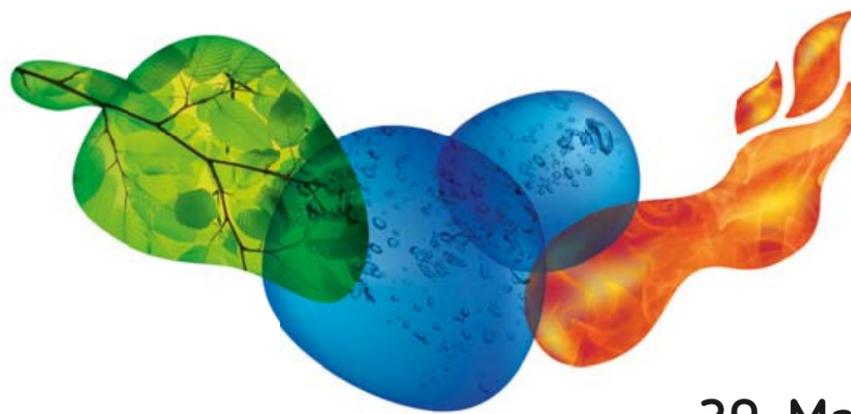
Sowohl im Winterdienst, wie auch in der Straßenreinigung schreitet die europaweite Standardsetzung weiter voran. Beispielsweise benötigen Kommunen für ihre Ausschreibungen einen zuverlässigen Standard, der einen Vergleich von unterschiedlichen Kehrmaschinentypen hinsichtlich ihrer Aufnahmeleistung von Feinstaub ermöglicht. Deshalb entwickelte der europäische Herstellerverband EUnited Municipal Equipment dazu ein einheitliches Testverfahren.

Mit der Veröffentlichung der DIN EN 15429-3:2015-05: Kehrmaschinen – Teil 3: „Aufnahmefähigkeit von Feinstaub – Prüfung und Bewertung“ im Mai 2015 wurde das EUnited PM-Testverfahren zum europaweit anerkannten Standard. EUnited Municipal Equipment-Geschäftsführer Frank Die-drich berichtet, „dass alle führenden Hersteller mit ihren Maschinen den Test absolviert haben. Sie zeigen hierdurch ihre Bemühungen, die Gemeinden im Kampf für saubere Luft zu unterstützen.“ Mittlerweile seien rund 100 Kehrmaschinentypen getestet worden, von denen zahlreiche auch im kommenden Jahr zur IFAT in München zu sehen sein werden.

Weitere, innovative Lösungen im Fahrzeugbereich werden in der Truck in Action Show des Verbands der Arbeitsgeräte- und Kommunalfahrzeug-Industrie e.V. (VAK) zu sehen sein. Handling, Emissionen, Streu-, Räum- und Kehrleistungen werden spür- und erlebbar. Der Geschäftsführer des VAK, Bernd Sackmann, betont, „dass die besonders energieeffizienten und ressourcenschonenden Fahrzeug- und Geräteentwicklungen unserer Mitgliedsunternehmen damit Werte für Kunden und die Gesellschaft als Ganzes schaffen.“



Innovativ. Weltweit. Zukunftsorientiert. Umwelttechnologien erleben.



Jetzt online registrieren!
www.ifat.de/tickets

30. Mai–3. Juni 2016

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft

Entdecken Sie die Möglichkeiten zukunftsweisender Strategien, Produkte und Dienstleistungen. Seien Sie mit dabei, wenn die Weltleitmesse für Umwelttechnologien in spektakulären Live-Demonstrationen komplexe Prozesse sowie Anwendungen von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen anschaulich und praxisnah im Einsatz präsentiert.

Herzlich willkommen auf der IFAT 2016.

IFAT weltweit – Besuchen Sie auch die Auslandsmessen der IFAT:

IEexpo
5.–7. Mai 2016
www.ie-expo.com

IFAT
India
28.–30. September 2016
www.ifat-india.com

IFAT
Eurasia
16.–18. Februar 2017
www.ifat-eurasia.com

IFAT
Africa
September 2017
www.ifat-africa.com

Folgen Sie uns:     

MESSE MÜNCHEN | www.ifat.de
info@ifat.de | Tel. +49 89 949-11358



Forst- und Holzwirtschaft:

Schlüssel für den Klimaschutz

Die jährliche Entlastung um 18 Millionen Tonnen Kohlendioxid in Bayern entspricht der Hälfte der Emissionen durch den Straßenverkehr

Dass Bäume Kohlendioxid nutzen, um zu wachsen ist bekannt. Durch die Speicherung des umweltschädlichen Treibhausgases verhindern sie so eine weitere Klimaerwärmung. Dass der Klimaschutzeffekt vor allem durch die Nutzung des heimischen Holzes an Bedeutung gewinnt und einen deutlich stärkeren Effekt hat, ist jedoch neu. Dies ist ein Hauptergebnis der aktuell erschienenen Bayerischen Clusterstudie Forst, Holz und Papier.

2012 wurden durch die bayerische Forst- und Holzwirtschaft 18 Millionen Tonnen Kohlendioxid gebunden und durch den Ersatz energieintensiver Materialien und Brennstoffe vermieden. Zehn Prozent der Klimagase wurden dabei im Wald gebunden, weitere zehn Prozent in den produzierten Holzprodukten. Je vierzig Prozent entfallen auf den Ersatz von Materialien und Baustoffen sowie auf den Ersatz fossiler Energieträger. Der gesamte Klimaschutzbeitrag durch Forstwirtschaft, Bauen, Wohnen und Heizen mit Holz beträgt ein Viertel der 78 Millionen Tonnen Kohlendioxid die in Bayern jährlich ausgestoßen werden. Die Hälfte davon wird durch den Straßenverkehr verursacht.

Vermeidung von energieintensivem Material

Seit 2005 wurde der Klimaschutzbeitrag der Forst- und Holzwirtschaft um drei Millionen Tonnen Kohlendioxid gesteigert. Der größte Zuwachs resultiert dabei erneut aus der Vermeidung energieintensiver Konstruktionsmaterialien und fossiler Brennstoffe. Der in den letzten Jahren gestiegene Holzverbrauch trägt so unmittelbar zum Klimaschutz bei. In Bayern hat sich der Holzbauanteil bei Wohnhäusern in den letzten dreißig Jahren von vier auf neunzehn Prozent vervierfacht. Fast viertausend Familien entscheiden sich mittlerweile alljährlich für den Bau eines Holzhauses. Deutschlandweit wird fast jedes vierte Holzhaus im Freistaat errichtet und die Branche glänzt durch ein jährliches Umsatzwachstum von über zehn Prozent. Holz ist in Bayern mit 5,8 % des Primärenergiebedarfs der wichtigste nachwachsende Energieträger. Vierzehn Millionen Festmeter Energieholz aus dem Wald, Restholz aus der Holzverarbeitung und Altholz werden derzeit jährlich verbrannt und entsprechen einem Energiegehalt von rund 2,9 Milliarden Liter Mineralöl.

Möglich wird diese Entwicklung in Bayern durch den hohen Waldanteil und dessen sachgemäße Bewirtschaftung. 700.000 Waldbesitzer können auf 2,6 Millionen Hektar Waldfläche jährlich zwanzig Millionen Festmeter Holz einschlagen. Um den Erhalt der Wälder braucht man sich dabei nicht fürchten, Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen werden bei der nachhaltigen Nutzung gleichermaßen beachtet. Heute dominieren Nadelbäume wie Fichte und Kiefer, aber auch Tanne und Douglasie mit fast drei Viertel des Holzvorrates. Zukünftig werden Laubbäume wie Eiche und Buche im Rahmen des klimabedingten Waldumbaus an Bedeutung gewinnen.

Der Klimaschutzeffekt des Clusters ist sogar noch höher einzuschätzen als die Wirtschaftsleistung. Obwohl durch die hohe Nachfrage nach Holzprodukten in den letzten Jahren mit jährlich 3,3 Prozent das bundesweit höchste Umsatzwachstum erreicht und 2013 rund 37 Milliarden Euro umgesetzt werden konnte, lag der Anteil am Produktionswert der bayerischen Gesamtwirtschaft bei lediglich 3,5 Prozent. Der Kli-

maschutzbeitrag, der 23 % der bayerischen Gesamtemissionen entspricht, wiegt dagegen deutlich schwerer.

Wie können nun Waldbewirtschaftung und Holznutzung weiter zum Klimaschutz beitragen? Während sich in Naturwäldern ohne menschliche Nutzung die

Aufnahme von Kohlendioxid durch Wachstumsprozesse und dessen Abgabe durch Zerfallsprozesse in etwa die Waage halten, können nachhaltig bewirtschaftete Wälder mehr zum Schutz des Klimas beitragen: An Stelle der gefälltten Bäume wachsen junge Bäume nach, die erneut Kohlendioxid aufnehmen. Durch die Verarbeitung des geernteten Holzes zu langlebigen Produkten wird Kohlendioxid dauerhaft gebunden und energieintensive Materialien vermieden. Holz als Energieträger ersetzt fossile Brenn-

baumaterialien.

Neuentwicklungen in allen Sparten zu erwarten

Himmelstürmende Krane und gigantische Maschinen prägen die Silhouette der bauma. Doch im Schatten der XXL-Hebezeuge und tonnenschweren Bergbaumaschinen präsentiert die Weltleitmesse viele wesentlich kleinere, aber oft hoch innovative Produkte und Lösungen. Im Folgenden einige Neuheiten aus den Bereichen Baustoffmaschinen, Baufahrzeuge, Baugeräte sowie Komponenten, die vom 11. bis 17. April 2016 auf dem Münchner Messegelände zu sehen sein werden.

Viele Profis am Bau und in kommunalen Fuhrparks stehen vor der Herausforderung, den Überblick über ihre Betriebsmittel zu behalten: Wer befindet sich mit welchen Werkzeugen auf welcher Baustelle oder auf welcher Route? Bei welchen Geräten steht eine Wartung oder Sicherheitsprüfung an? Welche Verbrauchsmaterialien müssen nachbestellt werden? Für schnelle und einfache Antworten auf diese und ähnliche Fragen präsentiert der Werkzeughersteller Hilti auf der bauma die EDV-Lösung ON!Track. Mittels RFID- und Barcode-Scanner können Betriebsmittel herstellernabhängig erfasst und eindeutig identifiziert werden. Nach Firmenangaben stellt die Cloud-basierte Software die zentrale und synchrone Speicherung der Daten sicher. Sie können jederzeit per PC oder Smartphone abgerufen werden. Hilti ON!Track ist seit Anfang 2015 bei ausgewählten Kun-

den im Einsatz und seit Januar dieses Jahres deutschlandweit verfügbar.

Digitalisierung

Auch der Fahrzeug- und Maschinenbaukonzern MAN setzt auf weitere Digitalisierung. Auf der bauma stellt er erstmals seine neue App DriverConnect vor, die Fahrer und Disponent noch besser verbinden soll. Beide können mittels Textnachrichten einfach und schnell miteinander kommunizieren. Per Knopfdruck versendet der Fahrer frei definierbare Schnelltext-Meldungen und hält so die Disposition über das Erreichen einer Zieladresse, Pausen, Staus oder Pannen auf dem Laufenden. Im Pannenfall übermittelt die App alle relevanten Informationen, damit der havarierte Lastwagen vom Serviceteam schnell angesteuert werden kann. Der Fahrer seinerseits erhält Informa-



Neues Multicar M31 Euro VI

Die Hako GmbH führt das Flaggschiff der Produktgruppe der multifunktionalen Geräteträger, den Multicar M31, mit der Umstellung auf Euro VI in eine noch dynamischere, stärkere und umweltfreundliche Zukunft. Der Anwendernutzen konnte durch die Optimierung von Motor, Hydraulik und Fahrwerk deutlich erhöht werden.

Das Herzstück des neuen Multicar M31 ist sein neuer, 110 kW/150 PS-starker Großserienmotor. Die Abgasreinigung im 4-Zylinder-Turbodiesel arbeitet nach dem SCRT-System und reduziert die bisher bereits guten Emissionswerte bei Stickoxidemissionen nochmals um über 90 % und bei Partikeln sogar um über 95 %. Dieser Motor entspricht damit der Euro VI-Norm und steht für höchste Umweltfreundlichkeit. Ein integrierter Reinigungskatalysator verhindert außerdem unangenehme Gerüche. Um dieses Fahrzeug in eine neue Leistungsdimension zu bringen, wurde technisch an vielen weiteren Stellen optimiert. So wurde zum Beispiel die Nutzlast der Vorderachse mit Einzerradaufhängung von 2,4 t auf 2,7 t erhöht. Gerade beim Arbeiten mit Vorbaugeräten bringt dies Lastreserven.

stoffe und deren Kohlendioxidemissionen. Bezüglich des Klimaschutzbeitrags wären Flächenstilllegungen, wie sie Naturschutzverbände immer wieder fordern, sogar schädlich.

Finanzamt aus Holz

Vorbilder für klimafreundliche Holzverwendung findet man im privaten und öffentlichen Bereich. Das 2012 in Garmisch-Partenkirchen errichtete Finanzamt ist ein konkretes Beispiel. Hier wurden 549 Tonnen Holz verbaut und der Atmosphäre 920 Tonnen Kohlendioxid entzogen. Weitere 970 Tonnen Kohlendioxid konnten durch die Substitution anderer Baustoffe vermieden werden.

Weitere Informationen über die Bedeutung der Waldnutzung und Holzverwendung in Bayern finden sich in der aktuellen Clusterstudie Forst, Holz und Papier. Online unter www.clusterstudie-bayern.de

Lindner-Werksausstellung:

Innovationen im Mittelpunkt

Rund 5.000 Besucher informierten sich unter anderem über das Sondermodell Geotrac 74ep „70 Jahre Lindner“ und den neuen Profi-Frontlader. Der Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner lud dafür jüngst zur diesjährigen Frühjahrswerksausstellung bei schönstem Wetter.

Eines der Highlights war die Vorstellung des limitierten Sondermodells Geotrac 74ep „70 Jahre Lindner“, das anlässlich des heurigen Firmenjubiläums produziert wird. Bei den Lindner-Fachhändlern sind nur 70 Stück des Traktors erhältlich, der mit einer kostenlosen Zusatzausstattung im Wert von 5.000 Euro aufwartet: von der Lastschaltung über die mechanische Kabinenfederung bis zur Grünlandbereifung.

Vollhydraulischer Frontlader

Eine weitere Innovation, über die sich die 5.000 Besucher informierten, ist der neue Profi-Lader POM-LX, der seit kurzem erhältlich ist. Die Lader-Schwinge ist stärker ausgeführt und verfügt über noch mehr Profiausstattung als die POM-L-Lader. Die vollhydraulischen POM-L-Frontlader mit Parallelführung punkten mit Komplettausstattung und

Leichtbauweise. Das Frontlader-Stoßdämpfer-System mindert Vibrationen, die bei Arbeiten auf unebenem Untergrund auftreten – z.B. beim Transport auf der Straße oder im Winterdienst.

Die Lindner-Mitarbeiter standen darüber hinaus für alle Fragen zur laufenden Frühjahrsaktion zur Verfügung. Bei dieser kommen alle Käufer eines neuen Geotracs oder Lintracs auf ihre Kosten: Lindner bietet nicht nur die rumpffgeführte Fronthydraulik kostenlos an, sondern gewährt auch zwei Jahre Garantie.

Im Rahmen der Werksausstellung eröffnete Lindner außerdem den neuen Besucherrundgang durch die Produktion. Besucher bekommen auf der Tour fundierte Informationen über die Produktion von Lintrac, Geotrac und Unitrac – unter anderem dank der neuen Galerie, von der man einen exklusiven Blick auf die Montage hat.



Das Sondermodell Geotrac 74ep „70 Jahre Lindner“ bei der diesjährigen Lindner Frühjahrswerksausstellung.

auf vergleichsweise kleiner Fläche. Das Sicherheitssystem Ergonic Setup Control kontrolliert die Abstützung und reduziert Fehlbedienungen.

Verlegegerät mit Sensor

Um das Handling bei der Verladung von Großrohren mit einem Durchmesser von DN 1200 bis DN 2200 zu erleichtern, bietet Thyssenkrupp Infrastructure ein neues Verlegegerät an. Das Baggeranbaugerät ermittelt durch einen eingebauten Sensor beim Abladen den Schwerpunkt der Rohre und erleichtert somit das Verlegen in die Baugrube. Zudem ermöglicht eine Rotationsvorrichtung die genaue Ausrichtung der Rohre. Und schließlich hilft ein integrierter Ziehmechanismus beim Zusammenfügen von Rohrsegmenten. Für diesen Schritt waren nach Angaben des auf Tief-, Hafen- und Spezialtiefbau fokussierten Unternehmens bisher zwei Geräte nötig.

Den Kraftstoffverbrauch reduzieren und die Produktivität steigern – das sind aktuelle Forderungen an Arbeitsmaschinen. Der Antriebs- und Fahrwerktechnikspezialist ZF antwortet darauf mit einem neuen CVT (Continuously Variable Transmission)-Getriebe. Das stufenlose cPOWER sorgt für vergleichsweise niedrige Motordrehzahlen und Motorberuhigung durch ein Konstantdrehzahlkonzept. Nach Angaben von ZF können mit dem hydrostatisch-leistungsverzweigten Getriebe in Off-Highway-Anwendungen deutliche Verbrauchsvorteile im Vergleich zu hydrodynamischen Getrieben

und rein hydrostatischen Konzepten erzielt werden. Im typischen Arbeitszyklus einer Arbeitsmaschine, beim Befüllen der Schaufel, bei der Transportfahrt oder beim Beladen werde demnach der Anteil der Leistung im hydrostatischen Pfad immer niedrig gehalten wodurch ein hoher Wirkungsgrad erreicht werde. Bereits vom Anfahrvorgang an fließt der Großteil der Antriebsleistung über den mechanischen Teil des Getriebes, wodurch laut ZF auch bei sehr kurzen Ladespielen schon substantiell weniger Kraftstoff verbraucht wird.

Kompakte Antriebslösung

Mit der neu entwickelten Getriebebaureihe GFW 5000 bringt das auf Antriebs- und Steuerungs-lösungen spezialisierte Industrieunternehmen Bosch Rexroth eine nach eigenen Angaben besonders kompakte Antriebslösung für Kranwinden auf den Markt. Als Baukastensystem umfasst sie genau auf Windenanwendungen abgestimmte Unterstufenstufen und dazu passende Verstell- und Konstantmotoren. Die neu entwickelten Neunkolbentriebe werke verbessern laut Bosch Rexroth die Rundlaufeigenschaften und damit das feinfühlig Positionieren von Kranlasten bei niedrigen Seilgeschwindigkeiten. Die ebenso möglichen hohen Seilgeschwindigkeiten auch bei schweren Lasten steigern die Produktivität im Alltag. Die neue Baureihe eignet sich nach Herstellerangaben für den Einsatz in Mobil- und Raupenkranen sowie bei Eisenbahn-, Schiffs-, Hafen- und Containerkranen.

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik:

Live-Event am Großen Arber

Der Winter zeigte sich dann doch noch auf die letzten Meter hinauf zur Talstation am Großen Arber und bot eine traumhafte Kulisse für die erste Kommunaltechnik-Veranstaltung von Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik, ein Unternehmen der Firmengruppe Beuthauser. Betriebsleiter Claus Artmayer freute sich angesichts der großen Resonanz: „Gerechnet haben wir mit 500 bis 700 Besuchern, tatsächlich gekommen sind 1.050 Gäste.“

Die Beuthauser Unternehmensgruppe ist ein marktführendes, wachstumsorientiertes Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit den Schwerpunkten Verkauf, Vermietung und Service von hochwertigen Investitionsgütern. An 20 Standorten mit über 850 Mitarbeitern und exklusiven Partnerschaften mit marktführenden Herstellern werden mit innovativen Produkten und Dienstleistungen kundenorientierte Lö-

sungen geboten. Zu den Hauptpartnern gehören: Liebherr Baumaschinen, Linde Gabelstapler, Mercedes-Benz Unimog sowie Case IH Agrartechnik. Die Beuthauser-Gruppe gliedert sich in drei Geschäftsbereiche: Baumaschinen und Baugeräte, Flurförderzeuge sowie Kommunal- und Agrartechnik. Betreut werden Kunden in der Oberpfalz, Niederbayern, Oberfranken und Thüringen.

Die Sparte Kommunal- und Agrartechnik bietet maßgeschneiderte Lösungen inklusive aller erdenklichen Anbaugeräte rund um den Unimog, dem Klassiker unter den Mehrzweckgeräten im Kommunalbereich. Darüber hinaus hat Beuthauser Spezialfahrzeuge wie Elektro- oder Kleinfahrzeuge für den Kommunaleinsatz sowie für Dienstleister im Sortiment, die nun am Großen Arber gezeigt wurden.

RUD Schneeketten

30 Unimogs mit einer Motorleistung von 160 bis 299 PS wurden mit diversen Anbaugeräten und Zusatzausrüstung vorge-



Über 30 Unimogs bildeten das Panorama am Parkplatz des Großen Arber.

führt und Hersteller von Fahrzeugen für den „kleineren“ Bedarf wie Lindner, Hansa, Bonetti und Iseki präsentiert. Bei den winterlichen Temperaturen waren auch Unimogs mit Schneeketten von RUD ausgerüstet. Der „schwäbische Tüfterler aus Aalen“, wie Gebietsverkaufsleiter Josef Dambacher die Firma beschrieb, hatte mit der Schneekette RUD profi Alligator Twist tec eine Weltneuheit im Gepäck. Bei dieser Kette befinden sich die Kettenglieder in einem 45°-Winkel zur Fahrbahn. Dadurch stehen alle Kettenglieder als Traktionshilfe zur Verfügung und auch eigentlich liegende Kettenglieder werden gleichmäßig abgefahren.

Die Firma Iseki aus Meerbusch in Nordrhein-Westfalen führte ein elektrisches Fahrzeug vor, den Mega E-Worker. Diese Elektro-Transporter punkten nicht nur durch den geräuschlosen und

emissionsfreien Betrieb, sondern auch durch den kompakten Aufbau, ihre Wartungsfreundlichkeit und die geringen Betriebskosten. Interessant ist dieser Fahrzeugtyp für professionelle Anwender auf kommunaler Seite, Industrie (Intralogistik), Betreiber großer Areale oder Nutzer im urbanen Umfeld und gerade für Kommunen mit nachhaltigen Mobilitätsanforderungen.

Streuautomaten

Die Firma Gmeiner aus Wernberg-Köblitz in der Oberpfalz zeigte Schneepflüge und Streugeräte speziell für den Unimog. Streuautomaten der Baureihe Gmeiner Yeti besitzen das Doppelförderschnecken-System „TwinConcept“. Durch die spezielle Anordnung der beiden Förderschnecken wird ein besonders niedriger Behälteraufbau ermög-

licht. Der Anwender hat eine bessere Übersicht und auch die Fahreigenschaften der Fahrzeug-Geräte-Kombination werden optimiert. Ob Trockenstoff- oder Feuchtsalz-Streuautomaten, Einkammer- oder Doppelkammer-Ausführung: Alles ist möglich und natürlich bestens abgestimmt für den Aufbau auf den Unimog.

Insgesamt über 25 Hersteller mit ihren Teams sowie 22 Mitarbeiter von Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik sorgten für einen reibungslosen Ablauf und freuten sich über den enormen Besucheransturm. Betriebsleiter Artmayer bedankte sich für die tatkräftige Unterstützung aller Beteiligten. Wer nun diese Veranstaltung verpasst hat, findet die Firma Beuthauser selbstverständlich auch auf der Bauma in München vom 11.-17. April 2016, Stand FM.809A, auf der IFAT und der GaLaBau. CH

Die Daimler AG auf der IFAT 2016:

Breites Spektrum an kommunalen Nutzfahrzeugen

Alle Modellreihen vertreten - Maßgeschneiderte Auf-, An- und Ausbauten

Auch auf der diesjährigen IFAT, der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, ist die Daimler AG mit einer breitgefächerten Produktpalette vertreten. Vom 30. Mai bis zum 3. Juni zeigt Daimler eine Vielzahl leistungsstarker, wirtschaftlicher und sicherer Fahrzeuge für die Kommunalbranche. Internationale wie kommunale Entscheider, Beschaffer und Anwender können sich auf dem Messestand 341 in Halle C4 wie auch im Freigelände über das komplette Fahrzeugsortiment und die Aufbau-Lösungen informieren.

Gezeigt werden auch diesmal die neuesten technologischen Entwicklungen bei Lkw, Transportern und Special Trucks der Marken Mercedes-Benz und Fuso. Im Fokus stehen neben Leistung, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit der Kommunalfahrzeuge von Daimler, vor allem die umweltfreundliche Technologie Euro VI, Euro 5b+ und der innovative Hybridantrieb.

Praxisbewährte Anbauten

Präsentationsschwerpunkte bilden praxisbewährte Konfigurationen, die Daimler in Zusammenarbeit mit Aufbaupartnern für die Abfallsammlung und -beförde-

als erstes Modell der Baureihe der hochgeländegängigen Unimog mit einer Kommunalhydraulik ausgestattet. Diese Ausstattung ermöglicht die Steuerung und den Antrieb von wechselnden Anbau- und Aufbaugeräten wie Streuautomaten und Schneepflug. Das Fahrzeug eignet sich besonders für den Einsatz bei Bauhöfen in hochwassergefährdeten Städten und Gemeinden. Der Unimog kann neben klassischen Aufgaben im Straßenbetriebsdienst dank seiner Wadfähigkeit von bis zu 1,2 m auch für die technische Hilfe sowie Rettung oder Bergung im Hochwassergebiet genutzt werden. Das „Dual-Use“-Konzept erhielt auf der jüngsten Demo-

stütze der Firma Schlang & Reichart Forsttechnik in einer besonders robusten Ausführung seine Einsatzmöglichkeiten im Bereich der Wasserwirtschaft.

Winterdienst

Das zweite Exponat, ein Unimog U 530, wird als größtes Modell der Geräteträger-Baureihe als Profifahrzeug für den Winterdienst im alpinen Bereich ausgestellt. Für den Einsatz mit einer Schneefräschleuder FS 105 der Firma Schmidt ist der Unimog mit hydrostatischem Fahrtrieb, mechanischer Frontzapfwelle sowie Allradlenkung ausgestattet, um die Wendigkeit weiter zu verbessern. Ergänzt wird die Geräteausrüstung um einen vier Kubikmeter großen Feuchtsalz-Flachsilostreuer, welcher auf die Kugelpunkte des Unimogs aufgebaut wird.

Auf einer gesonderten Messefläche ist der kompakte und vielseitige Fuso Canter ausgestellt, der die Fachbesucher durch seine wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Eigenschaften als Abfallsammelfahrzeug überzeugt.

Gemeinsam mit den spezialisierten Aufbauherstellern präsentiert die Daimler AG auf der IFAT 2016 eine Vielzahl von spezifischen Branchenlösungen für jede Jahreszeit. Die ausgestellten Fahrzeuge zeigen, dass sie sich dank Leistung, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Ergonomie sowie mit den unterschiedlichen Auf- und Ausbauten für zahlreiche kommunale Einsätze eignen. Neben neuen Konzepten für Abfallsammelfahrzeuge und Kehrmaschinen ist auch eine umfangreiche Palette an Winterdienst-Lösungen zu sehen.

Zu den langjährigen Partnern aus der Aufbaubranche gehören Spezialisten wie zum Beispiel Palfinger, Meiller, Küpper-Weisser, Aebi Schmidt, Mulag, Heinz Schütz, Bucher-Schörling, Müller Umweltechnik, Faun und Zöller-Kipper.

Leasing als Option

Die Daimler AG präsentiert sich auf der IFAT 2016 sowohl mit innovativen Fahrzeug-Entwicklungen wie auch mit bedarfsgerechten Dienstleistungen. So werden die Fachbesucher am Daimler-Stand praxisorientiert über die maßgeschneiderten und dank unterschiedlicher Optionen auch flexiblen Finanzierungsmodelle informiert und erfahren vor Ort von den Beratern, dass Leasing eine wirtschaftliche Alternative für Kommunen sein kann. □



Der Unimog U423 Geräteträger im Kommunaleinsatz.

rung, für den Winter- und Straßenbetriebsdienst sowie für On- und Offroad-Einsätze entwickelt hat. Die Fahrzeugpalette umfasst neben Antos, Arocs und Atego auch die Special Trucks Unimog und Eonic sowie den Sprinter. Hinzu kommen die Fuso Canter-Modelle der jüngsten Generation.

Die Familie des Unimog teilt sich in den hochgeländegängigen Unimog und den Unimog Geräteträger. Beim Unimog Geräteträger übernimmt der Unimog U 216/U 218 den Part der Einstiegsmodelle. Enorme Effizienz kennzeichnet die Geräteträger-Baureihe Unimog U 318 bis U 530. Diese Fahrzeuge sind extrem leistungsfähig, wendig und ermöglichen in den Kommunen einen Einsatz über das ganze Jahr hinweg.

Ein Unimog für besondere Anforderungen steht für Kommunen und den Katastrophenschutz bereit: Der Unimog U 5023 wurde

park-Messe eine Silbermedaille für herausragende Neu- und Weiterentwicklungen.

Die Geräteträger der Unimog-Reihe bieten durch das „Freisicht-fahrerhaus“ mit besonders großer Panoramascheibe eine besonders gute Sicht auf Frontarbeitsgeräte, welche durch das neue Kamera-Monitorsystem nochmals verbessert wurde. In die Stoßfänger sind Tagfahrlicht-Scheinwerfer integriert und die Scheibenwischer sind über der Windschutzscheibe angebracht und können somit auch größere Schneemengen beim Räumdienst bewältigen.

Die Besucher der IFAT 2016 können sich in München auf dem Mercedes-Benz-Stand über zwei Einsatzmöglichkeiten des Universal-Geräteträgers informieren. Der Unimog U 430 zeigt mit einem Frontausleger mit Mulchkopf der Firma Mulag und einer Spezial-Pritsche sowie einer Rahmen-Seilwinde mit Heckauszug und Berg-



Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023). Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.mercedes-benz.de/unimog



Der Unimog auf der IFAT München
30. Mai bis 3. Juni 2016 in Halle C4, Stand 341

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Der Staat als Totengräber des öffentlichen IT-Sektors?

Studie fordert digitale Gewaltenteilung und Zurückhaltung des Staates gegenüber privater IT-Branche

„Deutschland tritt in Sachen Akzeptanz und Nutzung von E-Government Angeboten auf der Stelle.“ So kommentierte die scheidende IT-Beauftragte der Bundesregierung, Cornelia Rogall-Grothe, am Ende ihrer Amtszeit die Ergebnisse des E-Government MONITOR 2015. Ähnlich äußerte sich Johannes Ludwig, Vorsitzender des Deutschen Normenkommissars, bei der Vorstellung des von Fraunhofer FOKUS erstellten Gutachtens über das deutsche eGovernment auf dem Nationalen IT-Gipfel im vergangenen Jahr: „Wirksames eGovernment gibt es in Deutschland de facto nicht.“

Nach all den Erfolgsmeldungen des letzten Jahrzehnts zum Einheitlichen Ansprechpartner (EAP), zu De-Mail oder zum Bürger- bzw. neuerdings digitalen Servicekonto bleibt eine Ursachenforschung für diese durchaus verheerende Analyse aber noch immer aus.

„Augen zu und durch“ will man meinen. Nicht so beim DATABUND, dem Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor: In dessen Auftrag haben sich Prof. Dr.

Dirk Heckmann (Universität Passau) und Dr. Wilfried Bernhardt (Staatssekretär a.D.) aus einer rechtswissenschaftlichen und politischen Perspektive mit dem Problem der Einflussnahme des Staates und der öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister auf den IT-Markt beschäftigt; denn - so die Autoren - „die Abgrenzung staatlicher Einflussmaßnahme auf den IT-Markt hat eine hohe rechtliche Relevanz, ist unterdessen aber bislang kaum geklärt.“

Die Bedeutung des staatl-

chen Einflusses wird grundsätzlich und nicht allein aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive kritisch betrachtet, denn der Staat oder öffentlich-rechtliche IT-Dienstleister als Marktteilnehmer nutzen ihre Vorteile (z. B. Umsatzsteuerbefreiung) gegenüber den privaten Akteuren gnadenlos, „in besonderer, den Wettbewerb beeinträchtigender Art und Weise aus“, indem sie beispielsweise Marktpreise unterbieten, um private Akteure von Aufträgen fernzuhalten. Und der Ton wird schärfer. Jedes Mittel scheint recht zu sein. Das ist, wie die Autoren feststellen, „unlauterer Wettbewerb“. Vor diesem Hintergrund fordern die Autoren eine transparente Darlegung der Gründe für die erwerbswirtschaftliche Betätigung des Staates auf dem IT-Markt.

Ebenso wird konstatiert, dass staatliche Organisationen und öffentliche-rechtliche Dienstleister „oft gar nicht in der Lage sind, die für das Bestehen am Markt erforderliche Agilität bei der Entwicklung von IT-Systemen zu zeigen“. Als Beispiele dafür führt die Studie De-Mail und den neuen Personalausweis mit seiner Online-Ausweisfunktion an, die zwar als Alternativen zum Schriftformerfordernis bzw. zur Unterschrift etwa

im E-Government-Gesetz des Bundes verankert sind, eine flächendeckende Infrastruktur dafür unterdessen aber noch immer fehlt.

Leitidee einer digitalen Gewaltenteilung

Als Fazit der wissenschaftlichen Bestandsaufnahme entwickeln die Autoren die Leitidee einer digitalen Gewaltenteilung und das Leitbild des kooperativen, vertrauenswürdigen und nachhaltigen IT-Staates. Danach sollte sich die Gewaltenteilung nicht allein auf die staatlichen Gewalten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung beschränken, sondern „die Kompetenzen und Kräfte der Privatwirtschaft mit ihren IT-Unternehmen, Softwareentwicklern und anderen Innovatoren in dieses Gefüge einbeziehen“.

In diesem Sinn ist ein Zurückhaltungsgebot des Staates gegenüber den privaten Akteuren im IT-Markt im Interesse von Innovation und Nachhaltigkeit dringend erforderlich.

„Denn ansonsten“, so Detlef Sander, Vorstandsvorsitzender des DATABUND e.V., „geht das bundesdeutsche E-Government auch weiterhin meilenweit an der Lebenswelt und den Alltagserfahrungen vorbei und verzeigert den Staat und öffentlich-rechtliche Akteure das Know-how des bundesdeutschen IT-Mittelstands.“

Download der Studie unter: http://www.databund.de/images/dokumente_upl/Digitale_Gewaltenteilung_Heckmann_Bernhardt.pdf

Freischaltung neuer Hotspots im Freistaat:

Unbegrenzt, kostenfrei und sicher surfen

Der Freistaat investiert rund zehn Millionen Euro, um allen Bürgern ein offenes und kostenfreies WLAN-Angebot zu ermöglichen. „Gerade für den ländlichen Raum ist freies WLAN ein echter Standortvorteil. Damit stärken wir weiter die digitale Chancengleichheit und sorgen für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Mit dem @BayernWLAN erhält jede Gemeinde die Möglichkeit, Bürgern und Touristen an ihren attraktiven Plätzen die digitale Welt zu erschließen“, betonte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Freischaltung neuer Hotspots im Freistaat.

So kann ab sofort jeder Besucher des Neuen Schlosses Bayreuth kostenlos, rund um die Uhr, ohne Begrenzung, sicher und mit Jugendschutzfilter im Internet surfen. Am Residenzplatz, im Eingangsbereich des Schlosses und in Teilen des angrenzenden Hofgartens ist nun freies WLAN mit rund 200 MBit/s verfügbar.

Auch am Rathaus in Weissenburg wurde ein neuer Hotspot freigeschaltet. Im Eingangsbereich des Rathauses, am Marktplatz und am Bahnhof steht nunmehr freies WLAN mit jeweils rund 100 Mbit/s zur Verfügung. Gleiches gilt für die neuen Hotspots an den Finanzämtern in Laufing und Firth. Dort ist im Servicezentrum, in der öffentlich zugänglichen Kantine und auf der angrenzenden Grünanlage des Stresemannplatzes nunmehr freies WLAN verfügbar.

Am Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Abensberg wird im Eingangsbereich und im Kundenzentrum sowie im Brunnenhof und Teilen des angrenzenden Schlossparks jetzt freies WLAN mit rund 100 Mbit/s angeboten. Und auch an der Außenstelle Klingenberg des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Aschaffenburg kann kostenlos und rund um die Uhr im Internet gesurft werden. Im Kundenzentrum ist nun freies WLAN mit rund 100 Mbit/s verfügbar. Darüber hinaus können sich die Besucher des Amtes für Digitalisierung,

Breitband und Vermessung in Immenstadt im Allgäu freuen: Im Innenhof und auf dem Marienplatz ist nun freies WLAN mit rund 100 Mbit/s verfügbar.

WLAN-Land Nummer eins

Minister Söder zufolge soll der Freistaat Bayern bis 2020 mit einem engmaschigen Netz von kostenfreien WLAN-Hotspots überzogen werden. „Damit wird der Freistaat WLAN-Land Nr. 1 in Deutschland“, stellte Söder fest. Im ersten Zug richtet das Finanzministerium Hotspots an 100 Standorten im Bereich des Finanzressorts ein: Eine staatliche Behörde in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt, darunter zehn Schlösser und Burgen sowie zusätzlich 15 Schiffe der staatlichen Seenschifffahrt, erhalten einen Hotspot. Das Netz aus frei zugänglichen Hotspots wird kontinuierlich verdichtet.

Alle geeigneten staatlichen Behörden und kommunalen Standorte sollen mit freiem WLAN ausgestattet werden. So entsteht ein enges Netz an 5.000 Standorten in ganz Bayern mit über 10.000 Zugangspunkten. Außerdem bietet der Freistaat den Kommunen bei deren eigenem Ausbau von freiem WLAN attraktive Rahmenbedingungen: Kommunen sollen den Rahmenvertrag des Freistaates nutzen und mit Hilfe des Bayern-WLAN-Zentrums Straubing eigene Hotspots einrichten. DK

LEW TelNet bietet Kommunen individuelle WLAN-Lösungen

Öffentliche Wi-Fi Hotspots für Städte und Gemeinden – ohne Betreiberisiko oder Registrierungsprozeduren

Mit öffentlichen Wi-Fi Hotspots erhöhen Städte und Gemeinden ihre Attraktivität für Bürger und Gäste. Der Telekommunikationsanbieter LEW TelNet bietet Kommunen maßgeschneiderte WLAN-Lösungen, die es ihnen ermöglichen, solche Hotspots ohne Risiko anzubieten. Betreibt eine Kommune das WLAN-Netz selbst, kann sie bei Missbrauchsfällen, etwa wenn ein Nutzer über den Hotspot illegal Musik oder Filme lädt, in die Haftung genommen werden. LEW TelNet dagegen sichert den Internetverkehr besonders ab und übernimmt als Provider die Störerhaftung. Für die einzelne Kommune entsteht durch den WLAN-Hotspot in diesem Fall keinerlei Haftungsrisiko mehr.

Ein weiterer Vorteil: Bürger und Gäste können Hotspots von LEW TelNet ohne umständliche Registrierungsprozeduren nutzen. Als Internetservice-Provider gestaltet LEW TelNet die Nutzung des öffentlichen WLAN-Zugangs ganz einfach: Für die Einwahl mit Smartphone, Tablet oder Laptop ist keine Registrierung und keine Angabe von Daten mehr notwendig. Lediglich die Nutzungsbedingungen müssen akzeptiert werden. Die dazu angezeigte Startseite kann individuell gestaltet werden. Auch die Kennung des öffentlich zugänglichen WLAN-Netzes, also der am Endgerät angezeigte Name, sowie einzelne Sicherheitseinstellungen oder die maximale Nutzungsdauer sind frei wählbar.

Die Hotspot-Lösungen von LEW TelNet machen es Gemeinden und Städten leicht, kostenfreies WLAN anzubieten – auf zentralen Plätzen und Straßenzügen ebenso wie im Sportstadion, an Veranstaltungsorten oder innerhalb öffentlicher Gebäude. Durch zusätzliche Zugangspunkte lässt sich die Reichweite des WLAN-Netzes nach Bedarf erweitern. Ein Hotspot kann damit lückenlos auch innerhalb größerer Stadtareale genutzt werden. Vorteil für die Kommunen ist dabei, dass der Einrichtungsaufwand bereits ab dem zweiten WLAN-Zugangspunkt erheblich sinkt. Außerdem sind die Daten- und Kommunikationsspezialisten von LEW TelNet vor Ort in der Region.

Auch bei der Anbindung des WLAN-Hotspots an das Internet setzt LEW TelNet sichere Techniken um: Die Übertragung sämtlicher Daten zwischen dem Hotspot-System und dem Internet-Backbone im LEW TelNet Rechenzentrum erfolgt über

einen VPN-Kanal. In einem solchen besonders abgesicherten Virtuellen Privaten Netzwerk (VPN) sind die Daten gegen unberechtigten Zugriff besonders abgesichert. Im Neusäfer Rechenzentrum überwachen zudem spezielle Web-Filter den Datenverkehr mit dem Internet. Diese schützen das gesamte Hotspot-System gegen Angriffe und blocken gefährliche Webseiten ab. Das WLAN-Netz wird über einen glasfaserbasierten business-connect-Anschluss von LEW TelNet angebunden. Alternativ kann dafür auch ein bereits vorhandener Internetzugang der Kommune genutzt werden.

Kostenfreies WLAN entwickelt sich zu einem grundlegenden Service im öffentlichen Raum. Im Ausland sind öffentliche Wi-Fi Hotspots weit verbreitet und werden intensiv genutzt: In Großbritannien sind pro 10.000 Einwohner 29 Hotspots in Betrieb, in Südkorea sogar fast 40. „Mit nur zwei Hotspots ist freies WLAN in Deutschland dagegen noch viel zu rar“, so LEW TelNet Geschäftsführer Johannes Stepperger.

Eine aktuelle Studie des Branchenverbandes Bitkom nennt dafür zwei entscheidende Gründe: Zum einen verunsichert die Störerhaftung, die auch für Kommunen gilt, wenn sie in Eigenregie einen öffentlichen WLAN-Zugang ermöglichen und zum anderen müssen die Nutzer bei bestehenden Hotspot-Angeboten in Deutschland oft umständliche Anmeldeprozeduren durchlaufen. Stepperger: „Mit den LEW TelNet-Hotspots haben wir beide Hürden beseitigt. Kommunen können nun einfach und risikolos öffentliches WLAN für ihre Bürger und Gäste bieten!“

EU plant Harmonisierung des Rechnungswesens:

Ersetzen die EPSAS die kommunale Doppik?

Wie wirkt sich die Einführung der „European Public Sector Accounting Standards“ (EPSAS) auf Kommunen aus? Mit dieser Frage beschäftigt sich die KGSt in ihrem neuen Positionspapier.

Seit 2012 plant die EU-Kommission die Einführung harmonisierter Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (Verabschiedung der Richtlinie 85/2011). Auslöser war die Staatsschuldenkrise. Sie hat gezeigt, dass Transparenz und Vergleichbarkeit der europäischen Statistiken für die Beurteilung der Finanzlage der Mitgliedsstaaten notwendig sind.

Die „International Public Sector Accounting Standards“ (IPSAS) sollen Basis der zukünftigen europäischen Rechnungslegungsstandards sein. Sie werden von einem privaten Standardsetzungsgremium, dem IPSAS-Board, erarbeitet. Internationale Organisationen und Länder, wie beispielsweise Frankreich und England, wenden sie im öffentlichen Bereich zur Rechnungslegung bereits an.

Der Einführungsprozess der EPSAS in der EU soll schrittweise und auf mittlere Sicht erfolgen. Die Kommission plant den Erlass einer Rahmenverordnung. Ver-

schiedene Konsultationen von Eurostat haben jedoch ergeben, dass die IPSAS nicht ohne Weiteres für die Anwendung im öffentlichen Bereich geeignet sind. Auch die kommunalen Interessen wurden bei der zukünftigen Verwaltungsstruktur und der Standardsetzung nicht genügend berücksichtigt. Gerade die Kommunen sind aber in der EU vom Umstellungsprozess besonders betroffen.

Die Einführung von EPSAS ist ein weiterer Umstellungsprozess für die deutschen Kommunen: Mit dem IMK-Beschluss fiel 2003 die Entscheidung zur Umstellung auf die kommunale Doppik. Welche Auswirkungen eine weitere Umstellung des Rechnungswesens für die Kommunen hat und was dabei zu berücksichtigen ist, zeigen das soeben von der KGSt veröffentlichte Positionspapier und der KGSt-Bericht „Internationale Rechnungslegungsstandards und ihre Anwendung in Kommunen – EPSAS“ (14/2015). □

Königsbrunn:

Startschuss für neue Betriebszentrale Digitalfunk

Auf dem Gelände der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Königsbrunn war vor kurzem der Startschuss für den Neubau der sogenannten Autorisierten Stelle Bayern für den BOS-Digitalfunk. Wie Bayerns Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck beim feierlichen Spatenstich betonte, handelt es sich um eine Außenstelle des Bayerischen Landeskriminalamts. Diese wird bayernweit für den Betrieb und das Management des Digitalfunks zuständig sein. Bislang werden die Aufgaben von München aus wahrgenommen. Mit der Verlagerung kommen attraktive technische Arbeitsplätze in die Region.

„Rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich dann von Königsbrunn aus um das gesamte bayerische Digitalfunknetz und deren Nutzer kümmern“, kündigte Eck an. Für den Neubau investiert der Freistaat rund 16 Millionen Euro. Der Staatssekretär rechnet mit der Inbetriebnahme der neuen Digitalfunkzentrale nach deren Fertigstellung Ende 2017.

Die Aufgaben der neuen Betriebszentrale bei der Betreuung der gesamten Infrastruktur und deren Nutzer erfordern laut Eck ein hochtechnisches neues Dienstgebäude, in dem im 24-Stunden-Dienst sieben Tage die Woche gearbeitet wird. „Hier bei der Bereitschaftspolizei in Königsbrunn haben wir dafür aus-gezeichnete Voraussetzungen“, freute sich Eck. „Auf einer Fläche von rund 3.400 Quadratmetern bringen wir die dringend benötigten Diensträume und Funktionsbereiche bestens unter.“

Beste Integration in vorhandene Baustruktur

Das Staatliche Bauamt Augsburg hat dafür ein zweigeschossiges, langgestrecktes Gebäude entworfen, das sich sehr gut in die vorhandene Baustruktur einfügt. Der Neubau markiert den südwestlichen Bereich des Geländes und ist bei Bedarf nach Norden hin erweiterbar. Im Süden

entsteht ein Nebengebäude für technische Anlagen und Carports.

Das Bürogebäude wird nach den Worten Ecks in Stahlbetonskelettbauweise errichtet. Bürotrennwände in Leichtbauweise ermöglichen variable Nutzungen. Zudem werden das neue Gebäude und die Außenanlagen barrierefrei erschlossen. Außerdem erhält der Bau eine hochwärmedämmende Fassade. Bedingt durch die umfangreiche technische Ausstattung fallen hohe Wärmelasten an. Diese sollen über eine Wärmepumpe genutzt werden. „Durch unser ausgeklügeltes Energiekonzept unterschreitet der Energieverbrauch die Anforderungen der Energieeffizienzverordnung sogar um knapp 40 Prozent“, so der Baustaatssekretär.

Pünktlicher Abschluss

„In Bayern steht der Digitalfunk seit Ende 2015 Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften nahezu flächendeckend zur Verfügung“, erläuterte Eck abschließend. Bayern habe mit rund 900 Sendeanlagen knapp ein Fünftel aller Sendeanlagen deutschlandweit. Eck: „Trotz schwierigster Rahmenbedingungen, insbesondere beim Netzaufbau entlang der Alpen oder bei der Durchführung des G7 Gipfels in Elmau, ist es uns gelungen, das Großprojekt zeit- und kostengerecht abzuschließen.“ □

IKV Informationen für die Kommunal-Verwaltung



Newsletter
Rechtsprechung Kommunalabgaben
» immer auf dem Laufenden
» praxisnah aufbereitet

www.erwin-ruff.de

Breitbandgipfel auf der CEBIT 2016:

Positive Zwischenbilanz

Beim diesjährigen Breitbandgipfel auf der CeBIT in Hannover diskutierte die Deutsche Breitbandinitiative, ein Zusammenschluss der Initiative D21, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Bitkom, mit über 120 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft die bisherigen Anstrengungen im Ausbau der digitalen Infrastrukturen. Die Bilanz fiel positiv aus: Die Maßnahmen des Bundes brächten positive Dynamik in den Ausbau, jedoch blieben die Unterschiede in der Nutzung in den Bundesländern weiterhin Herausforderung für gleichwertige Lebensbedingungen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, mittels eines effizienten Technologiemicx eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit mindestens 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen und die Voraussetzungen für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen. Wie Dorothee Bär, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), erläuterte, lege das 50-Mbit-Ziel der Bundesregierung den Grundstein für künftige Entwicklungen. Es sei ein erster und bedeutender Zwischenschritt auf dem Weg zu noch höheren Bandbreiten, die in Zukunft erforderlich sein werden.

Dem BMVI sei es erfolgreich gelungen, Gelder für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen. Bisher seien Fördermittel in Höhe von 460 Mio. Euro beantragt worden. Als Zwischenbilanz hielt die Staatssekretärin fest: „Würde ich im Sinne eines Multiprojektmanagements über alle unsere Themen einen Status in Form der Ampelfarbe geben wollen, würde ich unsere Ampel auf ‚grün‘ setzen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben ambitionierte Ziele, die wir gemeinsam mit allen Partner (Bund, Länder, Wirtschaft und Verbände) anpacken.“ Als wichtige Unterstützung im Hinblick auf den flächendeckenden Breitbandausbau hob Bär auch die im Juli 2014 mit großem Erfolg gestartete Qualifizierungsoffensive des Breitbandbüros des Bundes hervor.

Nach den Worten von Hannes Schwaderer, Präsident der Initiative D21, sind Investitionen in eine flächendeckende digitale Infrastruktur sowohl aus wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher Perspektive unumgänglicher Imperativ: „Sonst fehlt die Grundlage für moderne Gesundheitsdienste, Bildungsangebote, aber auch innovative neue Geschäftsmodelle.“ Dies sei zwar erfreulicherweise von Seiten der Politik und Wirtschaft erkannt, reiche aber im

strategischen Ansatz nicht aus.

Laut Schwaderer „dürfen wir neben dem Ausbau die Nutzung nicht aus dem Auge verlieren“. In Deutschland sei bei der Internetnutzung zwischen den Bundesländern ein Unterschied von bis zu 15 Prozentpunkten festzustellen. Bei der mobilen Internetnutzung liege der Unterschied zwischen Berlin als Stadt und Brandenburg als eher ländliches Bundesland sogar bei über 22 Prozentpunkten. Von gleichwertigen Lebensbedingungen könne daher noch nicht gesprochen werden. „Alle Teile der Bevölkerung an den Früchten des Breitbandausbaus teilhaben zu lassen bleibt wichtige Aufgabe“, verdeutlichte der Präsident.

121 Maßnahmen

Um den Ausbau voranzutreiben, hat sich BITKOM-Chef Thorsten Dirks zufolge die Bundesregierung auf 121 Maßnahmen geeinigt - eine davon ist die jährliche Investition von 8 Milliarden Euro in öffentlich zugängliche Netze seitens der Wirtschaft. Seit 2010 seien seitens der Netzbetreiber bereits 120 Milliarden Euro investiert worden. Doch vom Ziel sei man trotz allem noch weit entfernt. 2016 liege man mit einer 50 Mbit/s Netzabdeckung bei etwa 70 Prozent.

Wie sich die Dynamik einzelner Investitionsvorhaben und Förderprogramme im regionalen Breitbandausbau auswirkt, diskutierten im Rahmen einer Paneldiskussion Dr. Jürgen Grüner, Geschäftsführer der wfc Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH,

Andreas Poppenborg, Mitglied der Geschäftsleitung der Regio IT GmbH und Wilhelm Dresselhaus, Sprecher der Geschäftsführung der Nokia Solutions and Networks GmbH & Co. KG.

Wie Jürgen Grüner erläuterte, habe sich der Kreis Coesfeld bereits 2010 seine eigene Digitale Agenda gesetzt. „Wir haben erstens ein klares Infrastrukturziel: Wir wollen Glasfaser in den Ortslagen. Wir haben zweitens nicht sofort nach Fördermitteln gesucht, sondern zunächst geprüft, wie Projekte für private Investoren interessant gemacht werden können. Und wir haben drittens die notwendigen Informationen für Verhandlungen mit den privaten Investoren aufbereitet.“

Der Erfolg könne sich sehen lassen: Wenn die derzeit laufenden Ausbauarbeiten abgeschlossen sind, hat bereits jeder Dritte Haushalt im Kreis Coesfeld Zugang zu Glasfasernetzen. Mehr als 80 Prozent können Bandbreiten von mindestens 50 Mbit pro Sekunde nutzen. „Im Bundesdurchschnitt haben etwas mehr als ein Prozent aller Haushalte direkten Zugang zu Glasfasernetzen. Mit unseren über 30 Prozent nehmen wir im Vergleich der Standorte einen Spitzenplatz ein“, hob Grüner hervor.

Auch Andreas Poppenborg war anfangs überzeugt davon, ausschließlich bis 2025 auf Glasfaser setzen zu wollen. Die Realität habe dann freilich dazu angeleitet, alternative Szenarien zu erdenken. Eine Genossenschaft ist für ihn das richtige Modell, um einen effektiven Ausbau zu gewährleisten.

In einer zweiten Diskussionsrunde erörterten schließlich Stefan Koetz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ericsson GmbH, Wolfgang Kopf, Leiter

Starkes Besucherinteresse an kommunalen IT-Lösungen

Viele Fachbesucher bei „FORUM KOMMUNE“ IT-Beauftragter der Bundesregierung beim DATABUND

Der DATABUND-Vorstand und die ausstellenden Mitgliederunternehmen auf dem Gemeinschaftsstand des Verbandes zeigten sich nach ersten Einschätzungen im Großen und Ganzen zufrieden mit der CeBIT 2016.

„Das Besucherinteresse an kommunalen IT-Lösungen“, so der neue Vorstandsvorsitzende Detlef Sander, „war wie in den vergangenen Jahren groß. Der Gemeinschaftsstand ist für viele Fachbesucher aus den Kommunen der erste Anlaufpunkt, wenn es um kommunale Fachverfahren und IT-Lösungen geht - und um die neuesten Trend und Entwicklungen in unserer Branche.“

Marktplatz Kommune

Auf dem gut 450 Quadratmeter großen DATABUND-Stand im Public Sector Parc der CeBIT präsentierten sich 20 führende Software- und Fachverfahrenshersteller mit ihren Produkten, Dienstleistungen und Lösungen. Unter dem Titel „FOKUS KOMMUNE“ fanden an allen Messtagen Fachvorträge im Forum „Marktplatz Kommune“ des Public Sector Parcs statt - mit anschließenden Koreferaten, Praxisberichten und Gesprächsrunden in der

Politik und Regulierung bei der Deutschen Telekom AG, Walter Haas Mitglied der Geschäftsleitung bei der Huawei Technologies GmbH sowie Frank Krüger, Ministerialdirigent im BMVI, die Anforderungen einer Gigabitgesellschaft und deren Erfüllung vor dem Hintergrund der aktuellen Zwischenbilanz des Breitbandausbaus in Deutschland. DK

DATABUND-Lounge. FOKUS KOMMUNE beleuchtete jeden Tag ein anderes Themenfeld aus dem Bereich kommunale IT.

Die DATABUND-Lounge war darüber hinaus ein beliebter Treffpunkt für Gäste und Fachbesucher.

Neben Landespolitikern und Vertretern vieler Landesministerien besuchte am zweiten Messtagen auch der IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Vitt, den DATABUND-Stand. Er informierte die anwesenden DATABUND-Vorstände u. a. über die Schwerpunkte seiner zukünftigen Tätigkeit, wobei er den Fokus vor allem auf IT-Projekte der Bundes und der Länder legte. Als bundesweite Interessenvertretung der führenden kommunalen Fachverfahrens- und Softwarehersteller erneuerte der Verband sein Angebot zur Zusammenarbeit in den Bereichen kommunale IT und eGov.

Ungeachtet der grundsätzlich positiven Messebilanz des DATABUND waren aber im Vergleich zur CeBIT 2015 ein merklicher Rückgang der Aussteller im Public Sector Parc und die vielen Freiflächen nicht zu übersehen. „Hier ist“, so resümiert Sander, „die Deutsche Messe AG gefragt. Mit neuen Ideen und Konzepten für eine zielgruppenadäquate Ansprache und Erhöhung der Attraktivität sowohl für Aussteller als auch Messebesucher.“ □



Der IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Vitt (rechts), im Gespräch mit dem AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth, links im Bild Frank-Rüdiger Srocke vom Bundesinnenministerium. □

CeBIT in Hannover:

AKDB präsentierte digitale Servicekonten

Mit digitalen Servicekonten für Bürger und Wirtschaft präsentierte die AKDB auf der CeBIT in Hannover Anwendungen für erfolgreiches eGovernment in Verbindung mit dem Personalausweis. Staatssekretär Klaus Vitt, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, zeigte sich beeindruckt von den vielfältigen und praxiserprobten Anwendungen der AKDB.

Die einfache und sichere Authentifizierung und Nutzung von Servicekonten für Bürger und Wirtschaft im Rahmen von Verwaltungsdienstleistungen über das Internet standen bei der diesjährigen CeBIT 2016 in Hannover im Mittelpunkt der von der AKDB präsentierten eGovernment-Anwendungen. Besonders dem von der AKDB konzipierten Unternehmenskonto, der digitalen Identität für die Wirtschaft, galt die Aufmerksamkeit der Messebesucher.

Mit diesem geplanten Unternehmenskonto können juristische Personen in Verbindung mit der eID-Funktion des Personalausweises ein Nutzerkonto im Bürgerservice-Portal anlegen und erhalten so eine digitale Identität für das eGovernment. Im elektronischen Konto lassen sich auch weitere Vertreter, die im Unternehmensauftrag handeln, hinterlegen. Prozesse wie die Wohnungsgeber-Bestätigung, die Vermietern die Möglichkeit bietet,

den Einzug einer meldepflichtigen Person online zu bestätigen, lassen sich in Verbindung mit dem Unternehmenskonto nutzen. Vor allem Wohnbaugesellschaften profitieren so durch eine vereinfachte Online-Bearbeitung.

Im Rahmen des Projekts i-Kfz präsentierte die AKDB zudem die medienbruchfreie Kfz-Außerbetriebsetzung für Großkunden. Auch hier kommt das Unternehmenskonto zur Authentifizierung des Antragstellers zum Einsatz. Staatssekretär Klaus Vitt zeigte sich bei seinem CeBIT-Rundgang beeindruckt von dieser Lösung und dem bevorstehenden Pilotensatz bei der Stadt Ingolstadt in Zusammenarbeit mit der Audi AG.

Vitt lobte dem AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth gegenüber die „Architektur, Oberfläche und Struktur“ der Portaltechnologie, die als Musterlösung für Serviceangebote im Bereich E-Government dienen könnte, so Vitt. □

Tausendsassa.

Auf allen Geräten zuhause:
Generation SYNERGO®



Zeiten ändern sich. Unsere Technologien auch.

Internetfähige Endgeräte wie Tablets und Smartphones haben längst Wohnzimmer, Büros und Verwaltungen erobert. Dienste und Informationen werden online, mobil und rund um die Uhr abgerufen: kommunale Kennzahlen während der Gemeinderatssitzung, medienbruchfreie Online-Bürgerdienste oder mobile Apps. Die neu entwickelte SYNERGO®-Produktgeneration präsentiert Fachverfahren und Dienste anwenderfreundlich auf allen Geräten.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Branchentreff auf hohem Niveau

Breitband-Symposium und Open House der Langmatz GmbH

Jährlich steigende Besucherzahlen belegen, dass sich Breitband-Symposium und Open House der Langmatz GmbH mittlerweile zu einem Branchentreff auf hohem Niveau entwickelt haben. Gemeinsam mit 16 ausstellenden Partnerfirmen wurden jüngst über 300 Fachleute aus Deutschland und dem benachbarten Ausland für zwei Tage nach Garmisch-Partenkirchen und Oberau eingeladen. Themen rund um FTTx und den Breitbandausbau standen auch heuer wieder auf der Agenda.

Nach Begrüßungsworten von Geschäftsführer Stephan Wulf, Vertriebsleiter Dieter Mitterer und der Bürgermeisterin Garmisch-Partenkirchens, Dr. Sigrid Meierhofer, brachten hochkarätige Referenten wie Jan Schindler (FTTH Council Europe), Dieter Gustedt (fiberHELP) und Karlheinz Grund (FIBER CONCEPT) die zahlreichen Teilnehmer auf den neuesten Stand.

Rohrverlegung

Roland Lederer (gabo Systemtechnik GmbH) referierte zum Thema „Gebäudeinfrastruktur für die Glasfaserverkabelung – Erfolgskriterien für die Verlegung von Rohren“. Seit 1970 ist gabocom Partner der europäischen Telekommunikationsgesellschaften. Als Spezialist für gas- und wasserdichte Halbrohre und Abdichtsysteme produziert und liefert gabocom seit 2002 europaweit das speed pi-

pe®-System für die Netzebene 3 als zugelassenes Mikrorohrsystem bei den europäischen Telekommunikationsgesellschaften. gabocom ist der Gesprächspartner für die in-house Rohrsysteme (Netzebene 4) für Wohnungswirtschaften, Installateure und Planer.

Kundengerechte FttX-Lösungen

Die gabocom speed pipe® sorgen laut Lederer für höchste Flexibilität bei der Nutzung von bestehenden Rohrsystemen, dem Bau von neuen Glasfasernetzwerken und der Verlegung innerhalb von Gebäuden. Durch die kostensparende Bauweise und die High-End-Qualität der Produkte entstünden modernste Breitbandnetze. In ganz Europa sei das innovative Baukastensystem erste Wahl, wenn es um kundengerechte Fibre-to-the-X Lösungen geht. Das System überzeuge mit folgenden Vorteilen: Bestehende Rohrsysteme

sind flexibel erweiterbar, es entstehen dabei keine großen Tiefbaukosten. Die Montage ist einfach und spart Zeit und Geld. Die Glasfaserkabel lassen sich über große Längen einblasen.

Speziell für die Verwendung im Gebäude entwickelte gabocom die speed pipe® indoor. Sie sind nicht flammenausbreitend und wurden bezüglich Halogenfreiheit nach DIN EN 60684-2 getestet. Außerdem wurden sie nach DIN EN 61386-22 (VDE 0605) geprüft, um deren Verlegung klar zu definieren. Für die Verwendung in Kanälen oder Tunnel bietet die Ausführung speed pipe® indoor mit verstärkter Wanddicke zusätzlich eine erhöhte mechanische Belastbarkeit. Beide Varianten sind innen mit optimierten Gleitrippen ausgestattet und daher bestens geeignet, Minikabel einzublasen und einzuziehen.

Glasfaser für München

Über die Glasfaser-Erschließung für München informierte Dr. Robert Prinz (Stadtwerke München). Nach seinen Worten ermöglichen die SWM gemeinsam mit M-net, dem Münchner Telekommunikationsanbieter, High-Speed-Internet für die

Landeshauptstadt. Bislang haben M-net und SWM bereits rund 32.000 Gebäude, sprich ca. 350.000 Haushalte, zum größten Teil innerhalb des Mittleren Rings mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet - das ist die Hälfte des gesamten Münchner Wohnungsbestands. Das Glasfasernetz umfasst eine Grabenlänge von ca. 850 Kilometern.

Nach intensiver Planung stehen nun der zweite Ausbauschritt fest: Weitere 35.000 Gebäude mit über 230.000 Wohneinheiten außerhalb des Mittleren Rings sollen in den kommenden fünf Jahren erschlossen werden. Damit werden dann knapp 70 Prozent aller Münchner Haushalte direkten Zugang zur hochleistungsfähigen Glasfaser haben.

Prinz zufolge ist dies ein weiterer Meilenstein für Münchens Infrastrukturentwicklung. Denn dank der Glasfaser profitieren nun auch Privatkunden, Selbstständige und kleinere Betriebe (SOHO) von einem der schnellsten und modernsten Datennetze Europas. Das kommunale Unternehmen SWM und seine Telekommunikationstochter M-net investieren in den weiteren Ausbau einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag.

Projekt M-WLAN

Dr. Jörg Ochs (Stadtwerke München) berichtete, dass im Auftrag der Landeshauptstadt München die SWM als kommunaler Infrastrukturdienstleister gemeinsam mit den Partnern M-net und dem Stadtportal muenchen.de das Projekt M-WLAN gestartet haben. Vom frei zugänglichen WLAN-Angebot zum Nulltarif profitierten Einheimische wie Besucher gleichermaßen. Forschern und Studierenden ermögliche die Initiative eduroam Zugang zu Wissenschaftsnetzen.

Bereits an 21 Standorten im Stadtgebiet gebe es das freie und kostenlose öffentliche Angebot M-WLAN, das ein großer Erfolg sei: Durchschnittlich wird es 25.000 Mal am Tag zum Surfen oder zum Chatten genutzt. Weitere Innenstadtstandorte sind in Planung.

Mehr Sicherheit für die Nutzer

Mit „M-WLAN Secure Wi-Fi“ erweitern die Stadtwerke München das Angebot und heben es auf eine neue Stufe. Es gibt eine neue, übersichtlichere Startseite und das offene M-WLAN bekommt verschlüsselte Verstärkung - mit mehr Sicherheit und Komfort für die Nutzer.

Das Langmatz-Werk in Oberau öffnete am zweiten Veranstaltungstag beim Open House seine Tore. Bei einer Werksführung hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Kunststoff- und Metallverarbeitung, Lager und Logistik sowie die Montagebereiche zu besichtigen.

Im Praxis-Workshop wurde live die Prüfung eines Kabelschachtes durch die neue Prüfpressen vorgeführt. Im Anschluss erhielten die Teilnehmer eine Führung durch die Ausstellungswelten im neuen Vertriebs- und Servicezentrum. Großer Andrang herrschte auch wieder bei den beiden Glasfaserworkshops „Gf-Installation Indoor“ und „Aktive Netzsimulation“.

Darüber hinaus konnten sich die Besucher, die überwiegend Stadtwerken und Kommunen angehörten, an den Langmatz-Produktinseln über neue und innovative Produkte informieren. Das Unternehmen kann alle Komponenten für den Breitbandausbau - vom Central Office bis ins Gebäude - aus einer Hand anbieten. In einem Ausstellerzelt auf dem Werksgelände waren außerdem Partner der Langmatz GmbH präsent und präsentierten ihre Produkte. **DK**

Herrmann und Söder stellen 'GeoKAT' vor

Katastrophenschutz erhält modernes IT-System

„Wenn es um die Sicherheit von Menschen geht, muss mit modernsten Methoden und Techniken gearbeitet werden. Das gilt insbesondere auch für den Katastrophenschutz“, teilten Innenminister Joachim Herrmann und Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder in einer Pressekonferenz mit. Anlass ist die Ausrüstung aller Katastrophenschutzbehörden mit der topmodernen Software GeoKAT und neuen Laptops. Landkreistagspräsident Christian Bernreiter und Städtetagsvertreter Dr. Ivo Holzinger als Vertreter der Anwender - der Katastrophenschutz ist beim Landratsamt bzw. der kreisfreien Stadt angesiedelt - nahmen jeweils einen GeoKAT-Laptop in Empfang.

Entwickelt wurde die Software als Gemeinschaftsprojekt von Innen- und Finanzministerium. „Unsere Digitalisierungs- und Vermessungsverwaltung ist eine hochmoderne Vorzeigeverwaltung. Neben dem Breitbandausbau ist sie auch für die Digitalisierung von Bayerns Verwaltungen maßgeblich verantwortlich“, sagte Söder.

Herrmann betonte im Hinblick auf das enorme bayernweite Hilfeleistungssystem mit rund 470.000 Männern und Frauen bei Feuerwehren, freiwilligen Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk: „Unsere Einsatzkräfte müssen für den Katastrophenfall und Großschadensereignisse optimal ausgestattet und funktionsfähig sein. Das gewährleistet die neue Datenbank, auf die alle Katastrophenschutzbehörden kostenlos unmittelbar vor Ort und jederzeit Online-Zugriff haben, um das benötigte Einsatzpotential abrufen zu können.“

Zentrales Werkzeug

GeoKAT ist zentrales Werkzeug zur Koordination und Organisation von Einsätzen in Katastrophenfällen. Mit ihm können wichtige Informationen in kürzester Zeit abgerufen werden, zum Beispiel: Befinden sich im gefährdeten Gebiet Schulen, Kindergärten oder Altenheime, die evakuiert werden müssen? Welche Altersstruktur haben die von der Katastrophe betroffenen Einwohner? Wo gibt es Turnhallen, LKWs, Feldbetten und Sandsäcke?

Alle wichtigen Informationen werden auf den ständig aktuellen Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung übersicht-

lich, schnell und unkompliziert angezeigt. Bayernweit können die Einsatzkräfte im Schadensfall die notwendige Ausrüstung abrufen und organisieren.

Ein erstes Konzept für die Software wurde im Jahr 2014 erstellt. Die Umsetzung erfolgte im Jahr 2015 durch die IT-Spezialisten am Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Der Freistaat trägt die Kosten für das Projekt in Höhe von derzeit ca. 760.000 Euro. Die Katastrophenschutzbehörden können die Software und die Laptops kostenfrei nutzen.

Gesicherter Zugriff im Katastrophenfall

GeoKAT greift im Regelfall über das Internet auf zentral gehaltene Karten- und Datenbestände zu. Um für den Katastrophenfall flexibel zu sein, werden die Daten zusätzlich auf die vor Ort vorhandenen Laptops gespeichert. Ein spezieller Mechanismus sorgt dafür, dass die Daten auf den Laptops ständig aktuell sind. Dadurch ist der Zugriff im Katastrophenfall auch ohne Internetverbindung gesichert.

Bei der Entwicklung standen Datensicherheit und Hochverfügbarkeit an erster Stelle. Bayern nimmt mit GeoKAT eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Die Katastrophenschutzbehörden in Bayern verwenden das neue GeoKAT für den vorbereitenden und abwehrenden Katastrophenschutz im Normalfall zur Verwaltung der benötigten Kontaktdaten, Einsatzmittel und Ressourcen. Dabei werden sie von Kartendaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung unterstützt. **DK**

Münchner GI-Runde des Runden Tisches GIS e.V.

Verbindende Metathemen

Die Themen Cloudcomputing, Fernerkundung, 3D und Big Data beherrschten die 3. Münchner GI-Runde des Runden Tisches GIS e.V. Rund 200 Wissenschaftler, Praktiker - vor allem aus zahlreichen Fachbehörden - sowie Firmenvertreter tauschten sich darüber an zwei Tagen an der TU München aus.

Auf der Agenda standen einerseits neuartige Möglichkeiten, die lokale Kriminalitätsentwicklung zu prognostizieren und andererseits neue Webdienste für die Schifffahrt und Umweltüberwachung in Nord- und Ostsee auf der Basis aktueller Satellitendaten. In beiden Fällen sind Geodaten das verbindende Element. Die Technologien und Anwendungen erscheinen dabei jedoch ganz unterschiedlich.

Eigene Vortragsreihe

Doch diese Beispiele - wie auch die Themenfülle der rund 40 Vorträge - sollten nicht darüber hinweg täuschen, dass es übergeordnete und verbindende Metathemen gab. Neben dem Stichwort Big-Data betraf das vor allem Entwicklungen rund um 3D-Modelle, CloudComputing sowie die Satellitenfernerkundung.

Eine eigene Vortragsreihe im Rahmen der Praxisforen zeigte

Verständliche Visualisierung

Ähnliches gilt für das Thema 3D, bei denen datenbasierte, semantische Darstellungen bestens geeignet sind, komplexe Inhalte und Big-Data-Analysen verständlich zu visualisieren. Die wissenschaftlichen Sessions zielten speziell beim Thema 3D, welche Innovationen im Hintergrund erforderlich sind, damit die Nutzer an der Oberfläche es vergleichsweise einfach haben. **DK**

Wirkungen von E-Government

Gemeinsame empirische Studie der Materna GmbH Information & Communications und der Hochschule Harz Fachbereich Verwaltungswissenschaften

Mit „Wirkungen von E-Government in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ hat sich eine aktuelle länderübergreifende Studie befasst. Die Untersuchung basiert auf einer Web-Befragung im Herbst 2015. Diese zeigt, dass die öffentliche Verwaltung das Thema E-Government zunehmend strategisch angeht - doch der Weg, bis die geplanten Maßnahmen umgesetzt sind, ist noch lang.

Bei der Frage der bereits umgesetzten E-Government-Services platziert sich Österreich vor der Schweiz, gefolgt von Deutschland. Nur die Geo-Referenzierung und die elektronische Akte sind bei mehr als der Hälfte der befragten deutschen Verwaltungen im Einsatz, elektronische Amtsblätter sowie elektronische Bezahlungsfunktionen immerhin noch bei knapp der Hälfte der Verwaltungen. Das größte Entwicklungspotenzial findet sich bei der E-Rechnung, der Prozessoptimierung, beim De-Mail-Zugang und dem elektronischen Identitätsnachweis. Über die Hälfte der Verwaltungen wollen diese Bausteine in Zukunft einsetzen.

Hohes Innovationspotenzial

Die Verwaltungen besitzen nach den umfangreichen Ergebnissen der Studie zu fast zwei Dritteln eine E-Government-Strategie und vermitteln damit ein sehr hohes Innovationspotenzial. Noch mehr Verwaltungen verweisen auf eine administrativ übergeordnete Strategie des jeweiligen Bundeslandes oder Kantons. Insofern befindet sich die eGov-Welt nicht nur auf Ebene der Bundesländer in Deutschland in einer rechtlichen Transformations- und Regelungsphase.

Entsprechend den zahlreichen systematisch vorgehenden Behörden stufen sich zahlreiche Verwaltungen in der oberen Hälfte der Innovationskala ein. Die befragten Verwaltungsvertreter verorten die Treiber für die E-Government-Entwicklung eindeutig bei der Verwal-

tung selbst, erst mit einem beträchtlichen Abstand folgen die politischen Gremien, während die eigentlichen Adressaten, also die Bürger und die Wirtschaft, erstaunlicherweise eine untergeordnete Rolle spielen. Externe Beteiligte werden damit in der Verwaltung kaum als Triebfeder für Innovationen und Dienstleistungsgestaltungen wahrgenommen.

Strukturierter Umgang mit eGov-Projekten

Deutschland tut sich mit der technikinduzierten Verwaltungsreform immer noch sehr schwer. Und das ist auch erneut und vor allem im Vergleich mit den diesbezüglich durchaus besser aufgestellten Ländern Schweiz und Österreich zu erkennen. Die Bemühungen zur Verbesserung der Situation sind aber auch in Deutschland unverkennbar, was durch zahlreiche Überlegungen zur Strategie- und Regelungsentwicklung unterstrichen wird. Hier ist offenbar sehr viel in Bewegung und man erkennt den Willen, die Dinge voranzubringen. Auch ist laut Studie festzustellen, dass ein Großteil der Verwaltungen einen sehr strukturierten und professionellen Umgang mit E-Government-Projekten pflegt.

Problem G2G

Was in Deutschland allerdings deutlich weniger gut zu funktionieren scheint, ist der Bereich des „Government-to-Government“ (G2G), das heißt die Kooperation der Verwaltungen untereinander. Dies wurde

nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen dienstleistungsbezogenen Vernetzungen einen Schlüsselfaktor für den eGov-Erfolg darstellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die niedrigen Akzeptanzniveaus von E-Government-Anwendungen - und das nicht nur bei den Adressaten der Aktivitäten, bei den Bürgern und bei der Wirtschaft, sondern auch und in wachsendem Maße intern bei den eigenen Mitarbeitern. Die Perspektive der Nutzer und die Bürgerperspektive sind oftmals noch nicht in ausreichendem Maße in den Planungs- und Bewertungsalltag eingeflossen - trotz der professionell gestalteten Bewertung und Umsetzung.

Ein weiteres Problem wird auch durch die sehr verhaltene Einschätzung des Beitrags von E-Government zur Lösung von zentralen Herausforderungen der Verwaltungen deutlich. „Wenn es in Zukunft nicht gelingt, den direkten Zusammenhang zwischen Herausforderung und Problemlösung der IT deutlich zu machen und nachzuweisen, kann sich eGov nachhaltig nicht vom Status des technikaffinen ‚Nice-to-have‘ entfernen“, heißt es in der Untersuchung.

Schwindende Personalressourcen

Schwierigkeiten bereiten hierzu auch außerdem die schwindenden Personalressourcen, die immer häufiger als die bedeutendste Hürde für die E-Government-Entwicklung angesehen werden. Auch an der erfolgreichen Bewältigung dieser wichtigen Herausforderung werde sich nicht nur die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungen im Allgemeinen, sondern auch die Entwicklung des E-Governments im Konkreten messen lassen müssen. **DK**

Die elektronische Akte tut sich noch schwer:

Per Gesetz für Schwung sorgen

Von Thomas Kircher, Pressestelle, Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe

Das E-Government-Gesetz hat Bewegung in ein Thema gebracht, das in der öffentlichen Verwaltung von Ländern und Kommunen noch nicht überall so ganz angekommen ist. Bis 2022 müssen Akten auch elektronisch geführt werden. Genug Zeit für SAP, die Anforderungen in einer entsprechenden Standardlösung umzusetzen. Denn die vorhandenen Mittel helfen der öffentlichen Verwaltung nicht wirklich, um die anstehenden Aufgaben zu meistern.

Bedenkt man, dass das E-Government-Gesetz bereits am 1. August 2013 in Kraft getreten ist, ist es kein ganz neues Thema. Aber es ist ein hochaktuelles. Laut Studien und Umfragen von Verbänden und Institutionen, u.a. mit Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, kommt die Nutzung von E-Government in Deutschland nur langsam voran. Und die Umsetzung des Gesetzes wird zu den größten Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung in Deutschland gezählt.

Aufbruchstimmung

Fakt ist: Bislang sind nur die Bundesbehörden verpflichtet, elektronische Akten zu führen. Auf Ebene der Länder ist das Gesetz noch nicht überall ratifiziert. „Die Landesbehörden haben z. B. in Nordrhein-Westfalen eine Frist bis 2022, um ihre Akten elektronisch zu führen. Aber durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen ist deutlich Schwung in die E-Government-Thematik gekommen“, hat Uwe Hesse, Sprecher des Arbeitskreises Öffentliche Verwaltung der Deutschsprachigen

SAP-Anwendergruppe e.V. (DSAG), eine gewisse Aufbruchstimmung festgestellt. Ein positives Zeichen, auch wenn es noch viel zu tun gibt. „Das Ganze ist sehr aufwändig, weil in der Regel heutzutage noch nahezu alle Prozesse papierbezogen abgewickelt werden. Zudem sind viele Abläufe noch nicht komplett neu durchgestaltet, um einer elektronischen Vorgangsbearbeitung gerecht zu werden“, so Uwe Hesse weiter.

Mehr Organisation, weniger Technik

Das macht das E-Government dann auch eher zu einem organisatorischen als zu einem rein technischen Projekt. Denn letztlich müssen dabei personelle und technische Ressourcen wie zusätzliche Hard- und Software bereitgestellt und in einem entsprechenden Haushalt abgedeckt werden. Und das geht aufgrund der strukturellen Gegebenheiten in den Verwaltungen erfahrungsgemäß nicht von heute auf morgen. Die Organisation muss mit ins Boot geholt werden, die Verwaltungsprozesse

sind entsprechend zu gestalten und die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen und umgesetzt werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Zum Beispiel was die sogenannte Mitzeichnung betrifft. „Wird in der Verwaltung eine Entscheidung getroffen, unterzeichnen neben dem Sachbearbeiter auch noch andere hierarchisch übergeordnete Stellen den entsprechenden Entwurf. Das kann in einer Bundesbehörde bis auf die Ministerebene reichen. Das ist ein mitunter langer Weg, zumal wenn er ohne Medienbrüche realisiert werden soll“, so Uwe Hesse. Denn die elektronische Unterschrift muss ja auch dokumentiert sein, mit Datum und Uhrzeit und wer sie geleistet hat. Zudem ist zu gewährleisten, dass eine entsprechende Akte zusätzlich in eine PDF-Datei verwandelt werden kann. Damit wird sichergestellt, dass für gerichtliche Überprüfungen zum Beispiel ein kompletter Verwaltungsvorgang lückenlos nachvollziehbar ist.

Lösung vorhanden, aber nicht generisch

Der konkrete Nutzen aus dem E-Government sollten idealerweise mit einem entsprechenden SAP-Produkt erzielbar sein. Das ist mit dem SAP NetWeaver Folders Management eigentlich auch vorhanden. Die Lösung wird jedoch nicht mehr ausreichend weiterentwickelt. Daher bestimmen Beratungslösungen den Markt, was insbesondere die Integration von E-Mail angeht. Keine ideale Konstellation für Uwe Hesse: „Als DSAG wünschen wir uns schon, dass bestimmte Funktionalitäten wie ein triviales Drag & Drop von einer E-Mail in eine elektronische Akte im Standard abgebildet wären und nicht in einer Beratungslösung. „Allein diese anzuschaffen, bindet zusätzliche Ressourcen, die für die öffentlichen Träger an anderer Stelle besser eingesetzt wären“, erläutert Uwe Hesse die aktuelle Situation.

Kernanforderungen

So bleibt für das Handling digitaler Akten und dem für die öffentliche Verwaltung notwendigen Antragsmanagement bislang nur das SAP Student Lifecycle Management (SAP SLCM). „Das gefällt mir sehr gut. Leider ist es aber keine generische Lösung und demzufolge derzeit nur auf die speziellen

den aktuellen, europaweit verbreiteten O.P.I.-Standard. O.P.I. steht für „open payment initiative“ und wird den älteren ZVT-Standard zunehmend ablösen. O.P.I. erlaubt die Zuweisung mehrerer Kassen zu gemeinsam genutzten EC-Terminals, während ZVT von einem Terminal an einer Kasse ausgeht.

Einfache Administration

Die EDV-Abteilung der Stadtverwaltung Troisdorf berichtet dazu: „Unsere EC-Terminals (Anmerkung: zunächst an Standorten im Museum, danach erweitert in der Ausländerbehörde) laufen ohne Probleme über die OPI-Schnittstelle. Die Administration über den Terminalmanager ist einfach gehalten. Neue Geräte lassen sich unkompliziert einbinden.“

Infos: www.edv-ermtraud.de

Anforderungen der Hochschulen zugeschnitten“, erläutert Uwe Hesse. Aber vom Ansatz her würde es passen. Über eine moderne Web-Oberfläche Anträge stellen und verwalten zu können, ist ein zentraler Aspekt für die öffentliche Verwaltung. Dazu hat der Arbeitskreis Öffentliche Verwaltung Ende 2014 seine Mitglieder befragt und drei Kernanforderungen ermittelt:

- elektronische Formulare, Anträge, Dokumente austauschen und bearbeiten können
- eine elektronische Aktenverwaltung
- Beschaffung/Haushaltsmanagement (inklusive Ausschreibungen und Vergabeverfahren/E-Rechnung)

Eine Art Bürgerkonto wäre ideal

Wichtig wären darüber hinaus auch, elektronische Bürgerservices inklusive Personalausweis, elektronische Signatur, Bürgerkonto etc. in einer Standardlösung abzubilden. „Ich stelle mir eine Art Bürgerkonto vor, in dem der Einzelne bei seinem ersten Besuch seine Daten hinterlegt, indem er sich z. B. über den Personalausweis authentifiziert. Beim nächsten Antrag über die entsprechende E-Government-Lösung erscheinen die persönlichen Daten dann bereits automatisch“, wagt Uwe Hesse den Blick in die Zukunft.

Prozesse analysieren

Ein derartiges Verfahren könnte z. B. im Hintergrund von Antragsformularen jeglicher Art stehen. Das Tool dahinter sollte von der Struktur her idealerweise immer gleich sein. Es müssen Daten eingegeben, geändert, hochgeladen und abgewickelt werden können: sei es ein Gewerbeschein, eine Baugenehmigung, eine Geburtsurkunde, ein Führungszeugnis oder ähnliches. Das sind Prozesse, die durchgängig analysiert und von Grund auf neu gestaltet werden müssten.

Für mehr Akzeptanz

„Der Arbeitskreis Öffentliche Verwaltung ist zu dieser Problematik mit SAP aktuell in Gesprächen. Wer sich an dem Thema und den Diskussionen innerhalb der DSAG beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen“, formuliert Uwe Hesse einen abschließenden Aufruf. Damit der aktuelle Schwung aus der E-Government-Thematik schnell in eine SAP-Standardsoftware übertragen wird und darüber auch in den Behörden der Länder und Kommunen immer mehr Akzeptanz findet.



Für die Mitarbeiter der Verwaltung stand kürzlich noch eine weitere Veränderung an - der Umzug in das neue Rathaus, der größtenteils bereits vollzogen ist. Das Gebäude wird im Zuge der Feierlichkeiten für die 700 Jahr-Feier am 29. Mai dieses Jahres eingeweiht.

Maitenbeth setzt nun dreifach auf komuna

Zukunftsorientierte Lösungen in den Verwaltungsbereichen Finanzwesen, Archivierung und Rathaus Informations-System

Die Verwaltungsgemeinschaft Maitenbeth mit seinen ca. 3.800 Einwohnern besteht aus den beiden selbstständigen Mitgliedsgemeinden Maitenbeth und Rechtmehring. Das Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Maitenbeth liegt im äußersten Westen des Landkreises Mühldorf und grenzt an die Landkreise Ebersberg, Erding und Rosenheim.

Den Zuschlag im Verwaltungsbereich Finanzwesen erhielt ICIP - KD, die flexible Finanzsoftware. Im Oktober 2014 wurde der Auftrag erteilt, Mitte Dezember fand bereits die Umstellung statt.

Planmäßiger Start

Nach der Schulung - verbunden mit einer unterjährigen Datenkonvertierung aus dem Altsystem - konnte der Echtbetrieb planmäßig starten. Die Schulung für die Bereiche Anlagenbuchführung und Jahreswechsel im Januar 2015 rundete den Umstellungsprozess ab.

Gleichzeitig wurde mit dem Wirkbetrieb im Dezember 2014 mit CIP - Archiv, dem digitalen Belegarchiv im Finanzwesen, eine neue Ära der Aktenführung eingeläutet. Der Vorteil liegt auf der Hand: Was früher aufwändig in dicken Ordnern und in Regalen gesucht wurde, wird jetzt blitzschnell aufgefunden und angezeigt.

Eine Plattform. Eine Lösung. Alle Dokumente.

Seit der Installation von CIP - Archiv verfolgte man in Maitenbeth konsequent einen weiteren ganzheitlichen Ansatz - den

des Rathaus Informations-Systems. Im August 2015 erfolgt die Auftragserteilung für das Dokumentenmanagementsystem und den Sitzungsdienst mit Ratsinfo und Sitzungs-App, die Schulungen hierfür sind bereits für das Frühjahr 2016 fest terminiert.

Modularer Aufbau

komuna.RIS ist modular aufgebaut und bietet eine durchgängig digitale Plattform für alle Dokumente und Vorgänge. Dadurch können einzelne Komponenten unabhängig voneinander eingesetzt und beliebig kombiniert werden. Auch die Einführung des Systems lässt sich auf die Situation und die Bedürfnisse in der Kommune abstimmen: Sie ist möglich in Teilbereichen und global, schrittweise und komplett.

Partnerschaftliches Konzept

Als „Partner der Kommunalverwaltung“ bewährt sich komuna durch die Marktführer der Softwarelösungen in ihrem Portfolio. Praxisgerechte Umstellungskonzepte und individuelle Kundenbetreuung aus einer Hand schließen das partnerschaftliche Konzept.



EC-Terminal - kontaktloses Kassieren.

„open payment initiative“:

EC-Terminalmanager erfolgreich im Einsatz

Das SEPA-Begleitgesetz hat die Umstellung vieler Systeme zum bargeldlosen Bezahlen erforderlich gemacht. Daher hat die EDV Ermtraud GmbH zum Stichtag 1.2.2016 ihre Kunden auf die neueste Generation EC-Terminals umgestellt. Eine wichtige Rolle spielt der Trend „weg vom Bargeld - sicher bargeldlos kassieren“.

Insbesondere wurden Software-Terminal-Lösungen im Lastschriftverfahren abgelöst, die bislang auf Magnetstreifenbasis mit Unterschrift abgewickelt wurden. An diese Stelle traten Hardware-Terminals, welche eine „Live-Autorisierung“ der Zahlungen abgesichert durch Pin-Eingabe ermöglichen. Diese EC-Terminals sind bereit für neue Zahlarten wie kontaktloses Bezahlen mit GiroGo, Kreditkarten oder Smartphone, die das Bargeld in der Generation der „digital natives“ ablösen.

Zahlvorgänge zentral einsehbar

Um diese Geräte elektronisch anzusteuern, anstelle der manuellen Eingabe des Zahlungsbetrages, hat die EDV Ermtraud GmbH das sogenannte O.P.I.-Modul

mit Terminalmanager entwickelt. Dieser steuert die Zuweisung von EC-Terminals (Netzwerk gebunden, auch drahtlos) zu den Kassen. Die Übergabe zwischen der Kassensoftware, vollintegriert in der Gebührenkasse TopCash 1 und TopCash 2, bietet die Möglichkeit, die Zahlvorgänge zentral einzusehen und zu kontrollieren.

Übersichtliche Struktur

Es sind detaillierte Administrations- und Diagnosefunktionen enthalten, z. B. zum Nachdrucken von Belegen, Storno, automatisierte und manuelle Kassenschnitte, zentrale Statusabfragen an die EC-Terminals und Transaktionslisten. Die Darstellung erfolgt in einer übersichtlichen organisationsbezogenen Baumstruktur.

Der Terminalmanager nutzt

M

ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

M

net
Mein Netz

Glasklar - Glasfaser!

Fachkongress für kommunalen Glasfaserausbau

14.04.2016, ab 09:30 Uhr

Eskara Arena, Essenbach

www.glasklar-glasfaser.de

EdDE zur vorgesehenen Neuregelung der Entsorgungsfachbetriebsverordnung:

Drohende Bürokratisierung und zunehmender Aufwand

In ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf der „2. Verordnung zur Fortentwicklung der abfallrechtlichen Überwachung“ weist die Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (EdDE) das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB) darauf hin, dass die im Verordnungsentwurf vorgesehene Umsetzung der Novellierung der Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV) zu einer verschärften behördlichen Reglementierung und einem erheblich höheren, unnötig bürokratischen Aufwand sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Zertifizierern gegenüber der heutigen Zertifizierungspraxis führen wird.

Dies entwertet nach Auffassung der EdDE das bewährte Instrument „Entsorgungsfachbetrieb“, das eine freiwillige Selbstkontrollmaßnahme der Wirtschaft ist und auch zukünftig bleiben sollte. Das Instrument Entsorgungsfachbetrieb droht aufgrund einer überbordenden

behördlichen Kontrolle und Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten der Zertifizierer zukünftig an Attraktivität und Bedeutung zu verlieren.

Die EdDE führt in ihrer Stellungnahme an das BMUB aber auch positiv aus, dass der vorge-

legte Referentenentwurf der Verordnung gegenüber dem im Juli letzten Jahres vorgelegten Arbeitsentwurf schon praxistauglicher gestaltet ist und erfreulicherweise einige der von EdDE und EVGE (Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e.V.) bereits im Vorjahr zum Arbeitsentwurf vorgebrachten Änderungsvorschläge berücksichtigt hat.

Praxisferne Regelungen

Dennoch gibt es auch im Referentenentwurf immer noch praxisferne Regelungen, welche die EdDE und die EVGE erneut kritisch bewerten und mit Änderungsvorschlägen versehen haben. Insbesondere werden in dem Referentenentwurf die neue Pflicht zur aufwändigen Vorprüfung von an der Zertifizierung interessierten Unternehmen noch vor Aufnahme als Mitglied einer Entsorgungsgemeinschaft, die umfangreichen neuen Mitteilungs-

pflichten der Zertifizierer gegenüber den Behörden, die neue Pflicht zur Übersendung aller Überwachungsberichte der Unternehmen an die zuständige Behörde, eine zusätzliche jährliche Nachweisführung der Sachverständigeneignung gegenüber den Behörden, unverzügliche Mitteilung neuer Mitglieder an die Behörden sowie die Vorgabe eines Einheitszertifikates und in Teilen ungeeignete Vorgaben für Mindestinhalte von Überwachungsberichten kritisiert.

Nach Auffassung der EdDE werden diese und weitere der im Referentenentwurf vorgesehenen Regelungen die bisher sehr erfolgreiche und bewährte Entsorgungsfachbetriebezertifizierung insgesamt bürokratischer und teurer werden lassen, was dann bei gleichzeitig erhöhter behördlicher Einflussnahme und fehlenden Anreizen seitens der Gesetzgebung in Form von neuen Erleichterungen für Entsorgungsfachbetriebe zu einer verminderten Zertifizierungsbereitschaft der Unternehmen führen kann. Dies würde dann das alles angestrebte Ziel einer Qualitätssicherung und allgemeinen kontinuierlichen Verbesserung der Dienstleistungen der Branche durch die Entsorgungsfachbetriebezertifizierung letztendlich konterkarieren. □

Rückgewinnung auf der IFAT im Fokus:

Ökonomisch und ökologisch sinnvolles Recycling

Im Kräftespiel der Abfallströme, politischen Vorgaben und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positionieren sich die Unternehmen der internationalen Umwelttechnologiebranche mit immer neuen Recyclinglösungen. Ihre größte und wichtigste Bühne bietet im kommenden Jahr die IFAT. Die Weltleitmesse für Umwelttechnologien findet vom 30. Mai bis 3. Juni auf dem Münchner Messegelände statt.

Die Abfallwirtschaft in der Europäischen Union (EU) wird kontinuierlich verbessert. Dennoch gehen der Wirtschaft nach wie vor enorme Mengen potenzieller Sekundärrohstoffe verloren. Vor diesem Hintergrund arbeitet die Europäische Kommission derzeit an einem neuen „Circular Economy Package“. Dieses Kreislaufwirtschaftspaket soll im Wesentlichen eine neue Roadmap zur Vermeidung und Wiederverwendung von Abfällen sowie die Formulierung langfristiger Recyclingziele umfassen.

Höhere Recyclingleistung im Visier

Prof. Martin Faulstich erklärt, „dass wir, wenn die Schwerpunkte in der Kreislaufwirtschaftsstrategie richtig gesetzt werden, mit vergleichsweise geringem Aufwand eine noch höhere Umweltschutz- und Recyclingleistung in der EU erzielen können. Wichtig ist dabei jedoch sektorenübergreifend, evidenzbasiert, praxisnah und umsetzungsorientiert zu denken und zu handeln.“

Der Vorsitzende des deutschen Sachverständigenrats für Umweltfragen ist einer der Gründer der Circular Economy Coalition for Europe (CEC4Europe). Der Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Unternehmern aus mehreren EU-Mitgliedstaaten will mit wissenschaftlich belegten Daten, Fakten und Vorschlägen den Fokus der EU-Kommission in eine ökologisch effektive und ökonomisch sinnvolle Richtung lenken.

Faulstich, Professor der Technischen Universität Clausthal und Geschäftsführer der CUTEC GmbH, führt hierzu aus: „Was das Recycling angeht, ist zum Beispiel die derzeitige Fokussierung der öffentlichen und regulatorischen Aufmerksamkeit auf die Siedlungsabfälle nicht zielführend. Diese liefern europaweit schließlich nur rund zehn Prozent des derzeitigen jährlichen Gesamtabfallaufkommens. Be-

trachtet man das anthropogene Lager von Rohstoffen in Bauwerken, Infrastrukturen und Produkten, die heute genutzt und erst in der Zukunft als Abfall anfallen werden, ergibt sich sogar ein hundertfach größeres Recyclingpotenzial.“

Die CEC4Europe-Experten wollen nicht nur die Angebots-, sondern auch die Nachfrageseite verstärkt in den Blick nehmen, erklärt Faulstich: „Wenn wir eine strategische gesamteuropäische Kreislaufwirtschaft entwickeln wollen, muss der künftige Rohstoffbedarf der europäischen Industrie verstärkt in den Mittelpunkt rücken.“

Auch bei der IFAT steht – neben dem traditionell starken Bereich der Siedlungsabfallwirtschaft – schon seit längerem das Recycling der großen Massenströme, wie Bau- und Produktionsabfälle, im Fokus. Ebenso stark vertreten sind Entwicklungen, die auf kleinere, hoch werthaltige, aber schwierig zu erschließende Abfallgruppen, wie Alautos oder Elektronikschrott, abzielen.

Live-Demonstrationen

Silvia Fritscher, Projektleiterin der IFAT, kündigt an: „Unsere Aussteller werden auch bei der kommenden Veranstaltung die Themen Auto- und Baustoffrecycling in aufwändigen Live-Demonstrationen auf dem Freigelände der IFAT in München veranschaulichen.“ Hinzu kämen neue Rückgewinnungs-ideen für bislang nicht oder nur wenig erschlossene Ressourcen.

Viele Themen, viel Potenzial – Fritscher freut sich über die kommende IFAT: „Quecksilberhaltige Flachbildschirme, Permanentmagnete mit seltenen Erden, Asbestabfälle, Rostschlacken aus der thermischen Abfallbehandlung, Kühl- und Treibmittel aus dem Kühlgeräte-Recycling oder Edelmetalle aus Produktionsabwässern – wir sind schon heute gespannt, welche Recyclingneuerungen auf der IFAT 2016 präsentiert werden.“ □

Containerbox SILENT 800 von PAUL WOLFF:

Schön, leise, wirtschaftlich

Aktuell stellt der Hersteller von Abfallsammelsystemen PAUL WOLFF seine Containerbox SILENT 800 vor. Die neuen Müllgroßbehälter für Container mit einem Volumen bis 800 Litern setzen gleich in mehrfacher Hinsicht Maßstäbe: Sie sind technisch ausgereift, ästhetisch ansprechend und zugleich kostensenkend.

Raffinierte technische Details wie das einzigartige Tür- und Schließkonzept garantieren ein angenehm leises Handling. Das Öffnen der Deckel und Schösser ist mit einer Hand möglich und die Deckel schließen nach Einwurf des Abfalls selbsttätig.

Die SILENT 800-Containerboxen überzeugen aber nicht nur durch den hohen Bedienungskomfort, sondern auch durch ihre Wirtschaftlichkeit: Dank reduzierter Einwurföffnungen sowie der Option einer Einwurf-berechtigung über eine zentrale Schließung lassen sich die Müllkosten im Vergleich zu offenstehenden Systemen um bis zu 30 Prozent minimieren.

Erhältlich sind die Boxen in den vier Varianten für Restmüll, Papier, Leichtverpackung und Bioabfälle.

Daneben stellt PAUL WOLFF weitere ober- und unterirdische

Lösungen für das saubere, geruchsarme Sammeln von Abfällen und Wertstoffen vor. Die



Die SILENT 800-Containerboxen für Restmüll, Papier, Leichtverpackung und Bioabfälle. □

oberirdischen Behältnisse verfügen über ein Füllvolumen von 120 bis 1100 Liter, die unterirdischen Abfallsammelsysteme fassen bis zu 5 m³. □

Abfallentsorgung im Landkreis Aschaffenburg:

Sehr große Zufriedenheit

Im Abfallkalender für das Jahr 2016 war eine kurze Umfrage zur Zufriedenheit mit den Entsorgungssystemen des Landkreises im Allgemeinen und den Entsorgungsmöglichkeiten auf den Recyclinghöfen enthalten.

Das Ergebnis der Umfrage zeigt, dass gut 82 % der Einsender mit den Entsorgungssystemen des Landkreises außerordentlich bzw. sehr zufrieden sind; ca. 12 % sind zufrieden und nur etwa 6 % sind weniger zufrieden bzw. unzufrieden.

Ähnlich fällt die Bewertung der Entsorgungsmöglichkeiten an den Recyclinghöfen im Landkreis Aschaffenburg aus. Hier sind ca. 76 % außerordentlich zufrieden bzw. sehr zufrieden, etwa 19 % zufrieden und nur ca. 5 % weniger bzw. nicht zufrieden.

Viele Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu Verbesserungen zu machen und Wünsche für die Abfallwirtschaft der Zukunft zu äußern.

Die Auswertung der zahlrei-

chen Rückmeldungen wird noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Dennoch wurde schon jetzt deutlich, dass der Service an den Recyclinghöfen, die Erfassung von Verpackungen und anderen Wertstoffen über den Gelben Sack sowie die Wertstoff- und Sperrmüllabfuhr auf Abruf stark im Fokus der Betrachtungen stehen.

Teilnehmer, die die Postkarte mit persönlichen Bewertungen bis Mitte Februar an das Sachgebiet Abfallwirtschaft zurück schickten, nahmen zudem an der Verlosung von drei Einkaufsgutscheinen für die City-Galerie in Aschaffenburg im Wert von 150 Euro, 100 Euro und 50 Euro teil. Die Gewinner wurden ausgelost und von Landrat Dr. Ulrich Reuter schriftlich benachrichtigt. □

Abfallbilanz für 2014

Klima schonen durch Abfallvermeidung und Abfallverwertung

Ein zukunftsorientierter Umgang mit begrenzten Rohstoffen ist angesichts des Klimawandels eine der Schlüsselaufgaben dieses Jahrhunderts. Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung tragen dazu bei, dass wertvolle Ressourcen erhalten bleiben und das Klima geschont wird. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf zur neuen Abfallbilanz für das Jahr 2014.

„Der Klimawandel stellt uns global und regional vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Wir müssen mit unseren endlichen Ressourcen sparsam umgehen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern. Dafür brauchen wir eine Rohstoffwende mit einer effizienten Kreislaufwirtschaft. Wohlstand und Wachstum müssen vom Rohstoff- und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden“, so Scharf.

Die nun vorliegende Abfallbilanz für das Jahr 2014 zeigt die Erfolge beim Thema Abfallvermeidung und Abfallverwertung in Bayern auf. Das bisherige Ergebnis kann sich sehen lassen: 2014 wurden bayernweit über 4,5 Millionen Tonnen Wertstoffe erfasst und anschließend stofflich, energetisch oder biologisch verwertet. Dies entspricht einer Menge von rund 360 Kilogramm pro Einwohner Bayerns. Die Verwertungsquote in Bayern lag damit 2014 bei 74 Prozent.

Der Freistaat fördert neben einer zielgerichteten Abfallberatung, zum Beispiel auch über

„Abfall-Apps“ für Smartphones, unter anderem auch die Eigenkompostierung in den Gemeinschaftskörperschaften und gibt Hilfestellung beim Beschaffungswesen. Neben der Steigerung der Verwertungsquote ist Ziel, auch die Verwertungsquoten von Rohstoffen aus Abfällen zu steigern. Scharf: „Bayern soll das Land werden, das am effizientesten mit den natürlichen Ressourcen umgeht. Forschungsgeist und Innovationskraft sind gefragt. Daher haben wir den Projektverbund ForCycle aus der Taufe gehoben, der den Weg zu einer Rohstoffwende ebnet.“

In den letzten 30 Jahren ist der weltweite Verbrauch an Rohstoffen um 50 Prozent gestiegen. Weltweit werden Jahr für Jahr 60 Milliarden Tonnen Rohstoffe verbraucht. Gleichzeitig hat Bayern in den letzten 15 Jahren die Rohstoffproduktivität um 60 Prozent erhöht.

Die Abfallbilanz 2014 wird vom Landesamt für Umwelt (LfU) veröffentlicht und ist unter www.abfallbilanz.bayern.de verfügbar. □

Novellierung des EEG 2016 geht in entscheidende Phase

Gemeinsames Ausschreibungsmodell zum Erhalt der Bioenergienutzung

Die Freistaaten Bayern und Thüringen und das Land Rheinland-Pfalz haben dem Bundeswirtschaftsministerium ein Ausschreibungsmodell vorgelegt, um der Biomassenutzung wieder eine klare wirtschaftliche und systemdienliche Perspektive zu geben. Hintergrund ist die anstehende Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes, das derzeit unter den Ressorts abgestimmt wird.

Die drei Bundesländer fürchten, dass bestehende Biomasseanlagen ohne eine entsprechende Neuregelung bereits vor dem Ende des jetzigen Vergütungsmodells im Jahr 2020 stillgelegt werden müssen, weil notwendige Modernisierungs-, Flexibilisierungs- und Bestandserhaltungsinvestitionen ausbleiben.

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Allein in Bayern sind gegenwärtig mehr als 2.674 Biomasseanlagen am Netz. Sie sind eine wichtige Wertschöpfungsquelle für den ländlichen Raum und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Wir brauchen deshalb eine klare Perspektive für die Bioenergie.“

Kern der Novelle

Kern der in der Bundesregierung verabschiedeten Novelle ist die Umstellung der Ökostromförderung auf Ausschreibungen. Künftig wird die Förderhöhe nicht mehr vom Gesetzgeber festgelegt, sondern im Wettbewerb ermittelt. Dazu will man die Erzeugung bestimmter Strommengen ausschreiben. Der nun vorgelegte Referentenentwurf regelt das Ausschreibungsverfahren für Windkraft und Photovoltaik, für Biomasse ist vom Bundeswirtschaftsministerium bislang keine konkrete Regelung vorgesehen.

Ende letzten Jahres hatte sich deshalb eine große Mehrheit der Länder im Bundesrat für eine Anschlussregelung zum Erhalt der Biomasseanlagen zur Stromerzeugung ausgesprochen.

Mit dem von den drei Ländern vorgelegten Modell soll die derzeitige produzierte Strommenge aus Biomasse erhalten und ein moderater Zubau ermöglicht werden - und das zu sinkenden bzw. stabilen Kosten für den Strommarkt. Darüber hinaus soll durch das Modell die Ökologisierung und Flexibilisierung der

Stromproduktion aus Biomasse forciert werden.

Kernanliegen der drei Bundesländer sind:

- Die derzeitige produzierte Strommenge aus Biomasse soll erhalten und ein moderater Zubau ermöglicht werden.
- Flexible Biomasseanlagen sollen den volatilen Anteil im zukünftigen Energiesystem absichern und den Ausstieg aus der fossilen Energie ermöglichen.
- Der Beitrag der Biomassenutzung zur Erreichung der Energie- und Klimaziele soll dauerhaft gesichert werden.
- Durch verbrauchsnahe Erzeugung und Grundlastfähigkeit sollen die Netzkosten mittel- und langfristig gesenkt werden.
- Die Akteursvielfalt bleibt gewahrt und Wertschöpfung vor Ort erhalten.
- Eine heterogene, an den regionalen Potentialen orientierte und flexible Erzeugungsstruktur bei Erneuerbaren Energien wird gesichert.

Thüringens Energieministerin Anja Siegesmund: „Wenn es nicht gelingt, die Nutzung der Bioenergie zu stärken und zumindest den Bestand an Biomasseanlagen zu erhalten, droht dem gesamten Sektor bis spätestens 2035 das Aus - mit allen negativen Folgen für die CO₂-Bilanz, die Landwirtschaft und die Netzsicherheit.“

Aktuell lieferten die Biomasseanlagen mit ca. 50 TWh pro Jahr mehr als 25% des erneuerbaren Stroms in Deutschland, so die drei Ministerinnen. Um die damit verlorene erneuerbare Strommenge, die der Leistung von vier Atom- bzw. sechs Kohlekraftwerken entspricht zu ersetzen, müssten zukünftig bis 10.000 Windräder zusätzlich gebaut werden. Der Klimaschutzbeitrag der Biomasse in den Sektoren Strom und Wärme summiert sich auf knapp 60 Mio. t Kohlendioxid und damit auf 42 % der Einsparung aller Erneuerbaren Energien. □

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Geballte Abfallkompetenz

Bereits zum 17. Mal in Folge lud der KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e. V. zu den Bayerischen Abfall- und Deponietagen nach Augsburg ein. Die Fachtagung fand im Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU), dem künftigen Ressourceneffizienz-Zentrum Bayerns, statt. Auch die AU Consult GmbH und die bifa Umweltinstitut GmbH traten als Mitveranstalter auf. Insgesamt nahmen rund 370 Teilnehmer an dem zweitägigen Fachkongress teil.

Schwerpunktthema des ersten Veranstaltungstages war der Beitrag der modernen Kreislaufwirtschaft zu einer nachhaltigen Ressourcenstrategie und die sich daraus ergebenden Chancen für die Sekundärrohstoffwirtschaft. Experten diskutierten anhand ausgewählter Stoffströme die Frage, welche Steigerungen in den Erfassungs- und Verwertungsquoten noch erreichbar und wirtschaftlich realisierbar sind.

Bereits heute sind die Beiträge der Kreislaufwirtschaft zur Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft beachtlich: Sekundärrohstoffe machen rund 14 % des Einsatzes an (nicht-energetischen) Rohstoffen der deutschen Wirtschaft aus. Sie substituieren dadurch Importe an Primärrohstoffen in Höhe von etwa 10 Mrd. Euro. Diesen Beitrag weiter zu steigern, ohne die wichtige Funktion der Abfallwirtschaft als Schadstoffsenke z. B. im Rahmen der thermischen Abfallbehandlung aus den Augen zu verlieren, ist Ziel der Kreislaufwirtschaft.

Laut Martin Meier vom Bayerischen Landesamt für Umwelt zeigt die große Zahl der veröffentlichten Statistiken und Berichte zu Stoff- und Abfallströmen, dass in vielen Fällen keine einheitliche Datenbasis vorliegt. Dies mache es insbesondere für die am Thema Interessierten (Wirtschaft, Verbände, Behörden, NGOs) schwierig, den Überblick zu behalten und Berichte in den richtigen Gesamtzusammenhang einzubinden. Aus Sicht des Landesamts für Umwelt wäre es im Hinblick auf eine nachhaltige Strategie zur Steigerung des Ressourceneffizienz und Senkung des Abfallauf-

kommens wünschenswert, „wenn auch diejenigen Stoff- und Abfallströme einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, die nicht der direkten behördlichen Überwachung unterliegen“.

Wie Dr. rer. nat. Ulrich Lottner (LfU) berichtete, liegt der bereits seit einigen Monaten angekündigte Leitfaden zur Erstellung kommunaler Abfallvermeidungskonzepte jetzt vor. Abfallvermeidung sei kein Selbstzweck, sie sei Ausdruck für Ressourcen- und Klimaschutz sowie Nutzungseffizienz und soziales Handeln, kurzum nachhaltiges Wirtschaften.

Hierzu sollen die Kommunen Lottner zufolge nun mit Hilfe des Leitfadens Akzente setzen und mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung für dieses Thema auch die Wirtschaft und schließlich den Bürger innerhalb ihrer Kommunen zu gewinnen versuchen. Auch der Fortschrittsbericht zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sehe das Leitprinzip einer nachhaltigen Entwicklung zunächst beim Verwaltungshandeln. Die öffentliche Hand müsse ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Laut Abfallwirtschaftsplan Bayern „sollen die entsorgungspflichtigen Körperschaften die vielfältigen Aktivitäten auf dem Gebiet der Abfallvermeidung konsequent weiterverfolgen und soweit möglich noch verstärken“. Hierzu liefere der Leitfaden eine wichtige Grundlage. „Wie dieser aber rasch erkennen lässt, sind die Verwaltungen der Gebietskörperschaft wie der Kreisverwaltungsbehörde innerhalb der Kreise und Städte aufgerufen, ihr Handeln auf Möglichkeiten, Abfälle zu vermei-

den, hin zu prüfen“, so Lottner.

Im Zeichen der aktuellen Entwicklungen im Deponierecht und der Deponietechnik stand der zweite Veranstaltungstag. Der Rückblick auf 40 Jahre Deponietechnik in Bayern von Karl Johann Drexler, Nordendorf, war ein Stück Zeitgeschichte und ein Lehrstück, wie sich Deponien von der einfachen Verfüllung ausgebeuteter Gruben zu hochtechnischen Bauwerken mit Mehrfachbarrieren zum Schutz der Umwelt entwickelt haben. Als Sukzessionsflächen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität und als Standort für PV-Anlagen auch zur Energiegewinnung.

Wie Drexler betonte, werde immer deutlicher, dass Deponien ein wichtiger Bestandteil der Abfallwirtschaft sind – hier könnten Stoffe, die nicht thermisch behandelbar sind, aus dem Kreislauf ausgeschlossen und sicher verwahrt werden. Von politischer Seite, vor allem auf der Ebene der EU, werde immer wieder über das Ende der Deponierung gesprochen. „Für Deutschland und einige Mitgliedsstaaten können wir sagen, wir haben sichere Deponien, wogegen südliche Mitgliedsstaaten hier die Anforderungen in keiner Weise erfüllen und trotz Bußgeldern nicht handeln“, urteilte Drexler.

Ausreichendes Deponievolumen

Nach den Worten von Wolfgang Huber, AU Consult GmbH und Andreas Schweizer, LfU Augsburg, verfügt Bayern im Prognosezeitraum bis 2025 unter der Voraussetzung gleichbleibender Abfallmengen insgesamt über ausreichendes Deponievolumen der Klassen O, I und II. Die unterschiedliche regionale Verteilung der Deponiekapazitäten Bayerns erfordere jedoch in einzelnen Regierungsbezirken einen rechtzeitigen Ausbau des genehmigten Deponierestvolumens.

Der Bedarf an zusätzlichem Deponievolumen der Klassen O, I und II ist im Prognosezeitraum bis 2025 in einigen Regierungsbezirken gegeben. Allerdings ist der Bedarf an Volumen der Deponiekategorie I in vielen Fällen durch Zugriff auf Volumen der Deponiekategorie II überbrückbar.

Die künftige Mantelverordnung zur Neuordnung der Verwertung mineralischer Abfälle könnte insbesondere im Bereich der Deponiekapazitäten der Klasse O zu erheblich erhöhten Abfallmengen und dementsprechend zu zusätzlichem Bedarf an Deponievolumen noch im Prognosezeitraum führen. Im Bereich der Deponieklassen I und II ist durch die künftige Mantelverordnung nur von geringen

Auswirkungen auf das vorhandene Deponievolumen auszugehen.

Der kommunalen Zusammenarbeit werde für die Entsorgungssicherheit für abzulagernde Abfälle weiterhin hohe Bedeutung zukommen, machten Huber und Schweizer deutlich. Sie empfahlen, sobald die materiellen Inhalte der Mantelverordnung verlässlich absehbar oder andere gravierende Veränderungen erkennbar sind, die Deponiesituation in Bayern erneut vertieft zu betrachten.

Die bundeseinheitlichen Qualitätsstandards aus Sicht eines ausführenden Unternehmens beleuchtete Markus Brutscher, Geiger Umweltsanierung GmbH, Oberstdorf. Seinen Ausführungen zufolge ging mit Einführung der Deponievereinfachungsverordnung 2009 ein Paradigmenwechsel in der Bewertung von Deponiebaustoffen einher. Waren es zu den Geltungszeiträumen der TA Abfall und TA Siedlungsabfall eher starre Vorgaben und Regelungen, wurden im Rahmen der DepV die Qualitätsanforderungen an Baumaterialien an den Stand der Technik als Zielvorgabe definiert. Dies wurde umgesetzt mit der verbindlichen Einführung der bundeseinheitlichen Qualitätsstandards (BQS) für die unterschiedlichen Dichtungskomponenten.

Aus Sicht einer Baufirma sei diese Entwicklung generell zu begrüßen, da hier aufgrund einer gewissen Flexibilisierung durch den Einsatz von Deponieersatzbaustoffen, wirtschaftliche Lösungen unter gesicherter Einhaltung der Qualitätsanforderungen entwickelt werden können, unterstrich Brutscher. Dies komme neben einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit nicht nur den anbietenden Firmen, sondern aufgrund geringerer Baukosten auch den Bauherren zugute. Nicht zuletzt könne hierbei auch der Vorgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und der darin vorgegebenen Abfallhierarchie „Recycling und Verwertung vor Beseitigung“ nachgekommen werden.

Laut Brutscher sorgte die Einführung der BQS für einheitliche Anforderungen an die geologische Barriere und das Abdichtungssystem von Deponien in der Bundesrepublik Deutschland. Neben vielen positiv zu bewertenden Aspekten müssten sich jedoch einige Regelungen in der Praxis erst noch bewähren.

Für die Zukunft wäre es seiner Auffassung nach wünschenswert, wenn für mineralische Deponiebaumaterialien bezüglich des Nachweises für die Langzeitstabilität verbindliche normierte Verfahren festgesetzt würden. Damit könnte ein vermehrter Einsatz von Deponieersatzbaustoffen und somit eine Schonung der natürlichen Ressourcen erreicht werden, was auch einem wesentlichen Ziel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht. **DK**

Neues Wertstoffgesetz:

Suche nach tragbarem Kompromiss

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung zum Jahresbeginn dem Entschließungsantrag der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen, für ein verbraucherfreundliches und bürgernahes Wertstoffgesetz mehrheitlich zugestimmt. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen diese Abstimmung ausdrücklich.

Ein neues Wertstoffgesetz soll regeln, dass zusätzlich zur Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verpackungsabfällen künftig auch sonstige Haushaltsabfälle aus Kunststoffen oder Metallen wie etwa Kinderspielzeug, Bratpfannen oder Küchengeräte erfasst und verwertet werden sollen.

Bundesumweltministerium ist gefordert

Zentrale Forderung der Bundesländer ist, auch in Übereinstimmung mit den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, die Übertragung der Organisationsverantwortung für die Sammlung von Wertstoffen auf die Kommunen. Der Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz, den das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Herbst 2015 vorgelegt hat, sieht hingegen die Überlassung der Verantwortung für die Sammlung und Verwertung von Verpackungen und künftig stoffgleichen Nichtverpackungen weiter den dualen Systemen vor und würde damit der weiteren Privatisierung der Entsorgungswirtschaft nach Auffassung von Deutschem Landkreistag, Deutschem Städtetag sowie DStGB Vorschub leisten. Nach der Abstimmung im Bundesrat sei das Bundesumweltministerium nunmehr aufgefordert, den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz zurückzuziehen und einen neuen Entwurf, der allen Interessen gerecht wird, vorzulegen.

Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund kann eine nachhaltige, ressourceneffiziente, transparente, kommunalfreundliche und damit bürgernahe Wertstoffwirtschaft nur mit und nicht gegen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erreicht werden. Nach Jahren der Diskussion gelte es, einen tragbaren Kompromiss, sowohl für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger als auch für die privaten Anbieter zu finden.

Nach Ansicht des Deutschen Landkreistags zeigt der Ländervorschlag einen guten Kompromiss zwischen den Interessen der Kommunen und der Privatwirtschaft auf. Die Bürger würden davon profitieren, wenn die Kommunen künftig die Wertstoffsammlung vor Ort organisieren können. Eine Erhöhung der Abfallgebühren sei nach dem im Ländervorschlag vorgesehenen Finanzierungsmodell nicht notwendig, da die Kosten

von den Herstellern von Verpackungen getragen würden.

Zur Diskussion um die Einführung eines Wertstoffgesetzes trägt ein Gutachten des Düsseldorfer Wettbewerbsökonom Professor Justus Haucaup für den bvs bei. Es zeigt auf, dass durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) erhebliche Wettbewerbsdefizite entstanden sind. Leidtragende dieser Entwicklung seien vor allem private Sammler von Metallschrotten. Die Benachteiligung privater Unternehmen in der Abfallwirtschaft drohe weiter zuzunehmen, falls das neue Wertstoffgesetz den Kommunen die Organisationsverantwortung zuschreiben sollte.

Kommunale Trippelfunktion

Laut Gutachten haben die Kommunen eine sog. Trippelfunktion. Das bedeutet, sie treten sowohl als Nachfrager sowie Anbieter von Entsorgungsdienstleistungen auf. Mehr noch: Dadurch, dass die Kommunen ebenfalls die unteren Abfallaufsichtsbehörden besetzen, entstehe eine wettbewerblich bedenkliche Verknüpfung von unternehmerischer Tätigkeit und Kontrollinstanzen. Zudem hätten die regulatorische Diskriminierung von privaten Anbietern durch das KrWG und der Trend zur Rekommunalisierung jeweils großes Potenzial, effektiven Wettbewerb und damit die effiziente Bereitstellung von Sekundärrohstoffen zur Verwertung zu behindern.

Die Gutachter verweisen in diesem Kontext auf eine vom Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie durchgeführte Marktstrukturanalyse der Restmüllersammlung in Deutschland, die zeigt, dass der Marktanteil kommunaler Entsorger im Restmüllbereich mittlerweile auf etwa 60 % angewachsen ist. Da die zukünftige Wertstoffsammlung bisher über das präferierte Tonnen-Prinzip angedacht ist, geben die Ergebnisse der Restmüllanalyse einen Hinweis darauf, wie die wettbewerbliche Struktur einer Wertstoffsammlung in kommunaler Hand möglicherweise aussehen könnte. Deshalb betont Haucaup: „Die bereits bestehenden wettbewerblichen Missstände in der Abfallwirtschaft werden durch ein kommunal geprägtes Wertstoffgesetz verschärft. Der Gesetzgeber sollte daher auf mehr Wettbewerb in der Wertstoffsammlung setzen.“ **DK**

5. Hofer Runde:

Auswirkungen des Demografischen Wandels

Am 27. April veranstaltet TIM CONSULT gemeinsam mit dem Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof die 5. Hofer Runde. Schwerpunkt werden die Auswirkungen des Demografischen Wandels sein. Die Regionen in Nordbayern, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind gleichermaßen vom demografischen Wandel betroffen. Auch auf die Entsorgungswirtschaft hat dieser Wandel erhebliche Auswirkungen.

Bei der 5. Hofer Runde soll dieses Thema aus unterschiedlichsten Richtungen betrachtet werden. Dabei werden auch Sammlungssystemalternativen zur Bioabfallsammlung ein inhaltlicher Schwerpunkt der Hofer Runde sein. Diskutiert werden soll die Frage, ob eine flächendeckende Sammlung immer gleichbedeutend mit einer Behältersammlung bei jedem Haushalt sein muss oder ob es doch Alternativen geben kann.

Ziel der Hofer Runde ist es, Entscheidern aus der kommunalen Abfallwirtschaft eine bundesländerübergreifende Plattform für Diskussion und Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen zu bieten. □

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

REGENERATIV
MODERN
DYNAMISCH

RMD
RHEIN-MAIN-DONAU

Helfer erhalten Unterstützung und Know-how

Großzügige Spende des Sparkassenverbands Bayern für das Qualifizierungsprogramm „Kompetent die Flüchtlingshilfe meistern“ der SDL

Ehrenamtliche Strukturen, Überschaubarkeit und gelebte Nachbarschaft – ländliche Gemeinden verfügen über wertvolle Potenziale, wenn es um die Integration von Asylbewerbern geht. Dennoch brauchen Helfer Motivation, Unterstützung und Anerkennung bei der ehrenamtlichen Arbeit, die sie leisten.

Mit einem Betrag von 16.350 Euro aus dem Reinertrag des Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen unterstützen die bayerischen Sparkassen die Schule der Dorf und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) bei den Seminarangeboten zum Schwerpunkt Asylbewerber im Dorf bei Themen, die sich nicht nur an Bürgermeister und Gemeinderäte richten. „Sparkassen kennen als Regionalinstitute die Verhältnisse vor Ort gut und steuern gerne ihren Teil zur Bewältigung dieser großen Aufgabe im Sinne eines guten Mitein-

andern bei“, so der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer. Bei seinem Besuch in Thierhaupten übergab er den Spendenscheck an den Vorstandsvorsitzenden Jürgen Reichert und an Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Herausforderung und Chance zugleich

Die aktuelle Situation in unseren Gemeinden ist sehr differenziert. Bei der Flüchtlingshilfe geht es vor allem um das Erlernen der deutschen Sprache, die Ver-

mittlung unsere Werte, die Integration in den Arbeitsmarkt sowie die Schaffung von Wohnraum. „Wenn wir diejenigen nicht qualifizieren, die sich um die Asylbewerber kümmern, wird die Integration nicht gelingen“, so Gerlinde Augustin. Es sei schon sehr beeindruckend, mit wieviel Engagement und Kreativität sich Helfer einsetzen, unsere Werte vermitteln und hochhalten und so das menschliche Miteinander fördern. „Durch die Spende können wir ehrenamtliche Helfer tatkräftig unterstützen“ freut sich die Geschäftsführerin.

Auch der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, sieht Chancen durch den Zuzug anerkannter Flüchtlinge in die Dörfer. So sollten für Wohnungen die Potentiale genutzt werden, die mit leerstehenden Bauwerken vorhanden sind. Die Ortskerne können revitalisiert werden. Wenn Flüchtlinge mitten im Dorf leben, würde das auch die Integration erleichtern. Zudem bestünden im ländlichen Raum gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Geänderte Rahmenbedingungen

Die praktischen Herausforderungen der Integration sind vielfältig, die Rahmenbedingungen ändern sich derzeit laufend. Deshalb passt die Schule für Dorf- und Landentwicklung ihr Seminarprogramm kontinuierlich dem aktuellen Zeitgeschehen an. Es trägt im Wesentlichen dazu bei, dass politisch Verantwortliche und engagierte Helfer ihre Arbeit auf der

Grundlage jüngster Erkenntnisse erledigen können.

Alle Integrationsaufgaben müssen in bereits laufende Prozesse eingebettet werden. „Bewusstseinsbildung ist deshalb das A und O“, resümierte Bezirkspräsident Jürgen Reichert. Dabei ist der Dialog mit der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Schließlich werden neue geistige und moralische Haltungen in unsere Orte getragen, was nicht konfliktfrei ablaufen wird. Die SDL fördert und begleitet seit 24 Jahren ländliche Entwicklungsprozesse durch spezielle Seminarangebote. Dazu gehören auch Lösungsstrategien für Konflikte und Meinungsverschiedenheiten, wie sie im Zuge der aktuellen Flüchtlingswelle auftauchen.

Unser Dorf wird bunter!

Das Thema „Asylbewerber im Dorf – wie das Miteinander gelingen kann?“ steht schon seit einem Jahr im Fokus der SDL. Inzwischen haben schon sechs Veranstaltungen mit über 280 Teilnehmern zu verschiedenen Themen stattgefunden (Aufbau der Helferstrukturen, Integration in Arbeit, Sprache und Bildung, Wohnraum).

„Wir informieren und gestalten den Austausch, der besonders für die Helfer wichtig ist. Praktische Erfahrungen sind von unschätzbarem Wert. Das motiviert die Teilnehmer, sie entwickeln eigene Lösungsstrategien“, sagt Gerlinde Augustin.

Die engagierte Geschäftsführerin investiert die Spende des Sparkassenverbandes in weitere Seminare rund um das Thema Integration. Dafür liegen bereits konkrete Pläne auf dem Tisch: Im April findet ein Seminar für Bürgermeister zum Thema Konflikte in der Flüchtlingshilfe statt. Im Juli stehen dann Helfer mit ihren Wünschen und Bedürfnissen im Vordergrund.

Eine besondere Herausforderung ist der interreligiöse Dialog, dazu ist im Herbst eine Veranstaltung geplant. „Ich bin davon überzeugt, wenn wir freundlich, umsichtig und entschlossen handeln, wird sich langfristig eine Win-win-Situation einstellen. Denn auch Vielfalt schafft Kreativität“, davon ist Gerlinde Augustin überzeugt. „Dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein.“

behindern könnte. Eine einvernehmliche Lösung mit allen Beteiligten konnte leider noch nicht erzielt werden.

Genutzte Fördertöpfe

Zur Antwort auf die Eingangsfrage, „wie macht er das nur“, wurde letztlich auch durch

den Hinweis von MdL Hans Herold deutlich, dass Werner Stöcker auf alle nur denkbaren europäischen und nationalen Fördertöpfe zurückgreift. „Ohne staatliche Unterstützung geht das alles nicht“, da waren sich Hans Herold und Werner Stöcker einig. Aber man muss sich halt auch darum kümmern. pmw

Vom Leben in Trümmern bis zum Wirtschaftswunder-Wohlstand

Wanderausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ ging nach sechs Jahren Laufzeit in Lindenberg im Allgäu zu Ende

Das Deutsche Hutmuseum Lindenberg erlebte in den vergangenen Monaten eine Wiederkehr der Zeit von Trümmernot und Petticoat, von Nierentisch und Care-Paket. Mit ausgewählten Highlights spannte die Schau des Hauses der Bayerischen Geschichte den Bogen von den Entbehrungen der Nachkriegszeit bis zum neuen Wohlstand der 1950er Jahre. Allein auf ihrer letzten Station im Allgäu begeisterte die Wanderausstellung bislang über 7.000 Besucher.

Die Bayerische Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ zog 2009 in Würzburg über 365.000 Besucher in ihren Bann. Seit 2010 wanderte die verkleinerte Version durch die bayerischen Regierungsbezirke und gastierte zuletzt vom 29. Oktober 2015 bis 3. April 2016 im Deutschen Hutmuseum in Lindenberg im Allgäu. Zuvor war sie schon zwei Mal in München (Bayerischer Landtag sowie Oberste Baubehörde), Bayreuth, Coburg, Nürnberg, Regensburg, Landshut, Augsburg, Fürth, Weiden, Kaufbeuren-Neugablonz, Dachau, Straubing und Amberg zu sehen.

15 Standorte

Nun wandern die Exponate ins Depot des Hauses der Bayerischen Geschichte zurück und „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ geht nach 15 Standorten und knapp 95.000 Besuchern, darunter mehr als 200 Schulklassen, zu Ende.

Kontaktplattform für neue Exponate

Neben dem großen Besuchererfolg konnten durch die Wanderausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ auch zahlreiche Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern geknüpft werden, die dem Haus der Bayerischen Geschichte einzigartige Erinnerungsstücke aus dem 20. Jahrhundert überlassen haben. Die thematische Bandbreite reichte dabei vom Ersten Weltkrieg über die 1950er Jahre bis hin zu den Olympischen Spielen 1972.

Persönliche Geschichten

Alle diese Objekte erzählen eine persönliche Geschichte, sei es das Sommerkleid aus Fallschirmseide aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, der selbstgebaute Koffer aus der Kriegsgefangenschaft, das liebevoll gestaltete Kartenspiel, welches Flucht und Vertreibung überstand oder das Olympia-Dirndl von 1972. Diese Exponate sollen ihren dauerhaf-

ten Platz im Museum der Bayerischen Geschichte finden, das 2018 in Regensburg eröffnen wird.

Zusatzangebote zur Wanderausstellung

Die Wanderausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ wird ergänzt durch mediale und didaktische Angebote. Im digitalen Wiederaufbauatlas Bayern können auch nach Ausstellungsende detaillierte Informationen zur Geschichte vieler bayerischer Städte – darunter auch Lindenberg im Allgäu – recherchiert werden: <http://www.hdbg.de/wiederaufbau/bayern-nach-1945>

Das Haus der Bayerischen Geschichte stellt für Schulen auch eine Tafelausstellung im Rahmen des Projekts „Geschichte frei Haus“ bereit.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Von links: Toni Brugger, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Thierhaupten und Vorstandsmitglied der SDL Thierhaupten, Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg und Schatzmeister der SDL Thierhaupten, Jürgen Reichert, Bezirksstagspräsident von Schwaben und Vorstandsvorsitzender der SDL Thierhaupten, Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten sowie Peter Selz, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberbayern und Vorstandsmitglied der SDL Thierhaupten.

Marktgemeinde Uehlfeld:

Das Leben im Dorf lassen

Delegation wurde über herausragende Projekte informiert

In Uehlfeld – „da tut sich was“, so der Slogan der Marktgemeinde im nordöstlichen Teil des Landkreises Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim inmitten des Aischgrundes. Als Bürgermeister Werner Stöcker Landtagsabgeordnetem Hans Herold und einer Delegation von Kommunalpolitikern der CSU einige herausragende Projekte vorstellte, war die Bewunderung spürbar. „Wie macht er das nur“, lautete der Tenor.

Dabei wurde deutlich, dass Stöcker stets bestrebt ist, den Markt mit derzeit etwa 3.000 Einwohner immer attraktiver zu machen. Die Bewältigung anstehender Herausforderungen sei dabei das Eine, für das Machbare zu sorgen das Andere.

Energiewende vor Ort

Zu den wesentlichen Projekten des vergangenen Jahres gehörte die Inbetriebnahme des Fernwärmenetzes mit der ersten gemeindlichen Pellet-Heizung in der Energiescheune. „Für die Umsetzung der Energiewende muss man auch vor Ort etwas tun“, meinte der Bürgermeister.

Respekt zollte die Delegation auch dem im Rahmen eines transnationalen Leaderprojekts als Spielgerät nachgebauten Weißkopf-Flieger, der baugleich unter der Trägerschaft der Freiwilligen Feuerwehr in Uehlfeld und der Partnergemeinde in Polen im Entstehen ist. Es war die Idee von Kindern und Jugendlichen, die auch beim Bau tatkräftig mitwirken.

Als Maßnahme auch zur innerörtlichen Nachverdichtung entsteht auf dem Gelände eines ehemaligen Sägewerkes das Projekt „Mehrgeneration leben

und wohnen“ am Grünen Ring. Größtenteils barrierefrei sind hier 31 erschwingliche Eigentums- und Mietwohnungen im Bau und zum Teil bereits bezogen. Alle sind an das gemeindliche Fernwärmenetz angeschlossen. Für Bürgermeister Stöcker ist wichtig, „das Leben im Dorf zu lassen und innerörtliche Leerstände soweit irgend möglich zu vermeiden“.

Gesicherte ärztliche Versorgung

Ein „Coup“ gelang dem Bürgermeister mit der Gewinnung eines auswärtigen Internisten und Hausarztes für die Gemeinde, was bekanntermaßen derzeit außerordentlich schwierig ist. Die Gemeinde hat dafür ein altes Gebäude entsprechend umgebaut und modernisiert. „Man muss halt etwas bieten und die Vorzüge der Gemeinde und der Region herausstellen“, so Stöcker. „Damit bekommt die „Gesundheitsregion Plus“ einen neuen Stellenwert und die örtliche ärztliche Versorgung ist gesichert“.

Sorgen bereitet Stöcker die geplante Ausweitung der Wasserschutzzone, welche die gemeindliche Entwicklung stark



Gemeindebesuch in Uehlfeld im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. Dort wird im Herbst außertermilich der Bürgermeister neu gewählt. Unser Bild zeigt Bürgermeister Werner Stöcker (5. v. l.) und MdL Hans Herold (6. v. r.).

„Jetzt red i“ – über Babys, Bier und Bahnausbau

Bürgerforum des Bayerischen Fernsehens war in Illertissen zu Gast
Auch Landkreisthemen auf Sendung

„Jetzt red i“ – bei dem bekannten Bürgerforum im Bayerischen Fernsehen mit Moderator Tilmann Schöberl, das jüngst live aus der Schranne in Illertissen übertragen wurde, sind auch einige Themen zur Sprache gekommen, die Tätigkeitsfelder des Landratsamtes Neu-Ulm betreffen.

Stichwort Geburtshilfe Illertalklinik Illertissen: Vertreter des Bürgerbegehrens „Wir im Süden“, das über 20.000 Unterschriften für den Erhalt der Geburtsstation an der Illertalklinik gesammelt hat, brachten ihre Argumente vor und fragten die anwesende bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml, ob es möglich sei, dass die Landesregierungen von Bayern und Baden-Württemberg der Kreis- und Landesregierungen bzw. des Landkreises Neu-Ulm ländertübergreifende Zuschüsse zum Weiterbetrieb der Geburtsstation gewähren.

Die Ministerin erläuterte, das Krankenhausfinanzierungssystem erlaube den Ländern nur die finanzielle Unterstützung von Investitionen, nicht aber der Betriebskosten. Ausnahmen seien jedoch zulässig, zum Beispiel wenn eine Klinik sich als besonders innovativ in einem oder mehreren Bereichen erweise. Huml betonte überdies, dass es „keine Schließungsinitiative“ seitens ihres Ministeriums gebe. Die Entscheidung treffe allein der Krankenträger, also der Landkreis Neu-Ulm.

Dessen Chef, Landrat Thorsten Freudenberger, sah aber sehr wohl eine Mitverantwortung der Bundes- und – über den Bundesrat – auch der Landespolitik. Das am 1. Januar 2016 in Kraft getretene Krankenhausstrukturgesetz ziele darauf ab, „kleine Kliniken in ländlichen Regionen unter Druck zu setzen“. So belasteten beispielsweise die eingeführten Mehrleistungsabschlüsse die Kliniken der Kreisspitalschiffahrt mit zusammengerechnet 1,4 Millionen Euro. Die Entscheidung über die Geburtshilfe in Illertissen falle in einem geordneten, offenen Verfahren Ende April/Anfang Mai im Kreistag, teilte Freudenberger mit.

Ausbau der Illertalbahn

Auch der Ausbau der Illertalbahn ist von großer Bedeutung für den Landkreis Neu-Ulm. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann verspricht: „Ich werde weiter für die Zweigleisigkeit und die Elektrifizierung kämpfen.“ Die Entscheidung treffe aber letztlich nicht die Staatsregierung oder der Landtag, sondern die Deutsche Bahn AG.

Gleich zu Beginn der „Jetzt red i...“-Sendung hatte sich der Kleinbrauer Clemens Kolb aus Meßhofen beklagt, die Lebensmittelüberwachung des Land-

ratsamtes würde ihn „gängeln“. So sei er gezwungen worden, Schimmelflecken vom Gemäuer seines 175 Jahre alten Bierkellers zu entfernen, obwohl „der Schimmel doch mit dem Bier in den Edelstahltanks gar nicht in Berührung“ komme.

Hygienevorschriften für Kleinbrauer

Landrat Thorsten Freudenberger versicherte Kolb, dass mit seinem Bier alles in Ordnung sei. Bei der Kontrolle im Jahr 2014 sei der Brauprozess hygienetechnisch als einwandfrei befunden worden. Die Schimmelflecken seien aber nach einschlägigen EU-Vorschriften nicht zulässig. Das Landratsamt müsse sich daran halten, es sei in diesem Fall nur Vollzugsorgan. Sicher könnten diese Bestimmungen jedoch auch hinterfragt werden, so Freudenberger.

Als Vorschlag zur Güte bot der Landrat Kolb an, er werde alle Kleinbrauer im Landkreis zu einem Stammtisch einladen und mit ihnen über ihre Anliegen sprechen. „Dann schenken wir auch ihr super schmeckendes Bier aus, Herr Kolb!“, sagte der Landrat zur Erheiterung der etwa 150 Bürgerinnen und Bürger in der Schranne. Die Ergebnisse der Runde werde er dann an den heimischen Europaabgeordneten Markus Ferber weiterleiten und ihn bitten die Erfahrungen aus der Praxis in Brüssel und Straßburg einzubringen, versprach Freudenberger.

In der Verlängerung von „Jetzt red i“ aus Illertissen, die nur im Internet als Live-Stream zu sehen war, wurden zwei weitere Landkreisthemen behandelt.

Kommunalquote bei der Flüchtlingsverteilung

Gerd Kunze, Flüchtlingsshelfer aus Kellmünz, sprach sich für eine gesetzlich geregelte Kommunalquote bei der Verteilung der Asylbewerber vom Landkreis auf die einzelnen kreisangehörigen Städte und Gemeinden aus. Bislang gibt es solche Schlüssel nur vom Bund auf die Länder, von den Ländern auf die Regierungsbezirke und von den Regierungsbezirken auf die Kreisfreien Städte und Landkreise. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Kommunen setzt die bayerische Staatsregierung dagegen auf Freiwilligkeit. Dies, so Kunze, führe nicht nur zu einer ungerechten zahlenmäßigen

Aufteilung, wie am Beispiel des Landkreises Neu-Ulm zu sehen ist. Wenn manche Gemeinden übermäßig belastet würden, andere dagegen relativ wenige Menschen aufnehmen, „dann sind auch die Helferkreise irgendwann überfordert und können ihre wichtige Integrationsarbeit nur noch sehr eingeschränkt leisten“.

Innenminister Joachim Herrmann entgegnete, man habe die Kommunalquote auf politischer Ebene intensiv diskutiert. Dabei habe sich die große Mehrheit der Gemeinden und der Landkreise dagegen ausgesprochen. Einige schwäbische Landräte, auch Landrat Freudenberger, seien dafür gewesen, sie hätten aber zu wenige Unterstützer auf ihre Seite ziehen können.

Tempo 30 auf Kreisstraßen in Tiefenbach

Einen schweren Stand hat mit seinem Anliegen auch Florian Leichtle aus Tiefenbach (Stadt Illertissen). Seit geraumer Zeit versucht er, zusammen mit Mitstreitern zu erreichen, dass auf den beiden Kreisstraßen, die innerorts in Tiefenbach verlaufen, Tempo 30 eingeführt wird. Die Verkehrsbehörde am Landratsamt sieht dafür aber keine Grundlage in der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Innenminister Joachim Herrmann machte klar, er könne sich nicht par ordre du mufti über die StVO hinwegsetzen. Er sicherte jedoch zu: „Meine Mitarbeiter werden sich die Sache zusammen mit dem Landratsamt noch mal anschauen.“ Dabei soll überprüft werden, ob nicht doch „besondere Gründe“ vorliegen, die es erlauben, eine Geschwindigkeitsbeschränkung zu erlassen. □

Dritter „Chiemsee-Alpen-Businessstreff“ am 28. April 2016:

40 Aussteller begegnen der steigenden Nachfrage

Organisatoren von Firmenveranstaltungen können aufatmen: Statt mühseliger Internetrecherche gibt es im Herzen von Oberbayern am 28. April 2016 eine kleine, aber feine Tagungsmesse. 40 Aussteller präsentieren dort ihre Leistungen im MICE-Sektor. 17 Tagungshotels, neun Anbieter von Rahmenprogrammen, acht Eventlocations und weitere Unternehmen der Region sind mit eigenen Ständen vertreten.

Zwischen 10 und 17 Uhr haben die Besucher die Möglichkeit, persönliche Gespräche zu führen, neue Kontakte zu knüpfen und konkrete Angebote einzuholen. Begleitend besteht die Möglichkeit, Fachreferate zu besuchen oder einem Confiseur über die Schulter zu schauen.

Die beteiligten Tagungshotels servieren während der Messezeit Kostproben aus ihren Küchen. Der Businessstreff findet erstmals im Kultur + und Kongress Zentrum Rosenheim (KU'KO) statt, einem mehrfach ausgezeichneten Tagungshotel, nur wenige Fußminuten vom Bahnhof Rosenheim entfernt. Eine Anmeldung über www.chiemsee-alpen-businessstreff.de ist erforderlich, die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Den Teilnehmern entstehen keine Kosten.

Das Konzept des Chiemsee-Alpen-Businessstreff hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Die Messe hat seit dem Start in 2014 in allen Bereichen deutlich zugelegt. Waren es beim Kick-off noch rund 20 Aussteller, so präsentieren sich bei der dritten Auflage 2016 be-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich komme Morgen etwas später ins Büro. Mein Auto hat offensichtlich einen Inspektionstermin mit der Werkstatt ausgemacht, wie ich gerade im Outlook sehe.“ Mein Chef, der Bürgermeister, meldet sich immer vorbildlich ab, wenn er seine ursprünglichen Pläne ändern muss.

Mir kommt es ehrlich gesagt ganz gelegen, denn mein Kühlschrank ist ziemlich leer. Wenn ich mich jetzt beeile und auf der Vorschlagsliste, die mir der mit dem Hersteller meines Haushaltsgerätes zusammenarbeitende Lebensmittelversender per E-Mail gesandt hat, gleich eine neue Befüllung zusammenstelle, wird das morgen früh geliefert und ich komme rechtzeitig vor dem Chef ins Büro. So weit so gut. Nicht so gut ist die Unverschämtheit meiner Kfz-Versicherung. Das Auto hat gemeldet, dass ich im letzten Monat fünfundvierzig Mal die



einander kommunizieren, Datenströme, die den Einzelnen besser kennen als ihn seine Mutter kennt. Übernehmen Maschinen die Macht? Sind bald unsere Daten wichtiger als wir selbst?

Wie immer haben wir es in der Hand, ob es soweit kommt. Nehmen Sie etwa das kleine schwarze Ding, formerly known as Zündschlüssel. Was das alles über das Auto weiß, wenn es in den Analysekasten gesteckt wird! Aber niemand muss den nächsten Schritt machen und der Werkstatt den direkten Datenaustausch mit dem Auto gestatten. Oder gar der Versicherung, denn die erste bietet ja schon „günstigere“ Tarife an, wenn sie kontrollieren kann, wie wir fahren. Auch muss niemand eine Krankenversicherung abschließen, die einem ein Fitnessärbändchen anheften will, um dann bei Wohlverhalten (tausend Schritte sollst Du tun) einen Rabatt von 2 Euro 50 einzuräumen.

Natürlich sind Assistenzsysteme im Auto total praktisch. Autonomes Einparken gibt es heute schon in der unteren Mittelklasse ebenso wie Abstandswarnung und Spurassistent. Zum autonomen Fahren ist es nur noch ein Schritt, wenn gleich das Googlemobil letzthin einen kleinen Rumser verursacht hat. Auch die Steuerung von Rollos, Heizung, Licht und Alarmanlage zu Hause per Smartphone wird immer beliebter. Aber wer schützt uns dabei vor elektronischen Eindringlingen? Autoklau per hacking kennt man schon und hat die Branche jäh aufgeschreckt? Gehen Einbrecher künftig mit dem Laptop auf Beutejagd? So viele Fragen unbeantwortet.

Mein Chef, der Bürgermeister, ruft gerade an, weil der Drucker auf seinem Schreibtisch anzeigt, dass der schwarze Toner fast leer ist. Nun, das habe ich schon gewusst, denn die Geräte sind bei uns so vernetzt, dass die Meldung „Toner leer beim Drucker in Zimmer 001“ in der Materialverwaltung automatisch ankommt. Der Azubi dort hat mir vor fünf Minuten die Patrone zum Wechseln gebracht – Service für'n Boss. Warum denke ich jetzt bloß an ein Zitat von John Steinbeck: „Oft ist die Zukunft schon da, ehe wir ihr gewachsen sind“?

Erstaunliche Zukunftsvisionen

zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten habe und dabei dreimal gezwungen war, scharf abzubremsen. Wenn ich in Zukunft nicht disziplinierter fahre, würden sie meine Beiträge erhöhen. Ich streckte dieser Push-Nachricht auf der Versicherungs-App die Zunge heraus, wie ich es als kleines Mädchen gemacht habe, wenn ich von meiner großen Schwester verpetzt wurde. Noch ärgerlicher war die Nachfrage meiner Zahnersatzzusatzversicherung, warum seit vier Tagen keine Aktivität meiner elektrischen Zahnbürste festgestellt werden konnte. Deren Benutzung sei vertraglich vereinbart – zur Risikominimierung. Aber ich habe akut Herpes und putze dann lieber mit der weichen Handbürste. Jetzt muss ich wieder zum Zahnarzt dackeln und mir das per Attest bestätigen lassen.

An dieser Stelle wache ich auf. Alles gut. Weder war ich Sklavin intelligenter Elektrokleingeräte noch an einen Fitness-Tracker gefesselt. Es dürfte sich eher um ein unglückseliges Zusammenspiel zwischen einer Lasagne mit etwas zu viel Käse und der Lektüre eines Artikels über Big Data und Industrie 4.0 handeln, das wohl zu Schlafstörungen geführt hat.

Ganz erstaunliche Zukunftsvisionen sind zu lesen, von sich selbst organisierenden Fabriken, Wohnungseinrichtungsgegenständen, die mit

the Sabriul



Bei „Jetzt red i“ in der Illertisser Schranne mit von der Partie (von links): Moderator Tilmann Schöberl, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Landrat Thorsten Freudenberger, stellvertretender Landrat Roland Bürzle.

Bild: Jürgen Bigelmayr/Landratsamt Neu-Ulm

jährigen Austragungsort des Businessstreffs.

Tagungsorte und Freizeitaktivitäten

Außergewöhnliche Tagungsorte in der Region sind das Wendelsteinhaus auf 1838 Metern Höhe, die Flotte der Chiemsee-Schiffahrt oder Räume in Schlössern wie dem Schloss Herrenchiemsee. Außerdem bietet die Region die Möglichkeit, auf einer freischwebenden Tagungsplattform im Wald zu tagen. Zu den beliebtesten Freizeitaktivitäten am Rande von Firmenveranstaltungen zählen etwa Bauernhof-Veranstaltungen oder

Stockschießen, das seit dem vergangenen Jahr im Sommer wie auch im Winterprogramm ist. Ab dem Sommer 2016 wird es auch Floßfahrten auf dem idyllischen Flusslauf der Alz, dem Abfluss des Chiemsees, als buchbares Angebot für Gruppen geben.

Die Region Chiemsee-Alpenland liegt im Süden von Deutschland zwischen München und Salzburg. Sie zählt zu Deutschlands beliebtesten Feriendestinationen für Aktivurlauber, Familien, Gesundheits- und Wellnessreisende, Kulturliebhaber sowie Kongress- und Tagungsgäste.

Die Chiemsee-Alpenland Tourismus GmbH & Co. KG ist die offizielle touristische Marketingorganisation des Landkreises und der Stadt Rosenheim in Oberbayern. Sie hat ihren Sitz in Bernau am Chiemsee. Dort betreibt sie auch ein Informations- und Buchungszentrum für Individual- und Gruppenanfragen. □



Rosenheim ist der diesjährige Austragungsort des Businessstreffs. □

Stricken, kochen, tapezieren

Internetcafé „Von Senioren für Senioren“ unterstützt Projekt „Gratis Online Lernen“

Als Bernd Kellers Heckklappe runterfiel, hatte der 62-Jährige zwei Möglichkeiten: Entweder in die Werkstatt zu fahren oder zu gucken, ob er das Problem selbst lösen könnte. „Ich suchte daraufhin im Internet nach einer Reparaturanleitung“, so der ehrenamtliche Helfer im Würzburg Internetcafé „Von Senioren für Senioren“. Die Sache funktionierte reibungslos. Und war für Keller ein gutes Beispiel dafür, wie viel man inzwischen völlig umsonst im weltweiten Web lernen kann.

Menschen jeden Alters auf die Möglichkeiten des kostenlosen Know-how-Erwerbs via Internet aufmerksam zu machen, darauf zielt eine Initiative ab, die vom Internetcafé unterstützt wird. „Gratis Online Lernen“ heißt das in Österreich entwickelte Projekt, dessen dritte Auflage jetzt startete. Ziel ist es, Menschen in acht Etappen zu befähigen, Online-Lernangebote zu finden, sie richtig zu nutzen und persönliche Strategien des selbstorganisierten Lernens zu entwickeln. Auch erfahren die Kurs Teilnehmer, wie man Lernmaterialien für andere erstellt.

Grundkenntnisse erforderlich

Die Kursteilnahme ist für alle Interessierte offen und kostenfrei. Voraussetzung sind lediglich Grundkenntnisse im Umgang mit dem Internet. So sollte man wissen, wie man online ein Formular ausfüllt. Außerdem ist eine E-Mail-Adresse

vonnöten. Damit meldet man sich auf der Kursplattform imooX (<http://imoox.at>) an.

„Wir begleiten die Initiative sowohl mit unserem Internetcafé in Würzburg als auch mit unserem Ableger in der Veitschöcherer Bucherei“, erläutert Bernd Keller. Wer also während des Online-Lernens auf ein Problem stößt, findet im Internetcafé „Von Senioren für Senioren“ immer einen Ansprechpartner. Natürlich können Kurseinheiten, hat man keinen eigenen Computer, auch direkt im Internetcafé absolviert werden.

Neues Wissen online

Am Beispiel seiner Autoreparatur erläutert Keller, wie einfach es ist, sich neues Wissen online anzueignen. „Wichtig ist, gute Stichwörter in die Suchmaschine einzugeben“, erklärt er. Die Wörter „Auto“ und „reparieren“ wären viel zu wenig präzise. Der Begriff „Heckklappe“

muss unbedingt auftauchen. Schnell fand Keller heraus, dass das eigentliche Problem bei den abgenutzten „Gasfedern“ lag. Die mussten ausgetauscht werden. Als gutes Stichwort hierfür erwies sich „wechsell“. So kam Bernd Keller mit wenigen Klicks zu dem Video eines Bastlers, der Schritt für Schritt darstellt, wie man beim Austausch von Gasfedern vorgeht.

Unendliche Lernmöglichkeiten

Die Lernmöglichkeiten im weltweiten Netz sind laut Theo Brotzeller, ebenfalls ehrenamtlich Engagierter im Internetcafé, heute schier unendlich. Schwimmen, vegan kochen, tapezieren oder stricken - zu nahezu jedem Thema findet man einen Online-Kurs oder ein Lernvideo. Das Schöne am Projekt „Gratis online Lernen“ ist, dass, anders als in der Schule, kein Druck besteht, sich etwas bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einpauken zu müssen. Jeder entscheidet, was er lernt, wann er lernt, wie und in welchem Tempo er lernt. Auch das Niveau wird vollkommen selbst bestimmt - also, ob es sich um einen Anfängerkurs im Englischen oder um einen Kurs für Fortgeschrittene handeln soll.

Max Berthold ist gerade dabei, sich Französisch anzueignen. „Meine Enkel leben seit eineinhalb Jahren in Aix-en-Provence“, berichtet der 76-Jährige. Von der Schule kennt Berthold noch die Grundzüge

der französischen Sprache. Doch das genügt nicht mehr, um flüssig sprechen zu können. Darum hat er einen Französisch-Kurs in der Volkshochschule belegt. Parallel begann er soeben, auch im Internet Französisch zu lernen. „Christine adore xxx chocolat“, lautet eine Übung, über der er gerade brüht. Wie war noch mal der Artikel von „Schokolade“? Berthold probiert es mit „le“. Prompt springt ein Feld auf mit dem Feedback: „Richtig!“

Das Projekt „Gratis Online Lernen“ zielt auf ein breites Publikum ab, es richtet sich also keineswegs nur an Senioren. Wobei vor allem ältere Personen dankbar für eine Begleitung sind. Irgendwo, weiß Max Berthold, klemmt es immer, Fragen rund um die Hardware oder Software tauchen beim Umgang mit dem Computer ständig auf.

Arbeitsheft

Zum Kurs „Gratis Online Lernen“ gibt es ein 28-seitiges Arbeitsheft, das im Internetcafé an Interessierte ausgegeben wird. Außerdem sind Diskussionsforen in das Projekt integriert, um den Austausch mit anderen Lernenden zu gewährleisten. Nicht missen möchte Berthold jedoch den Live-Kontakt zu Menschen, die, wie er, den Ruhestand nutzen, um sich neues Wissen anzueignen. Bei Begegnungen im Internetcafé erhält man überdies Anregungen, was es überhaupt alles an Neuem zu lernen gibt.

Das Internetcafé im St. Thekla-Heim (Ludwigkai 12) ist dienstags von 9 bis 12 sowie mittwochs und donnerstags von 14 bis 17 Uhr geöffnet. Eine Stunde Surfen kostet 2,50 Euro. **Pat Christ**

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt die Zeitschrift „Mikado“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Landkreis Fürstentfeldbruck:

Altlandrat Grimm feierte 80. Geburtstag

Landrat Thomas Karmasin hat am 6. April Altlandrat Gottfried Grimm offiziell zu seinem 80. Geburtstag gratuliert. Der Jubilar wurde am 1. Juli 1972 zum Landrat des Landkreises Fürstentfeldbruck gewählt. Zweimal erfolgte seine Wiederwahl, bis seine Amtszeit am 30. April 1990 endete.

Der Kreistag hat Grimm die Ehrenbezeichnung „Altlandrat“ verliehen. 1996 wurde der Jubilar in den Stadtrat der Stadt Fürstentfeldbruck gewählt, wo er bis 2002 tätig war.

In den 18 Jahren seiner Amtszeit als Landrat hatte Gottfried Grimm mit den Kreisgremien enorme infrastrukturelle Herausforderungen zu meistern: Zu Beginn seiner Amtszeit wohnten ca. 145.000 Einwohner im Kreisgebiet, 1990 waren es gut 180.000. Grimm versuchte die explosionsartige Bevölkerungsentwicklung durch die Erfindung des Kreisentwicklungsplans in geordnete Bahnen zu lenken.

Altersgerechte Versorgung

Acht Landkreisschulen wurden gebaut bzw. erweitert. Hinzu kam die Gründung der Gesellschaft für Abfallverwertung und die Müllverbrennungsanlage. Durch den Altenplan wurde rechtzeitig die altersgerechte Versorgung der in den Landkreis stürmenden Generation vorbereitet. Im kulturellen Bereich entstand der Stadthal-

lenförderverein quasi als Großvater des heutigen Veranstaltungsforums Fürstentfeld und die Kultureinrichtung Bauernhofmuseum Jexhof. Die Sanierung und Verbesserung des medizinischen Angebotes des Kreiskrankenhauses wurde in die Wege geleitet. Die regionale Wirtschaft förderte er mit der Gründung der Ausstellungs- und VeranstaltungsGmbH, die bis heute die FFB-Schau ausrichtet.

Auch wenn sich Gottfried Grimm längst aus dem aktiven Politikalltag zurückgezogen hat, beobachtet er doch immer noch sehr genau die Entwicklung „seines“ Landkreises Fürstentfeldbruck. Angesichts klammer Kreisfinanzen und hoher Kreisumlage hat er sich 2010 erneut engagiert und die Gründung eines Fördervereins zur Steigerung der Attraktivität für den Freizeitpark Mammendorf auf den Weg gebracht. Zuletzt hat Gottfried Grimm spontan nach der Bürgerversammlung zur Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt Fürstentfeldbruck Ende 2014 im Asylhelferkreis mitgeholfen. □

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 21. April 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Gewerbekauf

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Insertieren bringt Erfolg! www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net



Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der Gemeindezeitung

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelsend)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Wartehallen/Außenmöblierungen



Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-Ausstattungs-Spezialisten

STAHLROHR-ETAGENBETTEN
SCHAUMSTOFF-MATRATZEN
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern
70734 FELLBACH
Hintere Str. 31 - 35
Tel. 07 11 / 58 26 69
Fax 07 11 / 58 26 68

bockorny
bettet gut